

ARCHIV MITTEILUNGEN

Zeitschrift für Archivwesen,
archivalische Quellenkunde und
Historische Hilfswissenschaften

Aus dem Inhalt:

Zur Kirchen- und Religionspolitik in Sachsen von 1945-1952 im Spiegel der Bestände des Sächsischen Hauptstaatsarchivs

Beobachtungen bei der Edition livländischer und preußischer Quellen aus dem Spätmittelalter und der frühen Neuzeit

Das Archiv des Bauhauses Dessau und seine Erfahrungen in der Zusammenarbeit mit Kommunal- und anderen Archiven

Das "Archiv des Deutschen Liberalismus" in Gummersbach

Das Berliner Hauptarchiv und der "Rothkrug-Prozeß"

Einzelheft 14,50 DM · AM · POTSDAM · 43(1994)3 · S. 75-108 · ISSN 0004-038 X

3/94

INHALT

- MERCHEL, M.: Zur Kirchen- und Religionspolitik in Sachsen von 1945-1952 im Spiegel der Bestände des Sächsischen Hauptstaatsarchivs. Ein Zugang zu den Quellen.....75-85
 HECKMANN, D.: Beobachtungen bei der Edition livländischer und preußischer Quellen aus dem Spätmittelalter und der frühen Neuzeit.....85-86
 HILDEBRAND, I.: Das Archiv des Bauhauses Dessau und seine Erfahrungen in der Zusammenarbeit mit Kommunal- und anderen Archiven.....87-94
 FRÖLICH, J.: Das "Archiv des Deutschen Liberalismus" in Gummersbach.....94-95
 MEYER-GEBEL, M.: Das Berliner Hauptarchiv und der "Rothkrug-Prozeß". Ein Beitrag zur Geschichte des Geheimen Staatsarchivs in der Nachkriegszeit.....96-99

Berichte

- Frühjahrstagung der Hochschularchivare in Mainz (G. WIEMERS).....99
 Tagung des Landesverbandes Sachsen-Anhalt des Vereins deutscher Archivare (I. BUCHHOLZ).....99
 Frühjahrstreffen des Regionalen Erfahrungsaustausches Berlin/Brandenburg der Vereinigung deutscher Wirtschaftsarchivare e.V. (S. KRÜGER).....100

Rezensionen

- Henning, Eckart/Wegeleben, Christel: Kirchenbücher: Bibliographie gedruckter Tauf-, Trau- und Totenregister sowie der Bestandsverzeichnisse im deutschen Sprachgebiet (U. CZUBATYNSKI).....100
 Die archivalischen Quellen. Eine Einführung in ihre Benutzung. Hrsg. v. Friedrich Beck u. Eckart Henning (U. CZUBATYNSKI).....102
 Döring, Hellmut: Freiburger Inkunabelkatalog: Die Inkunabeln der Andreas-Moeller-Bibliothek des Geschwister-Scholl-Gymnasiums und weiterer Freiburger Sammlungen (U. CZUBATYNSKI).....102-103
 Rundbrief Fotografie. Sammeln - Bewahren - Erschließen - Vermitteln. NF 0, 1993 (M. BOCK).....103
 Reichsorganisationsleiter der NSDAP - Bestand NS 22. Bearb. v. G. Verlande (M. BOCK).....104
 Johannes Vogler, Von der Rüstungsfirma zum volkseigenen Betrieb. Aufzeichnungen eines Unternehmers der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands von 1945-1948, hrsg. von Burghard Ciesla (R. SCHWÄRZEL).....105-106
 Kurze, Peter/Steiner, Christian: Motorräder aus Zschopau. DKW - Auto-Union - MZ (B. CIESLA).....106
 Niederlausitzer Studien 26 (1994) (G. FALK).....106
 Zapiski Historyczne. Gewidmet der Geschichte Pommerns und der baltischen Länder. Bd. 58, 1993 (E. HARTSTOCK).....107

Informationen

- Das kulturelle Erbe in den Montan- und Geowissenschaften. Bibliotheken - Archive - Museen.....108
 Lehrgänge der Vereinigung deutscher Wirtschaftsarchivare e.V.108
 4. Internationaler Archivtag des Internationalen Instituts für Archivwissenschaft in Maribor/Slowenien.....108

Großes Siegel des Trierer Erzbischofs Balduin von Luxemburg (1307-1354)

Balduin, ein Bruder des Kaisers Heinrich VII., wurde 1285 als jüngster Sohn des Grafen Heinrich VI. von Luxemburg und der Beatrix von Avesnes-Beaumont geboren. Er war einer der herausragenden Reichsfürsten seiner Zeit. Balduin vereinte eine ganz ungewohnte Machtfülle, da er außer Trier zeitweise auch das Erzstift Mainz, das Stift Speyer und das Stift Worms verwaltete.

Das hohe Selbstverständnis Balduins offenbart sich bereits zu Anfang seiner Trierer Amtszeit in seinem großen Siegel. Es zeigt den thronenden Erzbischof mit Mitra und Pallium; er hält in der Linken den Hirtenstab und hat die Rechte segnend erhoben. Der Erzbischof wird beseitelt von den Wappenschilden des Bistums Trier und der Grafen von Luxemburg. Dabei steht der Trierer Schild rechts von der Thronfigur, also am heraldisch vornehmeren Ort. Das gibt Anlaß zu der Empfehlung, an der im deutschsprachigen Raum verfestigten Tradition festzuhalten, wonach die Angaben "rechts" und "links" auch bei Siegelbeschreibungen im heraldischen Sinne erfolgen.

Bei dem hier abgebildeten Siegel handelt es sich um einen von einer (unbekannten) Urkunde abgeschnittenen, außergewöhnlich gut erhaltenen Originalabdruck in der Siegelammlung Stephan Beissel im Historischen Archiv des Erzbistums Köln.

Größe: 9,9 x 6,2 cm

Umschrift: + SIGILLVM : BALDEWINI : DEI : GR(AT)IA : S(AN)C(T)E : TREV(ER)EN(S)IS : ECCL(ES)IE : ARCHIEP(ISCOP)I

Foto: Rolf Zimmermann, Rheinisches Bildarchiv Köln.

Toni Diederich (Köln)

* *

*

Redaktionsschluß: 31. Mai 1994

Die Beiträge geben die Ansichten ihrer Verfasser wieder und müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen.

HERAUSGEBER

Dieter Hebig
 Dr. Gabriele Baumgartner

BEIRAT

Botho Brachmann, Gertraude Gebauer, Eckart Henning, Ivan Hlavacek, Lorenz Mikoletzky, Isolde Scharf, Eberhard Schetelich, Werner Vogel

VERLAG

ARCHIV - BUCH VERLAG
 Baumgartner & Hebig OHG
 Heckenstraße 5, 14469 Potsdam-Bornim
 Tel. u. Fax: 03371/620 127

REDAKTION

Dieter Hebig (Chefredakteur)
 Dr. Gabriele Baumgartner
 Hans-Sigismund Gold (redaktionelle Mitarbeit)

Anschriften:

Redaktion ARCHIVMITTEILUNGEN / AM-Leserservice
 Heckenstraße 5
 14469 Potsdam-Bornim
 Tel. u. Fax: 03371/620 127

Bestellungen sind beim AM-Leserservice und beim örtlichen Buchhandel möglich. Interessenten im Ausland wenden sich an den internationalen Buch- und Zeitschriftenhandel des jeweiligen Landes oder direkt an den AM-Leserservice.

Preise: Jahresabonnement 84,- DM

Einzelverkaufspreis: 14,50 DM

Anzeigen können direkt beim ARCHIV-BUCH VERLAG aufgegeben werden. Z. Zt. gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 4 vom 1.3. 1993.

Druck: Druck-Punkt Birkenwerder GbR
 Am Briesewald 7
 16547 Birkenwerder





DIE HABEN DIE RUHE WEG

Wer sich beruflich mit den handschriftlichen und gedruckten Zeugnissen zurückliegender Epochen beschäftigt, weiß, wie sensibel sie auf Ruhestörungen reagieren.

Vor allem beim ständigen Hin und Her in Archiven und Bibliotheken.

Dieses Problem hat unsere Konstrukteure wachgerüttelt - und auf die richtige Spur gebracht: Auf die Entwicklung der Softline-Schiene für den erschütterungsfreien, sicheren Transport unersetzlicher Kulturgüter.

Die Softline-Schiene für verfahrbare Arbitec-Regalanlagen ist nahezu bündig in den Fußboden oder ein hochbelastbares Schienepodest eingelassen.

Speziell profilierte Führungsschienen sowie der wegweisende Softline-Antrieb vermeiden dabei zuverlässig aufrüttelnde Erlebnisse für das archivierte Material.

ARBITEC – da ist
Bewegung drin.



ARBITEC

Gesellschaft für Archiv- und Bibliothekstechnik mbH

Forum Straße 12
4040 Neuss
Telefon 0 21 31/38 09-0

ARCHIV MITTEILUNGEN

Zeitschrift für Archivwesen, archivalische Quellenkunde
und historische Hilfswissenschaften

43. Jahrgang

ISSN 0004-038 X

3/1994

Zur Kirchen- und Religionspolitik in Sachsen von 1945-1952 im Spiegel der Bestände des Sächsischen Hauptstaatsarchivs

Ein Zugang zu den Quellen (1)

Michael Merchel

1. Die Frage nach der Überlieferung allgemein

Die zu betrachtende Zeit ist als eine "Wende-Zeit" ein Abschnitt der Umstrukturierung, der Neuorientierung, der Grundlegung für weitere Entwicklungen und somit für die jüngste Geschichte Deutschlands. Speziell für das Gebiet der Sowjetischen Besatzungszone / Deutschen Demokratischen Republik ist der Zeitraum 1945-1952 auch die Zeit vor dem vorläufigen Ende der Länder und somit vor einer nahezu perfekten Gleichschaltung der einzelnen Territorien. Mit anderen Worten: Für diese Jahre ist in der Überlieferung der Landeshauptarchive noch mit der Dokumentation einer zumindest partiell eigenständigen Kirchenpolitik zu rechnen. Wie sieht dies nun konkret im Sächsischen Hauptstaatsarchiv Dresden (2) aus?

Geht man die durch die leider bisher nur sehr spärlich vorhandene Literatur sowie die Findbucheinleitungen der relevanten Bestände vorgezeichneten Wege, so ergibt sich der Eindruck, das Verhältnis von Staat und Kirche sei ein Randthema gewesen. Es sind dazu kaum Akten vorhanden. Studiert man diese Unterlagen genauer und hört auf Erlebnisberichte Beteiligten, so ergibt sich ein geradezu gegenteiliger Eindruck. Die Schlußfolgerung wäre also, daß es eine reiche Aktenüberlieferung gegeben haben muß. Wo ist sie geblieben? Was ist mit ihr geschehen? Diese Fragen werden zumindest momentan noch offen bleiben müssen. Der Verfasser möchte aber einige Beobachtungen und Gedanken dazu darlegen.

Die Rahmennomenklatur für Staatsgeheimnisse der DDR vom 30. Januar 1987 besagt, daß Teile des Bereiches Kirchenfragen geheimzuhalten seien (3). Die Akten der Verschlusssachenstelle des Rates des Bezirkes Dresden wurden, soweit bekannt, in der "Wende" vernichtet. Es steht zu vermuten, daß ähnliche Vorschriften und Praktiken bereits früher galten und angewandt wurden. Eine weitere Beobachtung, direkt an den im SächsHStA verwahrten Akten ist die, daß die Dokumentation für die Jahre nach 1949, wenn auch nicht ungestört, so doch wesentlich umfangreicher überliefert ist als die der vorhergehenden Jahre. Sollte dies Zufall sein oder hat es bei Gründung der DDR eine "Räumaktion" gegeben? Der Verdacht läßt sich wohl nicht ganz zerstreuen. Eine andere denkbare Variante wäre eine nachträglich durchgeführte Geheimhaltungseinstufung und entsprechende Verwahrung ehemals "normaler" Akten, was auch das überwiegende Fehlen brisanter Dokumente in Akten mit dem Kirchenbezug im Titel und deren Vorhandensein in anderen Akten zwanglos erklären würde. Dies sind Vermutungen. Ihr Beleg oder ihre Widerlegung mag der Zukunft vorbehalten bleiben.

Auch in den Archiven des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit der DDR (4) sind Kirchenunterlagen zu erwarten. Nach Einschätzung des Verfassers, der einige Monate in einem dieser Archive arbeiten durfte, sind dies wahrscheinlich aber nur eigene Unterlagen des MfS und teilweise Dokumente aus dem Justizbereich. Dies entspricht auch den Vorgaben der Archivordnung des MfS, nach der man rein polizeilich-praktizistisch "archivierte", d.h. nach aktuell noch verwertbaren Informationen aussonderte und vernichtete, soweit man dies kapazitätsmäßig noch beherrschte. Eine nachträgliche Übernahme von Archivgut aus anderen Bereichen erscheint sowohl nach der Archivordnung wie auch aus der praktischen Kenntnis des Verfassers der Bezirksverwaltung Dresden des MfS unwahrscheinlich. Gern nahmen sich Berliner Stellen auch Unterlagen regionaler Provenienz an, wenn sie dies für tunlich hielten. Nach Auskunft des Bundesarchives. Abteilungen Potsdam sind für den Bereich der Kirchenpolitik jedoch keine Akten der Länder oder niederer Ebenen zentral archiviert worden. Bei den gegenwärtig arbeitenden staatlichen Behörden sowie in den Kreisarchiven sind Dokumente des fraglichen Zeitraums vorhanden, die ihren Weg in das Endarchiv noch finden müssen. Inwieweit darin relevante Unterlagen enthalten sind, muß überprüft werden. Will man sich nicht nur auf die Überlieferung in staatlichen und kommunalen Archiven und Registraturen verlassen, so wären neben den Kirchenarchiven (Ev.-Luth. Landeskirchenamt Sachsens, Diakonisches Werk, Bekennende Kirche, Landesjugendpfarrer, CVJM usw.) die Archive der SED als der staatstragenden und -bestimmenden Partei (5), der CDU als "Kirchenpartei" oder zumindest als Aushängeschild der Kirchenpolitik des Staates und nicht zuletzt das Zentrale staatliche Archiv der Oktoberrevolution, der obersten Organe der Staatsmacht und der staatlichen Leitung in Moskau als Aufbewahrungsort der Unterlagen der Sowjetischen Militäradministration in Sachsen (6) an der speziell bis 1949 kein Weg vorbeiführte, die aber auch danach noch Einfluß hatte, zu befragen. Auch Personennachlässe dürften relevant sein, wenn auch im SächsHStA kein aussagekräftiger vorhanden ist.

2. Die Quellenlage

Was in den vorstehenden Sätzen als These formuliert wurde, soll im folgenden durch konkretere Angaben untermauert werden. Der Zugriff auf Informationen im Archiv ist in aller Regel nur über den Weg: Bestand - Strukturteil - Akte möglich. In welchen Beständen, welchen Strukturteilen bzw. Gliederungspunkten muß man su-

chen? Wer hat sich womit befaßt? Wie war der Informationsfluß organisiert oder war er etwa gar nicht vorgegeben und spielten in dieser Übergangszeit einzelne Persönlichkeiten die entscheidende Rolle?

Kirche ist nicht einfach ein Unternehmen, welches im Bereich des Kultusministeriums angesiedelt werden kann. Zum einen gibt es in Deutschland zumindest seit den zwanziger Jahren unseres Jahrhunderts keinen staatlichen Bereich mehr, dem sie unterstellt wäre, der sie lenkte, zum anderen ist sie in ihren Gliedern im Sinne von Religion in allen gesellschaftlichen Bereichen in deren Grundüberzeugungen und ethischem Handeln präsent, drittens ist sie, wie wohl keine andere gesellschaftliche Kraft, ein komplexes Gebilde, welches die zuständigen Stellen fast aller Bereiche staatlichen Handelns berührt. Dies beginnt beim Innenbereich und geht hin bis zu Fragen der Haft oder der Landwirtschaft. Im Rahmen der Untersuchung wurden deshalb sämtliche Akten der Landesverwaltung (7) / Landesregierung Sachsen (8), des Bezirkstages / Rates des Bezirkes Dresden, die Überlieferung des Landtages und des Blocks der antifaschistisch-demokratischen Parteien sowie die Unterlagen der Kreistage / Kreisräte anhand der Findhilfsmittel und insoweit in der Verzeichnung ein Kirchenbezug im weitesten Sinne zu erkennen war, erfaßt. Die übergreifenden Aktenreihen, wie etwa Protokollserien blieben unberücksichtigt, sind aber vom Forscher selbstverständlich nicht zu vernachlässigen. Daneben wurden auch die vorhandenen Nachlässe überprüft. Bei der benötigten Intensität der Erfassung zeigte es sich sehr schnell, daß eine Aufnahme lediglich der Aktentitel, gar noch eingeschränkt auf die offiziell mit Kirchenfragen befaßten Strukturteile, nicht ausreichte. Deshalb wurde die Recherche auch auf die Enthält-Vermerke ausgedehnt. Wie vermutet, ergab sich dadurch ein enormer Informationsgewinn. Speziell für einen Bereich, bei dem die Vernichtung von Überlieferung vermutet wird, wird diese Verzeichnungsintensität und Recherchetiefe unumgänglich sein.

Am Ende waren in folgenden Beständen zum Thema Kirchen- und Religionspolitik Dokumente ermittelt: Landesregierung Sachsen, Ministerpräsident, LRS, Ministerium des Innern, LRS, Ministerium für Volksbildung, LRS, Ministerium der Justiz und Hauptabteilung Justiz, LRS, Ministerium der Finanzen, LRS, Ministerium für Wirtschaft, LRS, Ministerium für Land- und Forstwirtschaft, LRS, Ministerium für Arbeit und Sozialfürsorge, Landesbehörde der Volkspolizei Sachsen und ihre nachgeordneten Einrichtungen, Landgerichte Freiberg und Zwickau, Rat des Bezirkes Dresden, Landtag sowie Kreistage / Kreisräte (9).

Insgesamt wurden 68 Aktentitel sowie 102 relevante Enthält-Vermerke zu Akten, bei denen der Bezug im Titel nicht erkennbar und zu vermuten war, ermittelt. Daneben wurden noch 31 Akten über Register aufgefunden. (10)

Diese Zahlen bedürfen wohl keiner weiteren Kommentierung. Es sei aber darauf verwiesen, daß die relativ große Anzahl von Akten-einheiten mit dem Bezug Kirche eine umfangreiche Überlieferung vortäuscht, die jedoch so nicht gegeben ist. Die Akten haben oft nur einen geringen bis sehr geringen Umfang. Zudem ist der Inhalt häufig nur von untergeordneter Bedeutung. Die Spitzendokumente scheinen zumeist zu fehlen. Teilweise ist eine Aussonderung von Unterlagen in den Akten selbst nachzuvollziehen (11). Was eigentlich in den Unterlagen der staatlichen und parlamentarischen Stellen vorhanden sein mußte, wurde an ausgewählten Beispielen in der Gegenüberlieferung im Ev.-Luth. Landeskirchenamt Sachsens überprüft (12). Die dort gewonnenen Erkenntnisse unterstreichen den aus der Überlieferung des SächsHStA gewonnenen oben dargelegten Eindruck. Teilweise scheint sogar ein Totalausfall der Überlieferung bei den staatlichen Stellen eingetreten zu sein. Dies trifft auf verschiedene Justizbestände zu und ist bei der Überlieferung der Kreisebene zu beobachten. Durchgängig fehlen die Protokolle der doch recht häufigen Gespräche der Spitzenebene des Landes Sachsen mit der Ev.-Luth. Landeskirche (13).

Wenn man die Intensität der Kontakte zwischen Staat und Kirche bedenkt und sich bewußt macht, welchen Stellenwert Kirchenpolitik auch in den späteren Jahren des Bestehens der DDR für den Staat hatte, drängt sich der Eindruck auf, daß hier Überlieferung systematisch manipuliert wurde, nur Alibiakten in die Archive gelangten oder dort verblieben bzw. lediglich seinerzeit unentdeckte Vorgänge erhalten sind, die dank der Verzeichnungsarbeit der Archive nun doch noch eine Überlieferung darstellen, mit der man arbeiten kann.

3. Zuständigkeiten, Informationsbeziehungen und Inhalte

3.1. Ein allgemeiner Überblick

Nachdem durch die Alliierten sämtliche deutschen Organe zerschlagen und von ihnen Militärverwaltungen eingesetzt worden waren, realisierte sich Kirchenpolitik zunächst über Befehle der Besatzungsmächte bzw. persönliche Kontakte zu ihnen. Diese scheinen zwar nicht konfliktfrei, aber dennoch fruchtbar und intensiv gewesen zu sein (14).

Gleiches läßt sich vielerorts im Verhältnis zwischen deutschen Staats- und Kirchenvertretern beobachten, die sich aus der Zeit des antifaschistischen Widerstandskampfes oder zumindest der gesuchten Distanz zum NS-System kannten und schätzten.

Gerade in den ersten Nachkriegsmonaten und auch noch -jahren scheint diese emotionale Komponente eine nicht unbeträchtliche Rolle gespielt zu haben. Mit der Festigung staatlicher wie kirchlicher Strukturen verschwand dies zwar nicht, trat aber zurück. Durch die wachsende Rolle der Organe in Berlin (15) und den zeitlichen Abstand zum gemeinsamen Gegner NS-Staat und -ideologie wurden zunehmend unterschiedliche Grundpositionen deutlich und verhärteten sich die Fronten.

Versucht man die Entwicklung strukturmäßig anzusiedeln, so ist für die staatliche Ebene Sachsens folgendes deutlich: Im Juli 1945 bestanden beim Präsidenten der Landesverwaltung drei Abteilungen. Der dritten war dabei die Zentralverwaltung für Bildung und Schule zugeordnet (16), die mit Kirchenfragen befaßt war (17). Im Dezember 1945 nannte sie sich Zentralverwaltung für Wissenschaft, Kunst und Erziehung und wurde als zweite Abteilung geführt (18). Ihr Leiter war Ministerialdirektor Emil Menke-Glückert (19).

Durch Beschluß der Präsidialsitzung vom 30. Januar 1946 wurden die Kirchenangelegenheiten als Abteilung dem Ressort Inneres zugewiesen und gingen somit aus der Kompetenz Menke-Glückerts in die Kurt Fischers über (20).

Bereits am 17. Dezember 1946 wurden die Kirchenfragen vom Innenbereich an die Abteilung Allgemeine Volkserziehung im sächsischen Ministerium für Volksbildung übergeben. Dort hatten sie den Status eines Referates (21).

Im Januar 1949 wurde das Referat beim Ministerium für Volksbildung aufgelöst und in die Kanzlei des Ministerpräsidenten als Sachgebiet übernommen (22). Dort nannte sich dieses Aufgabengebiet Verbindung zu den Kirchen (23).

Eigentlich schon nach der hier zu bedenkenden Zeit, aber wegen der dort vorhandenen Überlieferung dennoch zu nennen, wurden Kirchenfragen nach dem Beschluß des Ministerrates der DDR vom 24. Juli 1952 im Referat Kirchenfragen bei den Ersten Stellvertretern der Vorsitzenden der Räte der Bezirke bearbeitet (24). Für die Kreisebene konnte vom Verfasser für die Zeit 1945 bis 1952 in der Literatur sowie in Strukturplänen keine spezielle Struktureinheit festgestellt werden, die sich mit Kirche zu befassen gehabt hätte (25). Nach dem Aktenbefund wurden Kirchenfragen vom Landrat selbst, vom Nachrichtenamt, Kulturamt, Kreisschulrat bzw. den entsprechenden Organen der Städte oder der Polizei und auf kommunaler dörflicher Ebene von den Bürgermeistern bearbeitet. Nach dem Juli 1952 ressortierten Kirchenfragen analog der Regelung für die Bezirke bei den Ersten Stellvertretern der Vorsitzenden der Räte der Kreise.

Betrachtet man die kirchliche Seite (26), so muß man sich zunächst bewußt machen, daß 1945 noch 84% der Bevölkerung Sachsens evangelisch-lutherisch waren. Bereits im Mai jenes Jahres begann der Dresdener Pfarrer Lic. Franz Lau gemeinsam mit dem ehemaligen Konsistorialrat Kotte die Evangelisch-Lutherische Landeskirche Sachsens zu reorganisieren. Dabei war Lau, der später die Bezeichnung Landessuperintendent führte, für die geistliche Seite und Kotte für die verwaltungsmäßige, das Landeskirchenamt, zuständig.

Aus Vertretern verschiedener Gruppen wurde ein Landeskirchlicher Beirat als Vorläufige Kirchenleitung gebildet, der dem Landeskirchenamt übergeordnet war (27).

Erst im Juli 1947 durfte der Führer der sächsischen Bekennenden Kirche, Hugo Hahn, der 1938 aus Sachsen ausgewiesen worden war, nach Dresden zurückkehren und hier das Bischofsamt übernehmen, das ihm bereits im November 1945 angetragen worden war. 1947 begann dann auch der reguläre Neuaufbau der Landeskirche von unten her durch die Wahl der Kirchenvorstände in den

Gemeinden. 1948 konstituierte sich die erste neue Landessynode, die die Maßnahmen der bisherigen provisorischen Kirchenleitung bestätigte. Die Synode beschloß im Dezember 1950 eine neue Kirchenverfassung, deren Grundprinzipien die Verknüpfung von episkopalem, synodalem sowie konsistorialem Prinzip einerseits und die (eingeschränkte) Selbstverwaltung der Gemeinden andererseits waren. Eine aus Bischof, Mitgliedern der Landessynode und Oberlandeskirchenräten bestehenden Kirchenleitung wurde oberstes Organ nach der Synode.

Die kirchlichen Vereine wurden auf staatlichen Druck hin in kirchliche Werke unter dem Dach der Landeskirche umgewandelt, ähnlich die caritativen Stiftungen, die nur so überleben konnten. Einen Sonderstatus innerhalb der Kirche nahm die Innere Mission ein, die ein eigenes Direktorium behielt, deren Amtsleiter jedoch als außerordentliches Mitglied des Landeskirchenamtes, im Status eines Oberkirchenrates, gilt und in der Regel berufenes Mitglied der Landessynode ist.

Im ehemals schlesischen Gebiet westlich der Neiße wurde 1945 eine Leitung der Evangelischen Kirche von Schlesien eingerichtet (28). Später wird dieses Gebilde als Görlitzer Kirchengebiet bezeichnet werden.

Durch die Umsiedler wurde der Anteil der katholischen Bevölkerung in Sachsen wesentlich erhöht. Er betrug nun etwa 8%. Es kam zur Gründung neuer katholischer Gemeinden. Görlitz erhielt in Analogie zur evangelischen Kirche ein Erzbischöfliches Amt. Auf die anderen Religionsgemeinschaften einzugehen, ist im Rahmen der vorliegenden Arbeit aus Platzgründen nicht möglich, aber wohl auch nicht unbedingt nötig, da sie nicht die Rolle in der Gesellschaft jener Zeit spielten und zudem ihre innere Organisation für ihre Beziehungen zum Staat nicht sonderlich relevant erscheint.

Zwischen Staat und Kirche standen die Parteien, hier speziell die Christlich Demokratische Union. Da sie für den zu untersuchenden Zeitraum primär als politische Kraft auftritt, wird sie hier ebenfalls nicht speziell behandelt.

Soweit vom Verfasser die Lage zu überblicken ist, sind zur Behörden-geschichte, d. h. zu Zuständigkeiten, Informationsbeziehungen usw. für den hier bedachten Spezialbereich noch keinerlei tiefer-schürfende Untersuchungen vorgelegt worden. Deshalb sei hier ein erster, wenn auch noch fragmentarischer Versuch unternommen, die eben skizzierten Aussagen noch etwas zu untermauern und zu spezifizieren. Dies will und kann nur ein erster Beitrag sein, der weitere Wege intensiverer Forschung weisen soll.

3.2. Die Besatzungsbehörden

Dokumente, die Aussagen über die amerikanische Besatzungs-macht in Südwestsachsen zuließen, konnten bislang in den Beständen des SächsHStA nicht festgestellt werden. Am 1. Juli 1945 hatten die Amerikaner sich hier zurückgezogen und die Sowjet-armee rückte auch in diesen Teil Sachsens ein. Es wird also jetzt von den sowjetischen Besatzungsbehörden zu sprechen sein, die sich auf Zonen-, Landes-, "Bezirks-", Kreis- und Ortsebene konstituierten. Zunächst lag sämtliche Gewalt in ihren Händen. Sehr schnell jedoch wurden Deutsche zur Mitarbeit / Ausführung bei der Verwaltung staatlicher Macht herangezogen. So bestätigte die SMAS bereits am 9. Juli die Landesverwaltung Sachsen, die nach den Wahlen vom Herbst 1946 durch die Landesregierung Sachsen abgelöst wurde. Dabei darf nicht vergessen werden, daß, wie bereits bemerkt, zumindest für die Zeit bis zur Gründung der DDR, die Organe der SMA in allen Fragen weisungsberechtigt waren und diese Kompetenz auch, wo es ihnen nötig erschien, wahrnahmen (29). Die deutschen Behörden hatten jedoch neben der direkten Auftrags-tätigkeit auch zunehmend Spielräume für eigenes Handeln. Eine Appellation gegen solche Aktivitäten bei der SMA war aber u. U. durchaus möglich (30).

Die sowjetische Administration war in etwa analog der deutschen organisiert. Als Personen, die in den hier relevanten Dokumenten immer wieder als Entscheidungsträger auftauchen, seien genannt: Jermalajew, Dubrowski, Urasow, Watnik, Broder, Komarow, Majorow, Affonin, Kotschetow, Chwostenko, Koifmann, Kolocenko und Eichelbaum.

Insgesamt wird man trotz der schlechten Überlieferungslage wohl von intensiven Kontakten sowohl auf staatlicher wie auf kirchlicher Seite zur Besatzungsmacht ausgehen dürfen, die durchaus als konstruktiv gewertet werden sollten (31). Auch nach dem 7.

Oktober 1949 und der Auflösung der SMA hat die sowje-tische Seite zumindest mittelbar weiterhin Einfluß auf die Politik der deutschen Stellen genommen (32).

3.3. Die deutschen Zentralverwaltungen / Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik

In der ersten Zeit nach dem Kriegsende scheinen die deutschen Zentralverwaltungen, soweit sie überhaupt schon wieder bestanden, für die Kirchenpolitik in Sachsen keine besondere Rolle gespielt zu haben. Lediglich auf dem Gebiet der Finanzen ist dies anders. Hier wurde bereits im August 1946 das Thema der Staatsleistungen durch den Präsidenten der Deutschen Zentralverwaltung für Finanzen, Meyer, für die gesamte Sowjetische Besatzungszone bearbeitet (33).

Zumindest regelmäßige Abstimmungen zwischen der Zentralebene der Zone und den Ländern hat es für Kirchenfragen aber bereits 1947 gegeben (34). Spätestens mit Gründung der DDR wurde dieser Aufgabenkomplex ganz stark zentralisiert. So existierte z. B. im April 1950 eine Hauptabteilung Verbindung zu den Kirchen beim Stellvertretenden Ministerpräsidenten der DDR, deren Leiter der bereits früher auf diesem Gebiet eingesetzte Grünbaum war (35). Sie erhielt ihre Informationen entweder direkt aus den Ländern oder aber über das Amt für Information der DDR (36). In ihren Entscheidungen arbeitete sie z. T. eng mit den fachlich zuständigen Ministerien zusammen, was diese anscheinend akzeptierten (37). Aber auch Direktkontakte zu Ministerpräsident Grothwohl hat es gegeben, der sich z. B. vom sächsischen Ministerpräsidenten Seydewitz zu Kirchenfragen berichten ließ (38).

Daneben wurden die fachlich zuständigen zentralen Organe selbst und unmittelbar tätig. Dies geschah in der Form der Anforderung von Berichten, der Anleitung und der Weisung (39). Das Kirchenreferat des Landes Sachsen konnte in diesen Fällen froh sein, wenn es wenigstens informiert wurde (40). Die Landesregierung wurde anscheinend mit der Zeit immer stärker aus wichtigen Fragen ausgebootet (41).

Neben diesem wachsenden zentralen Einfluß wurden auch, sehr zum Unwillen der SED-geführten Landesregierung Sachsen, Sonderwege im Bereich der Kirchenfragen eingeschlagen. So setzte beispielsweise Otto Nuschke, der als Stellvertretender Ministerpräsident der DDR Dienstvorgesetzter der Hauptabteilung Verbindung zu den Kirchen bei der Regierung der DDR war, die Parteiinstanzen der CDU zur Informationsbeschaffung ein (42). Über das Ministerium für Staatssicherheit, Verwaltung Sachsen liegen bisher nur spärliche Erkenntnisse vor. Deutlich ist jedoch, daß es von Anfang an (1950) Berlin direkt unterstellt war und somit außerhalb des Kompetenzbereiches der Landesregierung Sachsen lag. Zumindest Informationsbeziehungen bestanden aber (43). Auch eine Zusammenarbeit zwischen Polizei und MfS bei Einsätzen ist belegt (44). Als sich 1951/1952 die Situation zwischen Staat und Kirche zuspitzte, versuchte Landesbischof Hahn mit dem Chef der MfS-Verwaltung Sachsen in's Gespräch zu kommen, was auch zunächst gelang. Im übrigen ist es aber wohl so, daß das MfS ohne direkten offiziellen Kontakt arbeiten wollte und nur über andere Stellen vermittelt mit der Kirche verkehrte (45).

3.4. Die staatlichen Zentralbehörden Sachsens

In den Jahren 1945-1952 änderten sich die Kompetenzverteilung und der Aufbau der oberen sächsischen Staatsorgane mehrfach. Im folgenden soll versucht werden, dies für den Bereich der Kirchenpolitik nachzuvollziehen. Randunschärfen können dabei nicht ganz vermieden werden.

3.4.1. Der Präsident der Landesverwaltung Sachsen / Der Ministerpräsident der Landesregierung Sachsen (46)

Ein erster Ansatzpunkt für Forschungen ist die Zentralverwaltung für Bildung und Schule / Zentralverwaltung für Wissenschaft, Kunst und Erziehung, als deren erster Chef Ministerialdirektor Emil Menke-Glückert ressortierte (47). Sie war direkt dem Präsidenten der LVS zugeordnet und gliederte sich wie folgt (Stand 10. Oktober 1945):

- I. Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten
- II. Allgemeine Angelegenheiten aus dem Gebiete des gesamten Bildungs- und Schulwesens
- III. Hochschulwesen

IV. Büchereiwesen

V. Kunstpflege

VI. Kirchen und sonstige Religionsgemeinschaften (48).

Die Kontakte zur Leitung der Landeskirche, aber auch zu untergeordneten kirchlichen Dienststellen bzw. Einzelpersonlichkeiten scheinen recht intensiv gewesen zu sein (49). Allerdings war man dem Gedanken des späteren Kirchenrates Meinecke, Verbindungsleute der Kirche direkt in der Landesverwaltung sitzen zu haben, nicht zugetan (50). Verhandelt wurde von kirchlicher Seite aus sowohl mit Menke-Glückert, wie auch mit Ministerialrat von Schuch, einem Mitarbeiter des ersteren (51). Bereits im Oktober 1945 scheint der Umfang der zu bearbeitenden Kirchenfragen so groß geworden zu sein, bzw. auch Vertrauen in die reorganisierte Kirchenleitung bestanden zu haben, daß man kund gab, doch künftig nur noch mit dem Landeskirchenamt und nicht mehr mit nachgeordneten Dienststellen verkehren zu wollen (52). Leider scheint in der Überlieferung des SächsHStA dieser Bestandteil ausgefallen zu sein. Durch Beschluß der Präsidialsitzung vom 30. Januar 1946 wurde die Zentralverwaltung für Wissenschaft, Kunst und Erziehung beim Präsidenten aufgelöst und die Kirchenangelegenheiten dem neustrukturierten Ressort Inneres zugewiesen, welches unter der Ägide Kurt Fischers stand (53). Es existiert jedoch noch ein Protokoll vom 28. Februar 1946 über eine Unterredung von Schuchs mit Vertretern des Landeskirchenamtes, in dem vom *künftigen* Wechsel der Kirchenangelegenheiten zum Ressort Inneres gesprochen wird (54). Spätestens im März ist dieser dann vollzogen (55).

Neben dieser ressortmäßigen Anbindung engagierte sich auch der Präsident der Landesverwaltung / Landesregierung Rudolf Friedrichs persönlich in mancherlei Gesprächen mit der geistlichen wie mit der verwaltungsmäßigen Spitze der Ev.-Luth. Landeskirche Sachsens (56). Dies mag zum einen am politischen Stellenwert der Kirche damals gelegen haben, zum anderen auch daran, daß Friedrichs selbst Glied der Reformierten Gemeinde Dresdens war (57). 1945/1946 war die Rolle der Kirche im neuen Staat noch nicht restlos festgelegt. Man diskutierte über eine Einbeziehung und versuchte, sie zur Mitarbeit im und für den Staat zu gewinnen. So äußerte z.B. Präsident Friedrichs in einem Gespräch am 7. März 1946, an dem Vertreter der SMAD, der SMAS, der Landesverwaltung und Kirchenleute teilnahmen, ein "enges Verhältnis zwischen Staat und Kirche sei nötig, um beim großen Aufbauwerk zusammenzuwirken. Deshalb der dringende Wunsch, daß die Kirche sich voll und ganz in die neue Zeit eingliedere" (58). Hier vereinbarte man auch, bei der Landesverwaltung Sachsen einen kirchlichen Beirat zu bilden, dessen Mitgliederauswahl im Einvernehmen mit dem Landeskirchenamt erfolgen sollte (59). Weiter stellte Friedrichs in seiner Nachschrift als *opinio communis* fest: "Die Kirche wird im Rahmen der Volkssolidarität und der Jugendausschüsse bei den diesen zugewiesenen Aufgaben weiter positiv mitwirken" (60).

Dies bedeutet jedoch nicht, daß von allen Staatsfunktionären an eine Partnerschaft mit der oder den großen Kirchen bzw. gar mit allen Religionsgemeinschaften gedacht worden wäre. Vielmehr scheint das Ziel einer atheistischen Gesellschaft für die meisten bereits klar gewesen zu sein (61). Reibungsflächen sollten jedoch zumindest nach dem Willen der oberen Ebene abgebaut werden (62). Ob dies nur Taktik oder auch teilweise Respekt war, mag hier dahingestellt bleiben.

Sowohl Friedrichs wie dann auch Ministerpräsident Max Seydewitz stützen sich bei ihrer Arbeit in diesen Bereichen auf ihre persönlichen Referenten. So arbeitete bereits Anfang 1946 Volkmann in dieser Position. Anscheinend war er auch später unter Präsident Seydewitz eine der tragenden Säulen der Kirchenpolitik der Landesregierung (63). Die Aktenüberlieferung für die Zeit nach dem Juli 1947 läßt den Schluß zu, daß Max Seydewitz die persönlichen Kontakte zur Kirche nicht so intensiv pflegte, wie sein Vorgänger Friedrichs, sondern dies mehr seinen persönlichen Referenten / Referentinnen Pape, Püschel und allen voran dem bereits genannten Volkmann überließ (64). Für Seydewitz scheint in dieser Zeit Kirche als "Hort der Reaktion" festgestanden zu haben. Dennoch war er in seinem offiziellen Gebaren um eine Eingrenzung der Konfliktfelder bemüht und griff nur speziell den Teilbereich der Kinder- und Jugendarbeit an, wie das generell in diesen Jahren in der gesamten SBZ und vor allem dann in der DDR zu beobachten ist. So gab es auch weiterhin Versuche, wenn schon nicht die

Kirchenleitungen, so doch wenigstens die Pfarrer zu einer Mitarbeit zu gewinnen (65). Der Ministerpräsident scheint über jeden Vorgang, den seine persönlichen Referenten bearbeiteten, informiert gewesen zu sein. Dies setzte sich auch fort, nachdem im Januar 1949 die Abteilung Verbindung zu den Kirchen beim Sekretariat des Ministerpräsidenten als Nachfolgerin des Referates Religionsgesellschaften des sächsischen Ministeriums für Volksbildung geschaffen worden war (66).

Die Abteilung Verbindung zu den Kirchen arbeitete äußerst eng mit den persönlichen Referenten des Ministerpräsidenten zusammen. In ihren Akten sind häufig Anweisungen bzw. Sichtvermerke des Ministerpräsidenten oder seiner Referenten zu finden. Teilweise gingen eingehende Schreiben auch zuerst über das Büro des Ministerpräsidenten bzw. wurden ausgehende Schriftstücke der Abteilung von den persönlichen Referenten unterzeichnet (67). Spätestens seit dem Oktober 1951, wahrscheinlich aber schon früher, bekam die Abteilung Verbindung zu den Kirchen direkte Weisungen von der gleichnamigen Dienststelle in Berlin (68). Als Hauptreferent dieser Abteilung in Sachsen ist für 1951/1952 Senf belegt, der zuvor in der Abteilung Kultur und Erziehung der Landesleitung der SED tätig war (69). Von seinen Beziehungen zur Landesregierung während dieser Zeit wird weiter unten noch zu sprechen sein.

Leiter des Büros für Jugendfragen und Leibesübungen beim Ministerpräsidenten war Werner Zscheile, der wenig vor dem März 1950 an die Kanzlei des Ministerpräsidenten gekommen sein muß (70). Er ist ein Beispiel, an dem sich besonders deutlich sehen läßt, daß die Kirchenfragen nicht einfach eines unter vielen Tätigkeitsgebieten des Staates waren. So ließ sich Zscheile während seiner Tätigkeit im sächsischen Ministerium für Volksbildung, Referat Jugendförderung Informationen zu Kirche nicht nur auf dem normalen Dienstweg erheben, sondern legte sie auch gesondert und geheim ab. Schließlich nahm er sie, als er seinen Einsatzort wechselte, mit an seinen neuen Arbeitsplatz (71).

Informationserhebung und -steuerung spielte überhaupt eine entscheidende Rolle. Neben Anfragen und Berichten im eigenen Behördenstrang war dafür vor allem das Landesnachrichtenamt / Amt für Information zuständig (72). Im Januar 1950 wurde es in den Strukturbereich des Ministerpräsidenten gezogen und seine Vorgänger beim Ministerium des Innern und für Volksbildung aufgelöst (73). Interessant sind auch die Beziehungen des Amtes für Information. So wurde z. B. im September 1950 bei der Landesleitung der SED nach bestimmten Daten gefragt und gleichzeitig zu deren Orientierung Akten der Landesregierung dorthin überstellt. Aus der Landesleitung antwortete der oben bereits erwähnte Senf, der sich als in Kirchenfragen sehr engagiert darstellt und auch von sich aus an die Landesregierung herantrat (74).

Originäre Aufgabe des Amtes für Information, Abteilung Presse, Funk und Film waren daneben zumindest seit dem 30. Juni 1950 auch die Fragen der Erteilung von Druckgenehmigungen (75). Die Pressestelle des Ministerpräsidenten, die im Jahre 1948 eingerichtet wurde, bearbeitete ebenfalls Informationsangelegenheiten, wenn auch in bescheidenerem Umfang. Sie diente primär der persönlichen Information des Ministerpräsidenten (76). Inwieweit auch die polizeilichen Wochenberichte mit in diese Informationen einfließen, konnte noch nicht geklärt werden. Sie seien jedoch zumindest als eine weitere Informationsquelle genannt. Die Pressestelle wurde im Einzelfall auch den Ministerien gegenüber aus eigener Initiative heraus aktiv, indem sie Informationen weitergab und daran u. U. ausdrücklich entsprechende Erwartungen knüpfte (77).

Die oben dargestellten Personen und Strukturteile sind nach dem momentanen Forschungsstand diejenigen, die hauptsächlich und querschnittsmäßig im Strukturteil des Ministerpräsidenten mit Kirchenfragen befaßt waren. Hier reicht die Themenpalette von der Wohnraumbeschaffung über Kirchschullehnen, Personalfragen, Stellenwünsche, Entnazifizierung, kirchliche Umsiedlergemeinden, die Genehmigung von Veranstaltungen, die Zulassung von Religionsgemeinschaften, Baufragen, Staatsleistungen an die Kirchen, das staatspolitisch relevante Auftreten von Kirchenfunktionären, die Jugendfrage, Einreisegenehmigungen usw. bis zu grundsätzlichen, geradezu philosophischen Erörterungen der Frage des Verhältnisses von Staat und Kirche, von Religion und Gesellschaft. Spezielle Themenschwerpunkte lassen sich nur schwer erkennen. Es sind die großen Themen der Kirchenpolitik

dieser Jahre in ihrer Entwicklung sowie die alltäglichen Dinge des Miteinanders. Der Einfluß verschiedener Persönlichkeiten wird deutlich und wie sich die anfangs durchaus offene Situation mehr und mehr verfestigte und zu eskalieren begann.

Die Aufgaben der Abteilung Verbindung zu den Kirchen beschrieb Senf, vermutlich im Sommer 1950, also bereits in der beginnenden Phase verstärkter Konfrontation, so: "Hauptaufgabe der Abteilung ist es, unter der unteren Geistlichkeit das Vertrauen zur Regierung zu schaffen." Ansonsten sei man dazu da, die Landräte und Oberbürgermeister anzuleiten und Informationen aus sämtlichen Ministerien zu sammeln (78). Gegen Ende der Existenz der Landesregierung machte er als Leiter der Abteilung Verbindung zu den Kirchen im April 1952 an den Ministerpräsidenten Vorschläge zur Handhabung der Kirchenfragen, die im Hinblick auf die Position seiner Abteilung, wie auch in ihren Intentionen recht aufschlußreich erscheinen:

- Dem Ministerium des Innern wird aufgetragen, dafür zu sorgen, daß alle Kreise / selbständigen Städte Mitarbeiter für Kirchenfragen ernennen.

- "Für alle Ministerien:

a. Die Ministerien sind verpflichtet, in allen Kirchenfragen in enger Zusammenarbeit mit der Abteilung Verbindung zu den Kirchen zu arbeiten.

b. Bei wichtigen Entscheidungen ist die Stellungnahme der Abteilung Verbindung zu den Kirchen einzuholen.

c. Bei auftretenden Schwierigkeiten ist die Abteilung Verbindung zu den Kirchen stets zu unterrichten.

d. Die Abteilung Verbindung zu den Kirchen ist zu unterrichten über das reaktionäre Auftreten einzelner Geistlicher, desgleichen über sektiererisches Verhalten staatlicher kommunaler Angestellter" (79).

Auch bei den Strukturbereichen Inneres und Volksbildung, die beide zeitweise als Querschnittsaufgabe die Kirchenfragen zu betreuen hatten, ist diese globale Zuständigkeit zu erkennen. Die übrigen Strukturteile waren dann mehr mit Spezialproblemen befaßt. Dies trifft schon auf die anderen Abteilungen des Ministerpräsidenten zu. Keinesfalls darf dies aber dazu verleiten, deren Überlieferung unbeachtet zu lassen, da neben ihren originären Zuständigkeiten bei genauem Hinsehen auch Dokumente zu gänzlich anderen Themen auftauchen, die bei mangelnder Überlieferungsdichte im eigentlich zuständigen Strukturteil äußerst wertvoll sein können (80). Auch können Akten enthalten sein, die ganz oder in Teilen provenienzmäßig falsch zugeordnet wurden (81).

3.4.2. Landesverwaltung Sachsen. Ressort Inneres und Volksbildung / Landesregierung Sachsen. Ministerium des Innern

Per Kabinettsbeschluß wurden, wie oben dargelegt, am 30. Januar 1946 die Kirchenfragen dem Ressort Inneres unter Kurt Fischer zugewiesen, wo sie allerdings nur bis zum 16. Dezember desselben Jahres verblieben (82). Darüber hinaus ist natürlich der Bereich des Inneren mit seinen Strukturteilen Staatsverwaltung und Polizei von deren Aufgabenstellung her ganz allgemein gerade in einem wenigstens der Tendenz nach atheistischen Staat immer mit Kirchenfragen befaßt (83).

Wie schwierig die Trennung zwischen dem Arbeitsgebiet Kirchenfragen und der Hauptabteilung Staatsverwaltung durchzuführen ist, und welche Kontinuitäten bzw. Verbindungen hier bestanden, zeigt nach dem Dafürhalten des Verfassers sehr schön die Person Auerswalds, des späteren Leiters des Referates Religionsgemeinschaften beim sächsischen Ministerium für Volksbildung. Juli / August 1946 taucht er als mit Kirchenfragen befaßt in der LVS. Allgemeine Verwaltung und Kommunalwesen auf. Ein Strukturplan vom 10. Juli 1946 weist für die 1. Abteilung Allgemeine Verwaltung und Kommunalwesen folgende Struktur und Leiter aus:

1. Allgemeine Verwaltung - Ministerialdirektor Hegner

2. Kommunalwesen - Ministerialdirektor Hegner

3. Nachrichtenwesen - Ministerialrat Kneisel

4. Kirchenangelegenheiten - Oberregierungsrat Auerswald" (84).

Hier ist auch Oberregierungsrat Heerklotz zuzuordnen, der im März 1946 von Fischer als sein zuständiger Mann für Kirchenfragen bezeichnet wurde (85).

Der Strukturteil bezeichnete sich selbst im September 1946 als Abteilung Kirchenwesen (86). An anderer Stelle wird er im Juli 1946 als LVS. Abteilung kirchliche Angelegenheiten (87) oder ebenfalls zu diesem Zeitpunkt als LVS. Abteilung I4 A Kirchen und

andere Religionsgesellschaften (88) bezeichnet. Obwohl eigenständig, scheint er engste Beziehungen zum Büro des Ressortchefs Inneres gehabt zu haben (89).

Im Bestand LRS. Ministerium des Innern existieren beim Gliederungspunkt Kirchenangelegenheiten eine ganze Reihe von Akten, deren Provenienz der Ministerpräsident und das Finanzministerium sind. Auch sind Konvolute mit Mischprovenienz Ministerpräsident / Ministerium des Innern vorhanden. Will man nicht davon ausgehen, daß diese Akten nur durch ein Versehen hierher gelangt sind bzw. vermischt wurden, so würde sich die Erklärung durch eine enge Zusammenarbeit dieser Strukturteile in Kirchenfragen nahelegen.

Prinzipiell gingen im Dezember 1946 / Januar 1947 die Kirchenfragen an das Ministerium für Volksbildung über. Dennoch gab es aus den oben dargelegten Gründen eine weitere Beschäftigung mit ihnen im Ministerium des Innern. Für die Zeit nach der offiziellen Abgabe des Aufgabengebietes ist der Leiter der 1. Hauptabteilung, Paul Hegner, weiterhin eine wichtige Persönlichkeit für die Kirche (90). Das Aufgabenspektrum dieser Abteilung erstreckte sich vor allem auf die rechtlich-finanzielle bzw. technische Seite des Verhältnisses Staat-Kirche (91). In einem Strukturplan von 1951 ist dazu das Sachgebiet II 11.51 b Religionsgemeinschaftsangelegenheiten ausgewiesen (92). Oft wurde der Ministerpräsident informiert bzw. führte man seine Aufträge aus (93). Genügte die eigenen Informationsquellen nicht, fragte man beim jetzt zuständigen Ministerium für Volksbildung, später beim Ministerpräsidenten an (94). Im Rahmen der üblichen Aufgaben ist eine Tendenz zu einer zumeist wenig kirchenfreundlichen Auslegung der Vorgaben zu erkennen (95).

Natürlich dürfen in dieser Aufstellung auch die Ressortchefs bzw. Minister nicht unerwähnt bleiben, die sich speziell bei Spitzengesprächen einbrachten (96). Nach den ausgewerteten Unterlagen scheint sich dabei besonders Minister Hofmann für Kirchenfragen interessiert zu haben (97). Da er sich mit diesen Fragen befaßte, tat es auch sein Büro (98).

Das bereits oben genannte Landesnachrichtenamt / Amt für Information ressortierte seit dem 1. Januar 1947 bis Ende 1949 beim Sächsischen Ministerium des Innern. Sein Leiter war Richard Gladewitz, der ihm vom 20. Dezember 1945 bis zum Oktober 1948 vorstand (99). In Personalunion wurde von ihm die Abteilung Volkserziehung im Ministerium für Volksbildung verwaltet (100). In der Informationsbeschaffung, die anscheinend Hauptaufgabe war, arbeitete Gladewitz eng mit Heerklotz zusammen (101). Auch versuchte man in Zusammenarbeit schon einmal das Landeskirchenamt personalpolitisch unter Druck zu setzen (102).

Als relativ selbständiger, jedoch dem Ministerium des Innern unterstellter Bereich, ist nunmehr die Landesbehörde Sachsen der Volkspolizei zu nennen. Die Polizei hatte wenig eigene Entscheidungskompetenzen in Bezug auf die Religionsgemeinschaften. Sie wurde zur Informationserhebung eingesetzt (103), zur allgemeinen Überwachung (104) sowie zur Durchsetzung staatlicher Restriktionen (Versammlungsverbot, Verhinderung von Reisen, Beschlagnahme) (105).

Organisatorisch waren Kirchensachen in aller Regel bei den Abteilungen Paß- und Meldewesen, Referat PM 3 (VP 3) Vereins- und Versammlungswesen angesiedelt (106). Aber auch die Abteilung PM 2 scheint zur Überwachung eingesetzt worden zu sein. Neben den Ministerialdirektoren Hofmann und Dick als Chefinspektoren sind hier Gutsche als Chef der Landeskriminalpolizeiabteilung und Huhn vom Operativstab als wichtige Personen zu nennen (107).

Gerade auch im Polizeibereich ist sehr schön die immer stärker werdende Stellung und schließlich Weisungsbefugnis der Organe in Berlin zu sehen, die der Landesregierung Sachsen immer weniger Spielraum ließ (108).

Die Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Staatssicherheit scheint bereits kurz nach dessen Gründung im Jahr 1950 recht eng gewesen zu sein, was sich auch fortsetzte, ohne daß dies bisher jedoch in konkreten Aktionen und Informationssträngen greifbar wäre (109).

Diese Verbindungen erstaunen wenig, wenn man den beruflichen Werdegang der drei für das Ressort Inneres / Ministerium des Innern des Landes Sachsen Verantwortlichen betrachtet:

- Kurt Fischer - 1945-1948 Leiter LVS. Ressort Inneres und Volksbildung / LRS. Ministerium des Innern, danach in Berlin Leiter

der Deutschen Verwaltung des Innern und Chef der Hauptverwaltung der Volkspolizei im Ministerium des Innern der DDR;

- Wilhelm Zaisser - 1948-1949 Innenminister in Sachsen, danach Minister für Staatssicherheit der DDR;
- Arthur Hofmann - 1945-1949 Chef der Landesbehörde Sachsen der Volkspolizei, 1949-1952 Innenminister in Sachsen (110), danach Leiter der Bezirksverwaltung Dresden des MfS.

3.4.3. Landesverwaltung Sachsen. Ressort Volksbildung / Landesregierung Sachsen. Ministerium für Volksbildung

Speziell der Bereich der Erziehung sollte sich zu einem Dauerbrenner des Spannungsverhältnisses von Staat und Kirche entwickeln. Dies resultierte nicht daraus, daß die Kirche hier hätte unbedingt einen Machtanspruch durchsetzen wollen. Sie war durchaus mit einem gemischten Erziehungssystem nach Weimarer Vorbild einverstanden (111). Die von der KPD / SED proklamierte Toleranz fand jedoch dort bei der Partei ihre Grenze, wo sie Sorge haben mußte, daß ihr politischer und gesellschaftlicher Führungsanspruch auf Dauer durch andere, z. B. religiöse Positionen, gefährdet werden könnte. So wurde bereits in den "Grundsätzen und Zielen" der SED vom 21. April 1946 von einer "Trennung der Kirche von Staat und Schule" (112) gesprochen, was mit dem Gesetz zur Demokratisierung der deutschen Schule dann auch alsbald in die Wege geleitet wurde (113). Daß damit nicht nur die Schule, sondern jegliche Erziehung gemeint war, zeigt die Entwicklung bei der Frage der Kindergärten und der universitären Ausbildung (114). Die Kirche sollte auf religiöse Aufgaben beschränkt werden, wobei diese wohl als rein kultisch bzw. als privatreligiöse Gefühle verstanden wurden (115).

Wie schlug sich dies in Struktur und Überlieferung des Volksbildungsbereiches des Landes Sachsen nieder? Nachdem zunächst bei der Landesverwaltung ein Ressort Volksbildung und die Zentralverwaltung für Wissenschaft, Kunst und Erziehung bestanden hatten, wurde Ende Januar 1946 ein eigenständiges Ressort Volksbildung geschaffen, welches nur noch über seinen Leiter Kurt Fischer mit dem Ressort Inneres verbunden war. Ende 1946, nach den Wahlen, wurde dann das Ministerium für Volksbildung eingerichtet und die personelle Verbindung mit dem nunmehrigen Innenministerium aufgelöst (116).

Wie schon beim Präsidenten und Innenbereich dargelegt, wurden Kirchenangelegenheiten nicht unbedingt nur im zuständigen Strukturteil, sondern auch vom Präsidenten / Ressortchef / Minister bzw. dessen Sekretariat bearbeitet (117).

Mit Wirkung vom 17. Dezember 1946 ging die spezielle Zuständigkeit für sämtliche Kirchenfragen aus dem Bereich Inneres an das Ministerium für Volksbildung über, was nach dem soeben Dargelegten nur konsequent war und zudem der Tradition entsprach. Dieser Aufgabenbereich wurde der Hauptabteilung Allgemeine Volkserziehung zugeordnet, die Ministerialdirektor Gladewitz leitete. Der Strukturteil erhielt die Bezeichnung Referat Religionsgemeinschaften (118), anscheinend aber ohne des Status eines vollen Referates zu haben (119). Selbst bezeichnete man sich aber durchaus als Referat Kirchenangelegenheiten, und zwar im Sekretariat des Ministers (120). Es könnte dies aber auch, da diese Benennung von Anfang Februar 1947 stammt, eine nur kurzfristig gültige oder nicht ganz korrekte Bezeichnung sein, zumal in späteren Schreiben durchgängig nicht von Kirchenangelegenheiten, sondern von Religionsgemeinschaften gesprochen wird und auch der Strukturplatz anders, nämlich in der Abteilung Allgemeine Volkserziehung, zu bestimmen ist.

Als Leiter wurde Oberregierungsrat Auerswald aus dem Ressort Inneres mit übernommen (121).

Die zur Aufgabenerfüllung notwendigen Informationen beschaffte man sich entweder selbst oder forderte sie beim Landesnachrichtenamt / Amt für Information ab (122).

Das Ministerium für Volksbildung war auch das Tätigkeitsfeld Werner Zscheiles, bevor dieser im März 1950 an die Kanzlei des Ministerpräsidenten ging (123). In der Hauptabteilung Allgemeine Volkserziehung. Landesjugendamt war er der zuständige Referent für Jugendförderung (124). Als dieses Amt in seinen Hauptbestandteilen als Büro für Jugendfragen und Leibesübungen zum Ministerpräsidenten wechselte, ging Zscheile mit und wurde dessen Leiter (125). Bedauerlicherweise sind seine Akten, die er anscheinend zu Kirchenfragen anlegte, und in denen durch ihn Vorgänge und Schriftwechsel mit verschiedenen offiziellen und inof-

fiziellen Partnern abgelegt wurden, nur bruchstückhaft erhalten. Es ist noch nachzuvollziehen, daß er zumindest manches als geheim und lediglich für seine Augen bestimmt betrachtete (126). Das Landesnachrichtenamt, welches seit dem 30. Januar 1946 dem Ressort Volksbildung unterstellt war, kehrte nach nur knapp einem Jahr am 17. Dezember 1946 als eigene Abteilung in den Innenbereich zurück (127). Allerdings verblieben die Referate Druck (bis Januar 1950), Presse, Rundfunk und Aufklärung beim Ministerium für Volksbildung. Hauptabteilung Allgemeine Volkserziehung (128). Damit blieb diese für Strukturteile zuständig, die für das Leben der Religionsgemeinschaften durchaus von Belang waren.

Per 31. Januar 1949 wurde das Referat Religionsgemeinschaften aufgelöst (129). Eine Notiz besagt, dies sei mit der Begründung geschehen, daß Kirche nur eine unter vielen gesellschaftlichen Organisationen sei und nicht jede ein eigenes Referat haben könne. Die Fachministerien sollten in den konkreten Fällen entscheiden (130). Bei der Auflösung seines Referates verteilte Auerswald dann auch die Akten, anscheinend aber nur soweit er sie inhaltlich trennen konnte und es zeitlich noch bewältigte, an die nun zuständigen Ressorts (131).

Läßt man die erhaltenen Unterlagen der vier nacheinander speziell mit Kirchenfragen befaßten Strukturteile auf sich wirken, so gewinnt man den Eindruck, daß die staatliche Kirchenpolitik sich auf die großen etablierten Kirchen stützte und bemüht war, diese zur Mitarbeit zu gewinnen oder doch wenigstens ruhig zu halten. Mit den kleineren Religionsgemeinschaften scheint man nicht viel im Sinn gehabt zu haben und ging gegen diese auch härter vor. Das Ministerium für Volksbildung war jedoch auch über die Jahre 1947-1949 hinaus mit Kirchenfragen befaßt (132).

Global zusammengefaßt ergibt sich aus der vorliegenden Überlieferung neben der zeitweisen Zuständigkeit für den Querschnittsbereich die Beschäftigung mit den Themen Religionsunterricht, Zeugen Jehovas und Adventisten, kirchliche Stellungnahmen zur allgemeinen Schulpolitik, Belange der Kreuzschule und des Kreuzchores, Kirchschullehn, Rüstzeiten, Junge Gemeinde, kirchliche Kindergärten, christliche Büchereien, theologische Fakultät an der Universität Leipzig und verschiedene Kirchenbauten.

Betrachtet man die Gesamtüberlieferung des Volksbildungsbereiches, so fällt auf, wie wenig Dokumente aus diesem konfliktträchtigen Strukturteil überliefert sind. Dies trifft auf die Zeit der Diskussion in den ersten Nachkriegsjahren, wie auf die der sich zuspitzenden Konfrontation nach 1949 zu.

3.4.4. Landesverwaltung Sachsen. Ressort Justiz / Landesregierung Sachsen Ministerium der Justiz / Landesregierung Sachsen. Hauptabteilung Justiz im Geschäftsbereich des Ministerpräsidenten

Einen speziellen Strukturteil für Kirchenfragen gab es in diesem Bereich nicht, was m.E. von der Sache her auch nicht zu erwarten ist. Im Aktenplan ist jedoch ein Gliederungspunkt 6. Kultur- und Wohlfahrtspflege, Unterpunkt 60. Kirche und Religionsgesellschaften ausgewiesen. Wie kaum anders zu vermuten, ist er in der erhaltenen Überlieferung im SächsHSta nicht belegt. Aus verstreut erhaltenen Dokumenten ergibt sich jedoch, daß es intensive Kontakte sowohl zur Ev.-Luth. Landeskirche Sachsens, der Ev. Kirche Schlesiens (Görlitzer Kirchengebiet), als auch zur Katholischen Kirche (Bistum Meißen) und der Reformierten Gemeinde Dresden zum allgemein als kirchlich anerkannten Thema der Seelsorge gegeben hat (133).

Die verwaltungsrechtliche Seite des Verhältnisses Staat - Kirche regelte sich zwar im wesentlichen über den Strukturbereich Inneres, die Kirche versuchte jedoch auch das Ministerium der Justiz einzuschalten (134). Dieses wurde offenbar als Verbündeter gegen machtpolitische Willkür anderer staatlicher Stellen gesehen. Speziell die religiösen Sondergemeinschaften, wie z. B. die Zeugen Jehovas, bekamen die Justiz hingegen als verlängerten Arm der Politik zu spüren, wie zentrale Anweisungen für die Gerichte aus dem Ministerium belegen (135). Die Betroffenen appellierten jedoch wie die großen Kirchen an das Ministerium (136).

Auffällig ist, daß sich die Spannungen zwischen Staat und Kirche nach 1949 nicht im Bestand LRS. Ministerium der Justiz zu dokumentieren scheinen. Sollten diese Akten bereits sämtlich in den Archiven des Ministeriums für Staatssicherheit sein, wie es für die Unterlagen späterer Jahre oft der Fall ist?

Eine nach dem Dafürhalten des Verfassers besonders interessante Persönlichkeit im Justizbereich für die Frage des Verhältnisses von Staat und Kirche ist Erhard Starke, der nach 1945 als Leiter verschiedener Haftanstalten tätig ist, mit dem Ministerpräsident Seydewitz zu Fragen der Justiz, aber auch zu allgemeinen Überlegungen der Staat-Kirche-Problematik korrespondierte (137). Die Themen, welche, soweit erkennbar, die Justizbehörden in Bezug auf Kirche beschäftigten, sind vornehmlich im Vermögens- und Vereinsrecht angesiedelt. Daneben ging es um Geld (Staatsleistungen, Kirchensteuern), auch um Wirtschaftsrecht und die Gefangenenseelsorge.

3.4.5. Landesverwaltung Sachsen. Ressort Finanzen und Steuern / Landesregierung Sachsen. Ministerium der Finanzen
Hauptthema im Verhältnis zur Kirche sind die Staatsleistungen. Zumindest 1945 sind Gerhard Rohner, der diesem Bereich bis 1950 vorstand (138) und Spangenberg, der sein Büro 1945/1946 leitete (139), bereit, auch mit Vertretern der Kirche darüber zu sprechen (140). Bereits im August sind bei diesem Dauerthema enge Kontakte zur Deutschen Zentralfinanzverwaltung und zu anderen Ländern belegt, wie auch die Zusammenarbeit mit der sächsischen Staatsverwaltung und dem Strukturteil Kirchenfragen. Interessant ist dabei auch der Auszahlungsmodus, bei dem, für Februar 1948 belegt, die Kirchenabteilung zwischengeschaltet war (141). Ein Indiz, wie sehr dieses Thema als Politik galt, ist auch der Umstand, daß im Bestand LRS. Ministerpräsident eine Akte zu diesem Problembereich existiert, deren Provenienz eindeutig das Ministerium der Finanzen ist (142).

3.4.6. Landesverwaltung Sachsen. Ressort Wirtschaft, Arbeit und Verkehr / LVS. Ressort Wirtschaft und Arbeit / Landesregierung Sachsen. Ministerium für Wirtschaft und Wirtschaftsplanung / LRS. Ministerium für Industrie und Verkehr / LRS. Ministerium für Industrie, Arbeit und Aufbau / LRS. Ministerium für Wirtschaft und Arbeit

Spezielle Funktionen in Bezug auf die Religionsgemeinschaften scheinen die Behörden, die sich mit Wirtschaftsfragen zu beschäftigen hatten, nicht gehabt zu haben. Dies mag daran liegen, daß die Religionsgemeinschaften in Deutschland kaum Besitzer von Industrie- und Handwerksunternehmen waren und sind. Hier sind nur einige wenige Stiftungen und Genossenschaften sowie kirchlicher Grundbesitz, der von Enteignungen anderer Wirtschaftsunternehmen mit betroffen war, relevant (143). Die einzige Ausnahme bildete jüdisches Vermögen, wobei dies aber zumeist Privatbesitz war und im engeren Sinne mit der Religionsgemeinde oder dem Glaubensbekenntnis seines Eigentümers nichts zu tun hat (144).

Dennoch tauchen in den Handakten der Minister Selbmann und Fellisch kirchliche Unternehmungen als gesonderte Gruppe auf bzw. hatte das Ministerium, wohl im Auftrag von Ministerpräsident Friedrichs, sich um Kirche zu kümmern (145).

3.4.7. Landesverwaltung Sachsen. Ressort Ernährung und Landwirtschaft / LVS. Ressort Landwirtschaft, Handel und Versorgung / Landesregierung Sachsen. Ministerium für Land- und Forstwirtschaft

Im Gegensatz zum Industrie- und Handelsbereich ist besonders die Ev.-Luth. Landeskirche Sachsens über ihr nicht unerhebliches Grundeigentum ganz wesentlich im Land- und Forstwirtschaftsbereich eingebunden. So mußte es für sie speziell unter dem Gesichtspunkt der Besitzstands- und Einkünfterwahrung von besonderem Interesse sein, daß die KPD z.B. auf der Berner Konferenz 1939 eine Eigentumsгарantie für kirchlichen Besitz gegeben hatte (146). Dies und der Wille der Führer der Kirche nach dem Zusammenbruch des Nationalsozialismus neu zu beginnen, machten es der Kirche leicht, sich schon sehr früh hinter das Anliegen der Bodenreform zu stellen. So ist auch in den Akten des Landwirtschaftsressorts im Gegenzug keine ausgesprochenenmaßen negative Einstellung zur Kirche zu beobachten, wobei es im Einzelfall natürlich immer auch auf die Person ankommt, die die Gesetzlichkeit auslegt (147).

Themen sind die Bodenreform, der SMAD-Befehl Nr. 82/1948 und die Stiftungen. Ein Spezialfall für den sich, anscheinend aber nur wegen der Größe, sogar die SMAD interessierte, war der Grundbesitz der Herrnhuter Brüdergemeine (148).

3.4.8. Landesverwaltung Sachsen. Ressort Justiz und Gesundheitswesen / Landesregierung Sachsen. Ministerium für Arbeit und Sozialfürsorge / LRS. Ministerium für Arbeit und Gesundheitswesen / LRS. Ministerium für Arbeit und Aufbau / LRS. Ministerium für Gesundheitswesen

In den Sachbereichen Arbeit, Sozialfürsorge, Gesundheit und Bau ist es nahezu unmöglich, die vielfältigen Strukturänderungen knapp darzustellen. Da die Beschäftigung mit Kirche in diesem Bereich für den behandelten Zeitraum relativ komplikationslos ist, sei hier auf eine Darstellung verzichtet.

Man beschäftigte sich mit den Opfern des Faschismus, wobei die Mitarbeit von Religionsvertretern durchaus akzeptiert wurde (149). Arbeitsrechtsfragen im kirchlichen Bereich galt es in ihrer Spezifik zu lösen (150). Der Wiederaufbau und die Renovierung von Kirchen waren Thema (151). Anscheinend recht schwer tat man sich mit den Zeugen Jehovas, die zweifellos als Opfer des Faschismus anzusehen waren, andererseits durch ihre Verweigerung der Integration auch der neuen Gesellschaft Probleme bereiteten (152). Die Arbeit kirchlicher Heime und Krankenhäuser wurde überwacht. Anfangs scheint dies relativ unproblematisch gelaufen zu sein. Nach 1950 deutet sich hier eine Wende zu einer Restriktionspolitik an, die anscheinend von Berlin aus angeordnet wurde (153).

3.5. Der Landtag

Leider ist die Quellenlage zum Themenkreis Kirchenpolitik im SächsHStA recht bescheiden. Nach dem Ermittelten befaßte man sich im Landtag mit kirchlichen Feiertagen (154), mit der religiösen Betreuung der Umsiedler (155), Seelsorge in Gefängnissen (156), schulischen Veranstaltungen zur Weihnachtszeit (157) sowie kirchlichen Krankenhäusern und Heimen (158). Vom Prüfungsausschuß des Landtags ist überliefert, daß er mit dem Verbot einer religiösen Sondergemeinschaft zu tun hatte (159).

Neben einem offenen Brief des Landtagspräsidenten Otto Buchwitz an die Christen zur Wahl 1946 (160) und der Teilnahme an einem Spitzengespräch Staat - Kirche im Oktober 1950 (161), sind bisher keine weiteren Kontakte bekannt, die zu Entscheidungen oder Klärungen geführt hätten (162).

Es ist sicherlich nicht falsch, die Übernahme der Leitung des Referates Kirchenfragen beim Rat des Bezirkes Dresden im Sommer 1952 durch den persönlichen Referenten von Buchwitz, Breitmann, als Indiz für ein Interesse auch des Erstgenannten an Kirchenfragen zu werten. Dies müßte mit breiterer Quellenbasis weiter untersucht werden (163).

3.6. Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands und der Block der antifaschistisch-demokratischen Parteien / Die Nationale Front

Die Überlieferungsmenge im Bestand Block der antifaschistisch-demokratischen Parteien im SächsHStA beläuft sich auf wenige Zentimeter Akten, die für Kirchenfragen nicht aussagekräftig sind. Dennoch läßt sich aus anderen Beständen eine Reihe von Vorgängen zusammentragen, die den Block als Runden Tisch der Parteien vornehmlich auf Ortsebene zeigen. Je nach Lage der Dinge wurde er dabei als Gegengewicht zur großen SED-Politik eingesetzt oder als "Scharfmacher", wenn die Kirchenpolitik der LVS / LRS den entscheidenden Kräften auf Ortsebene zu zahm erschien (164). Ansonsten stellt sich die nationale Front als "netter Überbringer" staatlicher Vorgaben an Pfarrer und Berichterstatte über deren Verhalten dar (165).

Die eigentlich entscheidende Kraft war die SED, die über ihre Mitglieder in der staatlichen Verwaltung, in der diese bald die Schlüsselstellungen einnahmen, ihre Kirchenpolitik durchsetzte. Dies belegen zahlreiche eingestreute Bemerkungen in der staatlichen Überlieferung. In schöner Klarheit heißt es z. B. in einem Schriftstück vom Juni 1952, daß das Politbüro der SED beschlossen habe, daß die Ministerpräsidenten der Länder die Kirchen zu sich einzuladen hätten (166). Aber auch den kleinen Schritten schenkte man seine Aufmerksamkeit in den Abteilungen Kultur und Erziehung der SED-Leitungen. So ist z. B. vom September 1950 eine Aufstellung der Landesleitung Sachsen der SED für die Landesregierung überliefert, die Kirchvorsteher benennt, die von der Landesregierung zu Gesprächen eingeladen werden sollten und diejenigen Genossen aufzählt, die kirchliche Ämter bekleiden (167). Die eigenen Leute wurden, wie eine Weisung der SED-Kreisleitung

Annaberg-Buchholz. Abteilung Kultur und Erziehung vom Februar 1947 belegt, nicht nur über die Ziele der Kirchenpolitik ihrer Partei aufgeklärt, sondern erhielten auch taktische Anweisungen für alle nur denkbaren Fälle (168).

So wie das eben angesprochene Rundschreiben unter anderem an den Landrat ging, wurde auch umgekehrt die SED durch die staatlichen Stellen von für relevant gehaltenen Vorgängen unterrichtet bzw. zur Mitarbeit gebeten (169). Man scheint jedoch über diese Beziehungen den Mantel des Schweigens gedeckt sehen zu wollen, um den Schein von Demokratie zu wahren (170).

Den kirchenpolitischen Anteil des Wirkens der CDU zu werten, vermochte der Verfasser nicht, da im SächsHStA zitierfähige Dokumente kaum ermittelbar war (171).

3. 7. Die nachgeordneten staatlichen Behörden

Für die Zeit nach 1945 sind die Kreise nicht als kommunale Selbstverwaltungskörperschaften sondern als dem Land nachgeordnete staatliche Ebene zu betrachten, die dementsprechende Weisungen erhielt.

In Bezug auf die Kirchenfragen ist, im Gegensatz zur Zeit nach dem Sommer 1952, keine feste Anbindung dieses Bereiches nachzuweisen. Generell war der Landrat / Oberbürgermeister damit befaßt, der diese Aufgaben anscheinend von Kreis zu Kreis, von Stadt zu Stadt verschieden delegierte, sofern er sie nicht selbst bearbeitete. Zumeist scheinen die Gemeindeabteilungen (172), das Amt für Volksbildung (173) und das Nachrichtenamt / Amt für Information (174) als damit beauftragt. Bei letzterem ist im Bereich der Informationsbeschaffung und der Überwachung neben den offiziell bei den Betroffenen eingeholten Informationen und der Informationserhebung bei den Bürgermeistern ein starker Ausbau des inoffiziellen Informantennetzes zu verzeichnen (175). Bereichsspezifische Probleme wurden, wie auch in der LVS/LRS, vom zuständigen Mitarbeiter behandelt (176). In der Stadt Dresden ist für 1947 ein eigener Strukturteil für Kirchenfragen belegt. Hier gab es eine Abteilung Kirchenangelegenheiten im Kulturrat (177).

Pauschalierend darf man wohl sagen, daß auf der unteren Ebene eine schärfere, antikirchlichere Haltung als auf der zentralen Ebene zu beobachten ist.

Was die Überlieferungslage betrifft, so ist diese äußerst schmal. Im Gliederungsschema der Bestandsgruppe Kreistag / Kreisrat im SächsHStA ist zwar ein Punkt Kirchen und Religionsgemeinschaften ausgewiesen, der jedoch bei den meisten Kreisen nicht belegt ist. Es entsteht, da relevante Akten auch an anderer Stelle nur sehr versprengt auftauchen, der Eindruck, hier sei Überlieferung bereinigt worden. Aus den wenigen erhaltenen Berichten der Nachrichtenämter geht hingegen hervor, wie intensiv man sich mit den Religionsgemeinschaften befaßte.

Für den Justizbereich trifft für die nachgeordneten Ebenen voll zu, was für die obere gesagt wurde. Es ist bisher keine Überlieferung greifbar, die eine Wertung erlaubte.

3.8. Die Religionsgemeinschaften

3.8.1. Die Evangelisch-Lutherische Landeskirche Sachsens und die Evangelische Kirche Schlesiens (Ev. Konsistorium Görlitz)
Neben dem oben Gesagten sei noch auf ein Novum der Nachkriegszeit hingewiesen. Das Landeskirchenamt berief im April 1946 Werner Meinecke als theologischen Referenten im Range eines Landeskirchenrates an das Amt mit der Aufgabe, als Verbindungsmann zur LVS/LRS zu wirken. Im System der SBZ dürfte dabei seine Parteimitgliedschaft in der SED wichtig, jedoch nicht ganz unproblematisch gewesen sein (178). 1949 schied er wieder aus dem Landeskirchenamt aus (179).

Neben vielfältigen offiziellen Kontakten zwischen Kirche und Staat standen eine Reihe halboffizieller bzw. persönlicher. Diese wurden nach dem Eindruck, den die vorliegende Überlieferung vermittelt, nicht unbedingt vom Staat gesucht, z. T. jedoch zumindest gern angenommen, da sie entweder Informationen brachten (180) oder aber eine Einflußmöglichkeit auf die Kirche darstellten (181). Als ein herausragendes Beispiel für die hier bedachten Jahre sei die Person des liberalen Dresdener Pfarrers Busch genannt (182).

3.8.2. Die Katholische Kirche. Bistum Meißen und Erzbistum Breslau (Erzbischöfliches Amt Görlitz)

Zum einen, weil sie in Sachsen sehr viel kleiner als die evangelischen Kirchen war und ist, zum anderen, weil sie sich im wesentlichen auf Seelsorge und Diakonie beschränkte, also den Vorstellungen des Staates von Kirche weitgehend entsprach, ist eine derartige Häufung von Konfliktfeldern zwischen Staat und Kirche wie bei den evangelischen Kirchen bei der Katholischen Kirche nicht festzustellen. Vom Prinzip her erfuhr sie aber keine andere Behandlung als diese (183).

3.8.3. Die Reformierten Gemeinden

Die Reformierten Gemeinden Dresden und Leipzig scheinen ein besonderes Verhältnis zur LVS/LRS gehabt zu haben. Zumindest taucht der Pfarrer der Reformierten Gemeinde Dresden, de Haas verschiedentlich im Umfeld der LVS/LRS auf, sei es, daß er mit Ministerpräsident Friedrichs sprach, daß der Gemeinde vom Land ein Kredit gewährt oder Pfarrer de Haas zu Spitzengesprächen zwischen Staat und Kirche zugezogen wurde (184). Zunächst findet dies sicherlich eine Erklärung darin, daß Friedrichs Glied der Gemeinde von De Haas war und beide ein recht enges Verhältnis zueinander gehabt zu haben scheinen (185). Diese positive Verbindung brach jedoch auch mit dem Tod Friedrichs' 1947 nicht ab, sondern ist noch im Jahre 1952 zu beobachten (186).

3.8.4. Die Jüdischen Gemeinden

Das Verhältnis der jüdischen Gemeinden zum neuen Staat ist in der Überlieferung des SächsHStA anscheinend kaum zu fassen. Es läßt sich jedoch erkennen, daß diese sich intensiv um ein positives Verhältnis zur LVS/LRS bemühten (187), während der Staat sie nicht gerade mit Wiedergutmachungsangeboten überhäufte (188), sondern eher Einflüsse des Kapitalismus bei ihnen konstatierte oder befürchtete (189).

3.8.5. Die religiösen Sondergemeinschaften

Soweit zu sehen ist, wurden die religiösen Sondergemeinschaften vom Staat in diesen Jahren als Gesprächspartner nicht beachtet, obwohl sie sich z. T. anboten (190). Entweder ließ man sie links liegen, legte ihnen formaljuristische Hürden in den Weg (191) oder ging über arbeits-, vereins- und versammlungsrechtliche Bestimmungen gegen sie vor, wenn sie zu einer ernstzunehmenden Größe wurden (192). Dies trifft besonders auf die Zeugen Jehovas zu, die, 1945 oft als Opfer des Faschismus anerkannt, schon bald wieder als *personae non gratae* galten (193).

4. Schlußbemerkung

Manches konnte in dem vorliegenden Aufsatz nur skizzenhaft angerissen werden. Dennoch hofft der Verfasser, daß die vorstehenden Seiten einen Beitrag auf dem Wege des Verstehens und der Aufarbeitung der jüngsten Vergangenheit leisten können. Weder der wehmütige Blick zurück in goldene Zeiten noch das Verdikt der stalinistischen Gesellschaft werden den Akteuren jener Jahre gerecht.

Die Quellenlage im SächsHStA ist nun in etwa dargestellt, Kompetenzen und Informationsbeziehungen sind skizziert. Neue Forschungen werden die aufgezeigten Wege weiter gehen, sie mit Details und Farbe erfüllen und am Ende vielleicht auch einmal diese Zeit werten dürfen und müssen. Wenn der Aufsatz zu neuem Nachdenken angeregt und Fragen provoziert hat, ist sein Zweck erfüllt.

(1) Der vorliegende Beitrag beruht auf Teilen der wiss. Abschlussarbeit, welche der Verf. im Rahmen des postgradualen Studiums der Archivwissenschaft an der Humboldt-Universität Berlin 1992 vorlegte.

(2) Im folgenden abgekürzt als SächsHStA.

(3) Vertrauliche Verschlusssache B 430-1901/87. In: Bezirkstag/Rat des Bezirkes Dresden, unverzeichnet, Unterlagen der VS-Stelle des RdB.

(4) Im folgenden abgekürzt als MfS.

(5) Das SED-Archiv befand sich zum Zeitpunkt der Erstellung der Untersuchung noch nicht im SächsHStA.

(6) Im folgenden abgekürzt als SMAS.

(7) Im folgenden abgekürzt als LVS.

(8) Im folgenden abgekürzt als LRS.

(9) Nur zehn überprüft.

(10) Vgl. Merchel, Kirchengeschichte, S. 27-38.

(11) Vgl. z. B. LRS. Ministerpräsident, Nr. 551.

(12) Vgl. z. B. Landeskirchenamt, Nr. 2059/2.

- (13) Daß sie stattgefunden haben und wie ihr Inhalt von kirchlicher Seite aus gesehen wurde, ist z.B. in Landeskirchenamt, Nr. 1011 abzulesen.
- (14) Als Beispiel sei hier ein Ausschnitt eines Interviews zitiert, daß der Kulturoffizier der SMAS Oberleutnant Kotschetow der "Union" im August 1947 gab: "Ich bin heute sehr froh darüber, daß wir damals einen recht guten Kontakt mit den Kirchenbehörden bekamen. Ich glaube, daß sich menschliche Beziehungen und das Verständnis durch das direkte Gegenüber, durch das Miteinander, das Anschauen, den Händedruck knüpfen lassen. Ich habe fast jeden Tag mit den Herren der Kirche gesprochen. Sicher waren wir nicht in allen Punkten einig, aber wir sahen im anderen den Menschen..." Nach: Feurich, Leben, S. 139. Feurich selbst schätzt Kotschetow so ein: "Unserer Landeskirche begegnete er mit erstaunlicher Offenheit." Ebd. S. 138. Das hier beispielhaft zitierte wurde dem Verfasser in verschiedenen Gesprächen mit Kirchenleuten für diese Zeit weitgehend bestätigt.
- (15) Vgl. Merker, Zentralverwaltungen.
- (16) Lt. Weitzmann, S. 136.
- (17) Lt. Landeskirchenamt, Nr. 1011, Bd. 1, Bl. 45 f.
- (18) Lt. Amtliche Nachrichten der LVS, 13/1945, S. 69.
- (19) U. a. lt. Weitzmann, S. 146. Hier wird die Abteilung allerdings dem Ressort Inneres und Volksbildung als 6. Abteilung zugeordnet. Dies erscheint dem Verfasser jedoch nicht gestützt. Vgl. dazu auch die Findbucheinleitung für den Bestand LRS. Ministerium für Volksbildung, S. I von A. Kobuch. Ebenso: Landeskirchenamt, Nr. 1011, Bd. 1, Bl. 45 f. (Stand 10. Oktober 1945). Hier wird die 6. Abteilung der LVS. Zentralverwaltung für Wissenschaft, Kunst und Erziehung als Kirchen- und sonstige Religionsgesellschaften benannt.
- (20) Lt. LRS. Ministerium des Innern, Nr. 906, Bl. 28. Nach A. Kobuch, Fundbuch zum Bestand LRS. Ministerium des Innern, S. II ist dieser Strukturteil ein Referat.
- (21) Lt. A. Kobuch, Findbuch zum Bestand LRS. Ministerium für Volksbildung, S. II, (22) Ebd. S. VII. Hier ist Kluge, Grundlinien, S. 11 zu widersprechen, der diesen Schritt bereits 1948 vollzogen sieht. Zur Begründung vgl. z.B. LRS. Ministerpräsident, Nr. 1344, Bl. 120.
- (23) Lt. Geschäftsverteilungsplan Ministerpräsident. In: Kluge, Grundlinien, S. 17.
- (24) Lt. Findbuch zum Bestand Bezirksrat/Bezirkstag Dresden, S. VI f.
- (25) Pars pro toto seien hier die Übersicht über den organisatorischen Aufbau der Verwaltung des Landkreises Meißen vom 1. Juli 1947 und Der Landkreis Freiberg. Bilanz der Kreisverwaltung 1949 sowie ein Strukturplan für Landkreise (Stadtkreise), [1950] genannt.
- (26) In Anlehnung an John, Sachsen 1945-1952. In: Sante: Geschichte, S. 831 ff. und Domsch, Weg.
- (27) Bis August 1945 existierte daneben in Zwickau ein Vorläufiger Kirchausschuß für Westsachsen und in Leipzig ein Ev.-Luth. Konsistorium, Lt. Domsch, Weg, S. 3. (28) Nach: Sante, Geschichte, S. 835.
- (29) So entschied z.B. bis Oktober/November 1949 die Propagandaabteilung der SMAS über die Zulassung von Religionsgemeinschaften. Lt. LRS. Ministerpräsident, Nr. 1091. Vgl. auch Nr. 335, Bl. 131 sowie Landesbehörde der Volkspolizei Sachsen, Nr. 22, Bl. 488.
- (30) Vgl. Feurich, Leben, S. 156. Auch: Landeskirchenamt, Nr. 205940/2, Bl. 38.
- (31) Vgl. z.B. Feurich, a.a.O. 138 f. und Landeskirchenamt, Nr. 1011, Bd. 1, Teil 2, Bl. 2.
- (32) Vgl. z.B. LRS. Ministerpräsident, Nr. 1154, Bl. 1-44 und Bezirksrat/Bezirkstag Dresden, Nr. 25073.
- (33) Lt. LRS. Ministerium der Finanzen, Nr. 265, Bl. 24.
- (34) Vgl. z.B. LRS. Ministerpräsident, Nr. 1341, Bl. 94.
- (35) Vgl. z.B. LRS. Ministerpräsident, Nr. 335, Bl. 131 und Nr. 430.
- (36) Vgl. z.B. LRS. Ministerpräsident, Nr. 270, Bl. 13.
- (37) Vgl. z.B. LRS. Ministerium des Innern, Nr. 1091.
- (38) Vgl. z.B. Bezirksrat/Bezirkstag Dresden, Nr. 25073.
- (39) Vgl. z.B. LRS. Ministerpräsident, Nr. 4045.
- (40) Vgl. z.B. Bezirksrat/Bezirkstag Dresden, Nr. 25073.
- (41) Vgl. z.B. Kreistag/Kreisrat Bautzen, Nr. 506.
- (42) Vgl. z.B. LRS. Ministerium des Innern, Nr. 206.
- (43) Vgl. z.B. LRS. Ministerium des Innern, Nr. 237, Bl. 10.
- (44) Vgl. z.B. Landesbehörde der Volkspolizei Sachsen, Nr. 292, Bl. 18 und Nr. 551.
- (45) Vgl. z.B. Bezirksrat/Bezirkstag Dresden, Nr. 25073.
- (46) Das Kabinett muß hier leider unberücksichtigt bleiben, da, wie oben bereits erwähnt, seine Protokollserien nicht mit bearbeitet wurden. Sein Befähigtsein mit Kirchensachen steht jedoch außer Zweifel. Vgl. z.B. LRS. Ministerium des Innern, Nr. 2757.
- (47) Vgl. z.B. Weitzmann, S. 146.
- (48) Lt. Landeskirchenamt, Nr. 1011, Bd. 1, Bl. 45 f.
- (49) Verschiedene Dokumente in Landeskirchenamt, Nr. 1011.
- (50) Lt. Landeskirchenamt, Nr. 1011, Bd. 1, Bl. 67.
- (51) Verschiedene Dokumente in: Landeskirchenamt, Nr. 1011.
- (52) Lt. Landeskirchenamt, Nr. 1011, Bd. 1, Bl. 17.
- (53) Lt. LRS. Ministerium des Innern, Nr. 906/1, Bl. 28.
- (54) Lt. Landeskirchenamt, Nr. 1011, Bd. 1, Bl. 74.
- (55) Ebd. Bl. 83/1.
- (56) Vgl. z.B. LRS. Ministerpräsident, Nr. 1509.
- (57) Vgl. z.B. Landeskirchenamt, Nr. 1011, Bd. 2, Bl. 46.
- (58) Protokoll in: Landeskirchenamt, Nr. 1011, Bd. 1, Teil 2, Bl. 2.
- (59) Dieser Ausschuß ist m.W. nie tätig geworden.
- (60) LRS. Ministerpräsident, Nr. 1506, Bl. 37.
- (61) Vgl. hierzu die grundsätzlichen Ausführungen von Dähn und ihre Belege in: Dähn, Konfrontation, S. 20.
- (62) Vgl. z.B. LRS. Ministerpräsident, Nr. 1509, Bl. 98.
- (63) Vgl. z.B. LRS. Ministerpräsident, Nr. 380, und Nr. 1439, Bl. 40.
- (64) Vgl. z.B. LRS. Ministerpräsident, Nr. 380, 1345.
- (65) Vgl. z.B. LRS. Ministerpräsident, Nr. 380, 1356, 1359-1361.
- (66) Im Haushaltplan für 1952 wurde die Abteilung betitelt als Büro für Kirchenfragen und als ein Haushaltplanstelle gemeinsam mit dem Ministerpräsidenten aufgeführt. Lt. LRS. Ministerpräsident, Nr. 1628, Bl. 23.
- (67) Vgl. z.B. LRS. Ministerpräsident, Nr. 1362-1364, 2932, Bl. 6, Bezirksrat/Bezirkstag Dresden, Nr. 24910.
- (68) Vgl. LRS. Ministerpräsident, Nr. 380, Bl. 41.
- (69) Vgl. z.B. LRS. Ministerpräsident, Nr. 380, 1154, 1345, 1366, 4050.
- (70) Lt. LRS. Ministerpräsident, Nr. 560.
- (71) Vgl. z.B. LRS. Ministerpräsident, Nr. 523, 4050.
- (72) Mehr dazu für die Jahre 1945-1949 bei der Behandlung der Bereiche Inneres und Volksbildung.
- (73) Vgl. z.B. LRS. Ministerium des Innern, Nr. 133, 906/2, Bl. 95.
- (74) Vgl. LRS. Ministerpräsident, Nr. 4018, Bl. 25-33, Nr. 1359, Bl. 18, 92.
- (75) Vgl. z.B. LRS. Ministerpräsident, Nr. 4423, 4427.
- (76) Vgl. z.B. LRS. Ministerpräsident, Nr. 906/2, Bl. 92.
- (77) Vgl. z.B. LRS. Ministerpräsident, Nr. 294, Bl. 136.
- (78) Bezirksrat/Rat des Bezirkes Dresden, Nr. 15221.
- (79) Bezirksrat/Rat des Bezirkes Dresden, Nr. 15226.
- (80) Unter dem Gliederungspunkt Wirtschaftsplanung existiert z.B. die Akte LRS. Ministerpräsident, Nr. 1426 mit dem Titel Begründung des Fünfjahrplanvorschlags mehrerer Industriezweige, 1951-1952. Enthalten ist u.a. auch eine von Ministerpräsident Seydewitz über ein Gespräch mit Landesbischof Hahn verfaßte Notiz vom 26. Mai 1951 zur Volksbefragung.
- (81) Als Beispiel sei hier LRS. Ministerpräsident, Nr. 1092 genannt, eine Akte des Gliederungspunktes Innerdeutscher Handel/Außenhandel und Materialversorgung, Erfassung und Verkauf mit dem Titel Erfassung und Verkauf landwirtschaftlicher Erzeugnisse, 1948-1950. Neben dem im Akzentitel Genannten geht es auf 126 Seiten um Kirchenfragen: Kirchensteuern, Kirchenschullehn, Bausachen, Sammlungen, Tagungen, Kirchaustrittsgesetz, Sequestration von Pfarrieh, Kindererholung, Landesbruderrat der Bekennenden Kirche, Aktionspartner sind Seydewitz, Volkmann, Hahn, der Präsident des Landeskirchenamtes Kotte, die sächsischen Ministerien des Innern, der Finanzen, für Arbeit und Sozialfürsorge, die Deutsche Wirtschaftskommission, die Evangelische Kirche in Deutschland, die Bekennende Kirche und die Reformierte Gemeinde Dresden.
- (82) Lt. A. Kobuch im Findbuch für den Bestand LRS. Ministerium für Volksbildung, S. 1.
- (83) Als ein Beispiel sei hier nur die Aktion Zeugen Jehovas, 1950 genannt. Vgl. z.B. Kreistag/Kreisrat Bautzen, Nr. 506.
- (84) Landeskirchenamt, Nr. 1011, Bd. 1, Teil 2, Bl. 16.
- (85) Vgl. Landeskirchenamt, Nr. 1011, Bd. 1, Teil 2, Bl. 2. Ob er durch Auerswald abgelöst wurde oder dessen Stellvertreter war, muß noch untersucht werden.
- (86) Lt. LRS. Ministerium des Innern, Nr. 234, Bl. 240.
- (87) Lt. LRS. Ministerpräsident, Nr. 1509, Bl. 98.
- (88) Lt. LRS. Ministerpräsident, Nr. 1509, Bl. 99.
- (89) Vgl. LRS. Ministerium des Innern, Nr. 234, Bl. 257.
- (90) Vgl. z.B. LRS. Ministerium des Innern, Nr. 906/1, Bl. 10, Nr. 1913, Kreistag/Kreisrat Bautzen, Nr. 506.
- (91) Vgl. z.B. LRS. Ministerpräsident, Nr. 1628, Bl. 23, 37, LRS. Ministerium des Innern, Nr. 2854.
- (92) LRS. Ministerium des Innern, Nr. 1091.
- (93) Vgl. z.B. LRS. Ministerium des Innern, Nr. 1091, 291.
- (94) Vgl. z.B. LRS. Ministerium des Innern, Nr. 235.
- (95) Als Beispiel seien hier Rechts- und Organisationsfragen der Abraham-Dümmlinger-Stiftung für die Jahre 1946-1950 genannt. Vgl. LRS. Ministerium des Innern, Nr. 850.
- (96) Für Fischer vgl. z.B. Landeskirchenamt, Nr. 1011, Bd. 1, Teil 2, Bl. 2.
- (97) Vgl. z.B. LRS. Ministerium des Innern, Nr. 861.
- (98) Vgl. z.B. LRS. Ministerium des Innern, Nr. 291, 861.
- (99) Lt. LRS. Ministerium des Innern, Nr. 906/1, Bl. 149.
- (100) Lt. LRS. Ministerium des Innern, Nr. 906/1, Bl. 150.
- (101) Vgl. z.B. LRS. Ministerpräsident, Nr. 1439, Bl. 41, LRS. Ministerium des Innern, Nr. 147, Bl. 672.
- (102) Vgl. LRS. Ministerium des Innern, Nr. 146, Bl. 655, Nr. 234, Bl. 353.
- (103) Vgl. z.B. LRS. Ministerium des Innern, Nr. 268, 277, Landesbehörde Sachsen der Volkspolizei, Nr. 22, Bl. 487-490.
- (104) Vgl. z.B. LRS. Ministerium des Innern, Nr. 277.
- (105) Vgl. z.B. LRS. Ministerpräsident, Nr. 329, Bl. 129-131, Landesbehörde Sachsen der Volkspolizei, Nr. 551, Bezirksrat/Bezirkstag Dresden, Nr. 25073.
- (106) Vgl. z.B. Landesbehörde Sachsen der Volkspolizei, Nr. 289.
- (107) Vgl. z.B. LRS. Ministerium der Justiz, Nr. 474, Bezirksrat/Rat des Bezirkes Dresden, Nr. 25073, LRS. Ministerium des Innern, Nr. 277, Landesbehörde Sachsen der Volkspolizei, Nr. 291.
- (108) Vgl. z.B. Bezirksrat/Rat des Bezirkes Dresden, Nr. 24910, 25073.
- (109) Vgl. jedoch zumindest Landesbehörde Sachsen der Volkspolizei, Nr. 291, Bl. 18, Nr. 551.
- (110) Lt. LRS. Ministerium des Innern, Nr. 906/1, Bl. 5, Nr. 906/2, Bl. 4.
- (111) Vgl. Weimarer Verfassung, Art. 149, Abs. 1.
- (112) Grundsätze und Ziele der SED vom 24.4.1946. In: Dokumente der SED, S. 8. Hervorhebung durch den Verf.
- (113) Dähn, Konfrontation, S. 34.
- (114) Vgl. z.B. LRS. Ministerpräsident, Nr. 379, Bl. 67 sowie auch Dähn, Konfrontation, S. 35 f.
- (115) Vgl. z.B. Meier, Partei und Kirche, S. 10 f.
- (116) Nach A. Kobuch im Findbuch des Bestandes LRS. Ministerium für Volksbildung, S. 1.
- (117) Vgl. z.B. LRS. Ministerpräsident, Nr. 379, 430, 3040, 3237, LRS. Ministerium der Justiz, Nr. 1251.
- (118) Vgl. z.B. LRS. Ministerpräsident, Nr. 1354, Bl. 34, Nr. 1346, Bl. 36.
- (119) Vgl. Landeskirchenamt, Nr. 1011, Bd. 2, Bl. 14.
- (120) Vgl. LRS. Ministerium des Innern, Nr. 235.
- (121) Vgl. z.B. LRS. Ministerpräsident, Nr. 1343, LRS. Ministerium des Innern, Nr. 235.
- (122) Vgl. z.B. LRS. Ministerpräsident, Nr. 1346.
- (123) Vgl. z.B. LRS. Ministerpräsident, Nr. 560.
- (124) Vgl. z.B. LRS. Ministerpräsident, Nr. 523, 549, 551.
- (125) Vgl. z.B. LRS. Ministerpräsident, Nr. 560.
- (126) Vgl. z.B. LRS. Ministerpräsident, Nr. 523, 549, 551.
- (127) Nach A. Kobuch im Findbuch für den Bestand LRS. Ministerium für Volksbildung, S. II. Nach LRS. Ministerium des Innern, Nr. 906/1, Bl. 92 ist das Datum der 1. Januar 1947.
- (128) Vgl. LRS. Ministerium des Innern, Nr. 906/1, Bl. 93.
- (129) Vgl. z.B. LRS. Ministerium des Innern, Nr. 861.

- (130) Lt. LRS. Ministerpräsident, Nr. 11092, Bl. 26 f., Landeskirchenamt, Nr. 1011, Bd. 2, Bl. 14.
- (131) Vgl. z.B. LRS. Ministerium der Justiz, Nr. 1251.
- (132) Vgl. z.B. LRS. Ministerpräsident, Nr. 294, Bl. 136, Nr. 4045, LRS. Ministerium für Volksbildung, Nr. 1599.
- (133) Vgl. z.B. LRS. Ministerium der Justiz, Nr. 1251.
- (134) Vgl. z.B. LRS. Ministerium der Justiz, Nr. 464, 474, 478.
- (135) Vgl. z.B. LRS. Ministerium der Justiz, Nr. 738.
- (136) Vgl. z.B. LRS. Ministerium der Justiz, Nr. 34, 457.
- (137) Vgl. z.B. LRS. Ministerpräsident, Nr. 290, LRS. Ministerium der Justiz, Nr. 1251, 1252.
- (138) Nach Findbucheinleitung zum Bestand LRS. Ministerium der Finanzen, S. III, VII.
- (139) Lt. Weitzmann, Die LRS, S. 169.
- (140) Vgl. z.B. Landeskirchenamt, Nr. 1011, Bd. 1, Bl. 7/1, 14.
- (141) Vgl. z.B. LRS. Ministerium der Finanzen, Nr. 562, 779.
- (142) LRS. Ministerpräsident, Nr. 1343.
- (143) Vgl. z.B. LRS. Ministerium für Wirtschaft, Nr. 2241, LRS. Ministerium des Innern, Nr. 845.
- (144) Vgl. z.B. LRS. Ministerium für Wirtschaft, Nr. 188.
- (145) Vgl. z.B. LRS. Ministerium für Wirtschaft, Nr. 195, 196.
- (146) Revolutionäre Parteiprogramme, S. 129-154. Nach: Dähn, Konfrontation, S. 19.
- (147) Vgl. LRS. Ministerium für Land- und Forstwirtschaft, Nr. 18.
- (148) Vgl. z.B. LRS. Ministerium für Land- und Forstwirtschaft, Nr. 5, 49, 126. Eingeschaltet waren das sächsische Ministerium für Land- und Forstwirtschaft, die Justizbehörden, das Ministerium der Finanzen, die Deutsche Wirtschaftskommission, die Deutsche Verwaltung für Land- und Forstwirtschaft und die SMAD. Nicht zuletzt erklärte sich auch das Zentralsekretariat der SED für zuständig.
- (149) Vgl. z.B. LRS. Ministerium für Arbeit und Sozialfürsorge, Nr. 958.
- (150) Vgl. z.B. LRS. Ministerium für Arbeit und Sozialfürsorge, Nr. 77.
- (151) Vgl. z.B. LRS. Ministerium für Arbeit und Sozialfürsorge, Nr. 1091, 1682, 1693.
- (152) Vgl. z.B. LRS. Ministerium für Arbeit und Sozialfürsorge, Nr. 963, 989, 993, 996.
- (153) Vgl. z.B. LRS. Ministerium für Arbeit und Sozialfürsorge, Nr. 1992. Ebenso Dresdner Neueste Nachrichten vom 12./13. September 1992, Beilage, S. 5.
- (154) Landtag, Nr. 16. Sitzung 19, 20.
- (155) Sitzung 6, 17.
- (156) Sitzung 46.
- (157) Sitzung 65.
- (158) Vgl. LRS. Ministerpräsident, Nr. 379, Bl. 23.
- (159) Vgl. LRS. Ministerpräsident, Nr. 335, Bl. 131.
- (160) Bezirkstag / Rat des Bezirkes Dresden, Nr. 29701.
- (161) Bezirkstag / Rat des Bezirkes Dresden, Nr. 25073.
- (162) Zumindest angeschrieben wurde Buchwitz jedoch in Kirchenfragen. Vgl. z.B. Bezirkstag / Rat des Bezirkes Dresden, Nr. 25073, LRS. Ministerpräsident, Nr. 335.
- (163) Lt. Feurich, Leben, S. 223.
- (164) Vgl. z.B. Bezirkstag / Rat des Bezirkes Dresden, Nr. 24922, LRS. Ministerpräsident, Nr. 379, Bl. 50, Kreistag / Kreisrat Chemnitz, Nr. 994 // 193.
- (165) Vgl. z.B. LRS. Ministerpräsident, Nr. 4050, Kreistag / Kreisrat Großhain, Nr. 157 // 267. Bezirkstag / Rat des Bezirkes Dresden, Nr. 25073.
- (166) Bezirkstag / Rat des Bezirkes Dresden, Nr. 25226.
- (167) Bezirkstag / Rat des Bezirkes Dresden, Nr. 25221.
- (168) Kreistag / Kreisrat Annaberg, Nr. 679, Bl. 64 f.
- (169) Vgl. z.B. Kreistag / Kreisrat Freiberg, Nr. 331 // 184, Nr. 273 // 493, Kreistag / Kreisrat Großhain, Nr. 157 // 267, LRS. Ministerium für Volksbildung, Nr. 412.
- (170) Vgl. z.B. Kreistag / Kreisrat Freiberg, Nr. 331 // 184.
- (171) Vgl. z.B. die Handakten des CDU-Ministers Rohner in: LRS. Ministerium der Finanzen, Nr. 75, 78, 96-110, 120-122.
- (172) Vgl. z.B. Kreistag / Kreisrat Plauen, Nr. 178 // 183.
- (173) Vgl. z.B. Kreistag / Kreisrat Chemnitz, Nr. 522 // 545, Kreistag / Kreisrat Freiberg, Nr. 560 // 492, Kreistag / Kreisrat Plauen, Nr. 888 // 332.
- (174) Vgl. z.B. Kreistag / Kreisrat Chemnitz, Nr. 522 // 545, Kreistag / Kreisrat Annaberg, Nr. 118 // 4.
- (175) Vgl. z.B. Kreistag / Kreisrat Freiberg, Nr. 432 // 87.
- (176) Vgl. z.B. Kreistag / Kreisrat Bautzen, Nr. 506, 213, Kreistag / Kreisrat Chemnitz, Nr. 299 // 547.
- (177) Vgl. z.B. LRS. Ministerpräsident, Nr. 1340, Bl. 46.
- (178) Vgl. z. B. LRS. Ministerium des Innern, Nr. 147, Bl. 626.
- (179) Vgl. z. B. Landeskirchenamt, Nr. 1011, Bd. 1, Bl. 83/1. S. auch: Feurich, Leben, S. 159.
- (180) Vgl. z.B. LRS. Ministerium des Innern, Nr. 234, LRS. Ministerpräsident, Nr. 339, Bl. 2-4.
- (181) Vgl. z.B. LRS. Ministerpräsident, Nr. 380.
- (182) Vgl. z.B. LRS. Ministerpräsident, Nr. 290, 380, Bl. 26.
- (183) Vgl. z.B. LRS. Ministerpräsident, Nr. 430.
- (184) Vgl. z.B. Landeskirchenamt, Nr. 1011, Bd. 1, Teil 2, Bl. 2.
- (185) Vgl. z.B. LRS. Ministerpräsident, Nr. 1439, Bl. 40.
- (186) Vgl. z.B. LRS. Ministerpräsident, Nr. 1345, Bl. 49.
- (187) Vgl. z.B. LRS. Ministerpräsident, Nr. 270, Bl. 118-129.
- (188) Vgl. z.B. LRS. Ministerium der Finanzen, Nr. 1943.
- (189) Vgl. z.B. LRS. Ministerpräsident, Nr. 270, Bl. 124, LRS. Ministerium der Justiz, Nr. 464.
- (190) Vgl. z.B. LRS. Ministerpräsident, Nr. 380, Bl. 36.
- (191) Vgl. z.B. LRS. Ministerpräsident, Nr. 335, Bezirkstag / Rat des Bezirkes Dresden, Nr. 26605.
- (192) Vgl. z.B. LRS. Ministerium der Justiz, Nr. 34, 457.
- (193) Vgl. z.B. LRS. Ministerpräsident, Nr. 329, Bl. 129 f., Ministerium für Arbeit und Sozialfürsorge, Nr. 963, 976.

*

Literaturauswahl

- Berthold, L. / Diehl, E. (Hrsg.), Revolutionäre Parteiprogramme. Vom kommunistischen Manifest zum Programm des Sozialismus, Berlin 1967.
- Blaschke, Karlheinz, Verwaltungsgeschichte des Staates, Potsdam 1958.

- Broszat, Martin / Weber, Hermann (Hrsg.), SBZ-Handbuch. Staatliche Verwaltungen, Parteien, gesellschaftliche Organisationen und ihre Führungskräfte in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, München 1990.
- Dähn, Horst, Konfrontation oder Kooperation? Das Verhältnis von Staat und Kirche in der SBZ / DDR 1945-1980, Opladen 1982.
- Domsch, Kurt, Der Weg unserer Kirche seit 1945. Erfahrungen und Auftrag, masch.-schr. Manuskript eines Vortrages vor der Landessynode der Ev.-Luth. Landeskirche Sachsens, 1985.
- Feurich, Walter, Lebensbericht eines Dresdener Pfarrers, Berlin 1962.
- Findbücher und Findkarteien des SächsHSIA für den Zeitraum 1945 ff.
- Kluge, Reinhard, Grundlinien der Entwicklung der antifaschistisch-demokratischen Ordnung in Sachsen 1945-1952, Masch.-schr., Dresden 1959.
- Kobuch, Agatha, Zur Behördengeschichte der Kreisverwaltungen in Sachsen 1945-1952, Dresden 1972.
- Lehrmaterial zur Geschichte der Staatsmacht der DDR, Teil 2, Potsdam 1967.
- Malek, Regina, Die Landesverwaltung Sachsen. Untersuchungen zur Entstehung und Entwicklung der obersten Behörde in Sachsen 1945-1946 mit Berücksichtigung der Hilfe der SMAS, Dipl.-Arbeit, Masch.-schr., Berlin 1973.
- Meier, Otto, Partei und Kirche, Berlin 1947.
- Meinecke, Werner, Die Kirche in der volkdemokratischen Ordnung der DDR, Berlin 1962.
- Merchel, Michael, Zur Kirchen- und Religionspolitik in Sachsen von 1945-1952 im Spiegel der Bestände des Sächsischen Hauptstaatsarchivs. Die Arbeit mit einer gestörten Überlieferung, Dipl.-Arbeit, Masch.-schr., Dresden 1992.
- Merker, Wolfgang, Die deutschen Zentralverwaltungen in der SBZ Deutschlands 1945-1947, Diss., Masch.-schr., Berlin 1980.
- Rommel, Kurt, Religion und Kirche im sozialistischen Staat der DDR, Kiel 1975.
- Sante, Georg Wilhelm / A. G. Ploetz-Verlag (Hrsg.), Geschichte der deutschen Länder. Territorien-Ploetz, Bd. 2: Die deutschen Länder vom Wiener Kongreß bis zur Gegenwart, Würzburg 1971.
- Unger, Manfred, Die Stellung der Landesverwaltung Sachsen in den revolutionären Prozessen des Jahres 1945. In: Jahrbuch für Regionalgeschichte, Bd. 13, Weimar 1986, S. 254 ff.
- Weitzmann, Fritz, Die Landesregierung Sachsen 1945-1952. Wesen, Aufbau, Organisation und Arbeitsweise sowie Leiter der zentralen staatlichen Verwaltungsorgane des Landes Sachsen in der Zeit des Aufbaus einer antifaschistisch-demokratischen Ordnung, Masch.-schr., [Dresden] 1953.

Gedruckte Quellen

- Ämtliche Nachrichten der Landesverwaltung Sachsen, 1945.
- Arbeitsblatt der Evangelischen Kirche in Deutschland, Jg. 1949, H. 10.
- Arbeitsordnung Landkreisverwaltung Pima, Sebnitz 1948.
- Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Beschlüsse und Erklärungen des Zentralsekretariats und des Parteivorstandes, Bd. 1, hrsg. vom Zentralsekretariat der SED, Berlin 1948.
- Geschäftsordnung Landkreisverwaltung Pima, Sebnitz 1948.
- Landesverwaltung Sachsen. Geschäftsverteilungsplan des Landratsamtes Chemnitz. Der Landkreis Freiberg. Bilanz der Kreisverwaltung 1949.
- Strukturplan für die Landkreise (Stadtkreise), [1950].
- Übersicht über den organisatorischen Aufbau der Verwaltung des Landkreises Meißen vom 1.7.1947.

Ungedruckte Quellen

- Sämtliche Akten, die zitiert werden, stammen aus den Beständen des SächsHSIA. Die einzige Ausnahme bilden Akten der Registratur des Ev.-Luth. Landeskirchenamtes Sachsen, welche als "Landeskirchenamt, Nr. ..." ausgewiesen sind.

*

Die vorliegende Arbeit entstand aus der Abschlußarbeit für das postgraduale Studium zum Facharchivar, welche der Verfasser 1992 an der Humboldtuniversität Berlin einreichte. Sie versucht, die Quellenlage zur staatlichen Kirchen- und Religionspolitik in Sachsen 1945-1952, wie sie sich im Spiegel der Bestände des Sächsischen Hauptstaatsarchivs Dresden darstellt, aufzuzeigen. Dies erweist sich als nicht unproblematisch, da die Überlieferung, aus welchen Gründen auch immer, nicht sehr umfangreich ist. Manchmal ist dies nachvollziehbar, manchmal sind wir bis zum jetzigen Zeitpunkt jedenfalls, auf Hypothesen angewiesen. Darüber hinaus wird hier erstmals der Versuch unternommen, Behördenstrukturen, Informationsbeziehungen und Themenfelder des Handelns für diesen Bereich aufzuzeigen, die den Weg zu weiteren Forschungen weisen mögen.

*

This work resulted from the dissertation for postgraduate studies in archive science, which the author completed in 1992 at the Humboldt University in Berlin. This contribution attempts to provide a framework for sources concerning policy towards Church

and religion in Saxony from 1945-1952, as is reflected by the records in the central state archive of Saxony. This is not without problem, as not many sources were retained, for a variety of reasons. The task can sometimes be accomplished, but other times we must resort to hypotheses, at least at this point in time. Furthermore, this is the first attempt to delineate official structures, flows of information and issues relevant to dealing in this area, which may point the way to further research.

*

Le présent travail est basé sur un mémoire de fin d'études d'archiviste spécialisé du troisième cycle, présenté en 1992 par l'auteur à l'université Humboldt de Berlin. En se référant aux fonds des Archives centrales d'Etat de Saxe à Dresde, il essaie de donner un aperçu de l'état des sources relatives à la politique en matière de religion et d'Eglises menée en Saxe entre 1945 et 1952. Cette étude s'avère difficile dans la mesure où les documents conservés ne sont pas très nombreux. Les raisons en sont parfois évidentes, mais souvent il est nécessaire, au moins dans l'état actuel des connaissances, de recourir à des hypothèses. De plus, l'auteur entreprend de mettre en évidence des structures administratives, des canaux d'information et des champs thématiques de l'action en ce domaine. Cette tentative, sans précédant jusqu'ici, est susceptible de suggérer des pistes pouvant être empruntées pour approfondir l'étude de cette question.

*

La presente obra es producto de una tesis posgradual para la carrera de archivista especializado, que el autor presentó en 1992 en la Universidad Humboldt de Berlin. Es un intento de ofrecer una visión general de las fuentes referidas a la política oficial hacia la iglesia y la religión en Sajonia entre 1945 y 1952, tal como se refleja en los documentos que conserva en Dresde el Archivo regional del Estado Libre de Sajonia. La tarea ofrece bastantes problemas, pues los documentos disponibles, por una serie de razones, no son muy abundantes. En algunos casos es posible reproducir los hechos; en otros casos, sólo queda recurrir a las hipótesis, al menos hasta el momento actual. Este es además el primer intento de presentar estructuras administrativas, relaciones informativas, y áreas temáticas relacionadas con el asunto central. Todo ello puede señalar los rumbos de futuras investigaciones.

*

Предлагаемая работа написана на базе аспирантской дипломной работы на получение квалификации архивариуса, представленной автором в 1992 г. в университет им. Гумбольдта в Берлине. Автор предпринял попытку характеристики фонда источников, касающихся политики Саксонского государства по отношению к церкви и религии в период 1945-1952 гг., используя для этого материалы Главного госархива Саксонии в Дрездене. Задача оказалась трудной, ибо по различным причинам дошедшие до нас источники не очень обширны. В ряде случаев причины этого понятны, но иногда приходится и попынать исходить лишь из гипотез. Вместе с тем, автор впервые пытается раскрыть структуру органов государственной власти, информационные связи и тематику взаимоотношений церкви и государства, открывая тем самым путь к последующим исследованиям.

*

*

*

Beobachtungen bei der Edition livländischer und preußischer Quellen aus dem Spätmittelalter und der frühen Neuzeit

Dieter Heckmann

Die im folgenden zusammengestellten Bemerkungen beruhen vornehmlich auf Beobachtungen, die der Verfasser im Rahmen seiner Editionstätigkeit livländischer und preußischer Quellen des 13. bis 16. Jahrhunderts machen konnte und dabei vor der Schwierigkeit stand, Stücke unterschiedlicher Herkunft ihren Eigentümlichkeiten gemäß zu bearbeiten.

Die Einbeziehung Livlands und Preußens in den deutschen Kulturkreis, die während des ausgehenden Hochmittelalters im wesentlichen mit den Herrschaftsbildungen des Schwertbrüderordens und des Deutschen Ordens einsetzte, war uneinheitlich. Während in Livland die Kulturträger fast ausschließlich dem hansisch-niederdeutschen Bereich entstammten (1), kamen die meisten geistlichen und weltlichen Ansiedler aus den Gebieten hochdeutscher Zunge nach Preußen (2). Die auf der Herkunft der Einwanderer beruhenden sprachlichen Unterschiede haben sich jedoch in größerem Maße erst seit dem 14. Jahrhundert schriftlich niederschlagen können, was im ursächlichen Zusammenhang mit der allmählichen Ersetzung des Lateins als Schriftsprache vor allem durch die hoch- und niederdeutschen Dialekte steht. Am Beispiel des Revaler Kämmererbuches von 1376 bis 1380 (3) läßt sich beobachten, daß man in der Amtsbuchführung Latein und Niederdeutsch als Schriftsprachen sogar nebeneinander und gemischt gebraucht hatte. Die Zeit des Übergangs scheint bereits wenige Jahre später überwunden worden zu sein, denn das Revaler Ausgabenverzeichnis für Mauerausbesserungen zu 1388/89 (4) ist, von wenigen lateinischen Einsprengseln abgesehen, in niederdeutscher Sprache abgefaßt. Diese Übergangszeit (5) läßt sich zugleich auch als Zeitabschnitt besonderer schriftsprachlicher Unsicherheiten werten, die gerade bei den dem Stadtbürgertum angehörenden Schreibern feststellbar und wohl auf den zunehmenden Mangel an Lateinkenntnissen zurückzuführen sind. Dem Mangel wußten die betroffenen Schreiber jedoch nicht einen gleichwertigen volkssprachlichen Ersatz im Sinne eines festen Regelwerkes entgegenzuhalten. Fehlerhaftes Latein in Gemengelage mit volkssprachlichen Sinneinheiten sowie eine Fülle von graphischen Varianten mitunter ein und desselben Wortes können daher die Anforderungen an den modernen Bearbeiter solcher Texte wesentlich erhöhen.

Im Revaler Urkunden- und Briefwesen beginnen etwa mit dem Bezugsjahr 1380 die Volkssprachen Latein als häufigste Überlieferungssprache abzulösen. Aufgrund der weitgespannten wirtschaftlichen und politischen Beziehungen der Hansestadt gelangten nicht nur Schriftstücke in niederdeutschen, sondern in geringem Maße auch in hochdeutschen Dialekten ins Ratsarchiv. Dieses hat sich bei der Bearbeitung der Revaler Urkunden und Briefe von 1272 bis 1510 (6) besonders auf die Behandlung der Ersatzzeichen für die übergeschriebenen Buchstaben, wie z. B. zwei schräg stehende Punkte über *u*, ausgewirkt. Vornehmlich in Texten niederdeutscher Herkunft können nämlich zwei Punkte über einem Vokal sowohl einen Dehnungs- als auch einen Umlaut anzeigen. Erst im Schriftgebrauch des 16. Jahrhunderts läßt sich mit der Übernahme des hochdeutschen Dehnungslautes *h* eine gewisse Eindeutigkeit feststellen. Um diese Quelle möglicher Fehler zu meiden, hat sich der Bearbeiter entschlossen, die Gestalt und die Anordnung der Ersatzzeichen für die übergeschriebenen Buchstaben im Fußnotenapparat des jeweiligen Vollabdrucks auszuweisen. Dagegen wurden bei den wenigen hochdeutschen Texten, in denen zwei Punkte über den Vokalen *u* und *o* vorkommen, die beiden Vokale als Umlaute gewertet und dementsprechend als *ū* und *ō* wiedergegeben. Unberührt davon blieben selbstverständlich die als solche erkannten übergeschriebenen Buchstaben. Sie erscheinen in den Abdrucken in der Regel über den Vokalen, mit denen sie im Zusammenhang stehen.

Nicht ohne Schwierigkeiten erfolgte auch die Lesung von *y* in den deutschsprachigen Texten wegen der Ähnlichkeit mit der Buchstabenverbindung *j*. Die Abschrift erfolgte in der Weise, daß immer dort, wo *y* ohne diakritisches Zeichen oder mit einem Strich

oder Punkt zwischen den beiden Schäften steht, y wiedergegeben wurde. Stehen in der Vorlage jedoch zwei i-Striche oder -Punkte, wurde *ij* beziehungsweise in Namen oder in von ihnen abgeleiteten Adjektiven *ij* beschrieben. Auch die Darstellungen der Verbindung von *s* und *z* ließen einen Eingriff in der Weise nötig erscheinen, daß *ß* nur im Falle einer echten Ligatur abgeschrieben wurde. Hat der Bearbeiter aber *s* und *z* noch als eigenständige Buchstaben erkannt, weist der Druck beide Buchstaben aus. Die Mehrdeutigkeit im deutschsprachigen Abkürzungssystem hat sich besonders im Gebrauch der er-Kürzungen beobachten lassen. So benutzten die jeweiligen Schreiber den er-Haken nicht nur nach dem lateinischen Vorbild, um primär ein ausgefallenes *er* oder *re* und sekundär ein ausgefallenes *r* mit einem anderen Vokal anzuzeigen. Sie gebrauchten ihn auch zur Wiedergabe von *e*. In zwei von verschiedenen livländischen Schreibern verfaßten Urkunden aus den Jahren 1446 und 1447 gar ersetzt das er-Kürzungszeichen sowohl *er/re* als auch *e*! Die Frage, ob es sich hierbei vielleicht um eine landschaftliche Eigentümlichkeit handelt, müßte in einem anderen Zusammenhang geklärt werden. Die in ihrer Bedeutung schwankenden deutschen Abkürzungszeichen können die Bearbeitung von Texten mit stark gekürztem Wortbestand wie Zinsverzeichnisse mitunter erheblich beeinträchtigen. Beispiele geben das Schoßregister der Stadt Königsberg-Kneiphof von 1477 (7) und das Fragment eines Buches der Königsberger Olafsgilde von 1477 bis 1503 (8) mit gekürztem *goc* für *goc(zelt)* und suspendiertem *geh* anstelle von *geh(egt ding)*. Lösungen lassen sich hierbei oftmals nur mit Hilfe vergleichbarer Texte finden.

Bei der Edition der deutschsprachigen Quellen zur Handelsreise des herzoglich-preußischen Faktors Antoine Maillet nach Frankreich in den Jahren 1562 bis 1564 (9) lehnte sich der Bearbeiter an die von der Arbeitsgemeinschaft außeruniversitärer historischer Forschungseinrichtungen veröffentlichten Empfehlungen zur Edition frühneuzeitlicher Texte an (10), wobei er bewußt auf die von Johannes Schultze in seinen Richtlinien für die äußere Textgestaltung bei der Herausgabe von Quellen zur neueren deutschen Geschichte (11) empfohlene Vereinfachung von Konsonantenhäufungen, insbesondere bei dem Doppel-*n* am Wortende oder vor Vokalen, verzichtet hat. Für den Bearbeiter sind nämlich Konsonantenhäufungen typische Erscheinungsformen deutschsprachiger Texte der frühen Neuzeit, deren Anfänge bereits in der ersten Hälfte des 15. Jahrhunderts beispielsweise anhand der Revaler Urkunden und Briefe nachweisbar sind. Da jedoch Doppelkonsonanten in der Mitte einer Sinneinheit (Namen, Wort) um einige Jahrzehnte früher erscheinen als diejenigen am Ende, bieten sich Konsonantenhäufungen somit neben der Schrift (12) als wesentliche Datierungshilfen an, auf die man bei der Erschließung der häufig undatierten Briefe, Konzepte und Abschriften in den zumeist noch ungebundenen frühneuzeitlichen Akten zurückgreifen könnte. Allerdings fehlen zur Überprüfung dieser Beobachtungen geeignete Untersuchungen, so daß es verfrüht wäre, allgemeine Aussagen zu treffen.

(1) Siehe dazu einführend N. Angermann, in: *Lexikon des Mittelalters*, 5, hrsg. von R.-H. Bautier u.a., München, Zürich 1991, Sp. 2045-2048 s.n. Lvtand.

(2) Siehe hierzu einführend: B. Schumacher, *Geschichte Ost- und Westpreussens*, Würzburg 1977, u. H. Boockmann, in: *Lexikon des Mittelalters*, 3, hrsg. von R.-H. Bautier u.a., München, Zürich 1986, Sp. 768-777 s.n. Deutscher Orden.

(3) Bearb. von D. Heckmann, *Zeitschrift für Ostforschung* (weiterhin zit.: ZfO) 41 (1992), S. 186-247.

(4) Bearb. von dems., ZfO 37 (1988), S. 175-186.

(5) G. Schmidt, *Das Eindringen der hochdeutschen Schriftsprache in der Rigaschen Ratskanzlei* (Forschungen, 9), Hamburg 1938, S. 21, Anm. 120, geht von analogen sprachlichen Verhältnissen in den Kanzleien der Städte Riga und Reval aus. Im hansischen Bereich läßt sich allgemein beobachten, daß seit rund 1380 das Niederdeutsche Latein als überwiegend gebrauchte Überlieferungssprache abgelöst hat, s. R. Lühr, in: *Lexikon des Mittelalters*, 3, (wie Anm. 2), Sp. 766 s.v. Deutsche Sprache.

(6) *Revaler Urkunden und Briefe von 1272 bis 1510*, bearb. von D. Heckmann (Veröffentlichungen aus den Archiven Preussischer Kulturbesitz, 25), Köln, Weimar, Wien (voraussichtlich 1994).

(7) *Das Schoßregister der Stadt Königsberg-Kneiphof von 1477*, bearb. von dems., ZfO 43 (1994) (im Druck).

(8) *Das Fragment eines Buches der Königsberger Olafsgilde von 1477 bis 1503*, bearb. von dems., ZfO (im Druck).

(9) *Von Königsberg an die Loire. Quellen zur Handelsreise des herzoglich-preussischen Faktors Antoine Maillet nach Frankreich in den Jahren 1562 bis 1564*, ausgew. und bearb. von dems. (Veröffentlichungen aus den Archiven Preussischer Kulturbesitz, 33), Köln, Weimar, Wien 1993.

(10) Abgedruckt im *Archiv für Reformationsgeschichte* 72 (1981), S. 299-315, u. im *Jahrbuch der historischen Forschung* 1980, S. 85-96.

(11) Abgedruckt in den *Richtlinien für die Edition landesgeschichtlicher Quellen*, hrsg. von W. Heinemeyer (Gesamtverein der deutschen Geschichts- und Altertumsvereine), Marburg, Köln 1978, S. 25-36, hier: S. 34.

(12) *Schrifttafeln dazu neuerdings bei H. Gutzwiller, Die Entwicklung der Schrift in der Neuzeit, Archiv für Diplomatik, Schriftgeschichte, Siegel- und Wappenkunde* 38 (1992), S. 381-488, u. bei T. N. Tacenko, *Zur Geschichte der deutschen Kursive im 16. Jahrhundert*, ebd. S. 357-380; zur Entwicklung der deutschen Schrift allgemein s. F. Beck, *Die "Deutsche Schrift" - Medium in fünf Jahrhunderten deutscher Geschichte*, ebd. 37 (1991), S. 453-479.

*

Die Bearbeitung der Revaler Urkunden u. Briefe (1275-1510) verlangte v.a. die Rücksichtnahme auf die Eigentümlichkeiten der niederdeutschen und der hochdeutschen Vorlagen, die sich besonders auf die unterschiedliche Behandlung der Ersatzzeichen für die über Vokale geschriebenen Buchstaben auswirkte. Auch die Wiedergabe von *y* in Konkurrenz zu *ij* und von *ß* zu *s* und *z* erfolgte in unterschiedlicher Weise. In livländischen Urkunden zu 1446 und 1447 ersetzt die *er/re*-Kürzung sowohl *er/re* als auch *e*. Stark gekürzte deutsche Sinneinheiten fanden sich vor allem in zwei Königsberger Zinsverzeichnissen aus dem letzten Drittel des 15. Jhs. Wegen des schwankenden deutschen Abkürzungssystems gelang ihre Auflösung nur anhand vergleichbarer Texte. Auf die Normalisierung von Doppelkonsonanten wurde bei der Edition der deutschsprachigen Texte zur Reise (1562-1564) des herzoglich-preussischen Faktors Maillet nach Frankreich verzichtet, weil sie zeittypische Erscheinungsformen widerspiegeln.

*

Processing the Tallinn documents and letters (1275-1510) required, above all, consideration to the peculiarities of Lower German and High German documents, which is especially manifest in the different treatment of diacritical marks replacing the superpositioned letters above vowels. Also the rendering of *y* as opposed to *ij* and *ß* as opposed to *s* and *z* occurred in different ways. In Livonian documents of 1446 and 1447, the *er/re* abbreviation replaced not only *er/re*, but also *e*. Sharply abbreviated German morphemes particularly occurred in two interest ledgers from Königsberg in the last quarter of the 15th century. Because of the unreliable German abbreviation system, these morphemes could only be decoded on the basis of available parallel texts. The edition of German-language travel logs of Prussian ducal emissary Maillet's trip to France (1562-1564) dispensed with the normalization of double consonants, as they resembled other contemporary characters.

*

L'adaptation, en vue de leur édition, des actes et des lettres de Reval (1275-1510) exigeait notamment de prendre en compte les particularités des documents originaux rédigés en bas allemand et en haut allemand, ce qui se traduisait avant tout par les solutions différentes employées pour résoudre le problème des lettres placées sur certaines voyelles. Le traitement des lettres *y* et *ß* employées dans les originaux respectivement en alternance avec *ij* et avec *s* et *z* se faisait également de différentes façons. Dans les documents livoniens de 1446 et 1447, l'abréviation pour *er/re* remplace bien *er/re*, mais aussi *e*. Des unités de sens fortement abrégées se retrouvaient notamment dans deux relevés d'intérêts de Königsberg datant du dernier tiers du XVe siècle. A cause des règles d'abréviation variées, seuls des textes de référence permettaient d'en restituer le sens. En préparant à l'édition les textes allemands relatifs au voyage 1562-1564 entrepris en France par le facteur Maillet du duc de Prusse, les éditeurs ont renoncé à normaliser les consonnes doubles, car elles sont caractéristiques de l'écriture de l'époque.

*

El análisis de documentos y cartas procedentes de Reval (1275-1510) obligó sobre todo a tener en cuenta las peculiaridades de los escritos bajo y altoalemanes, que daban diferente tratamiento a los signos sustitutorios de las letras escritas con vocales. La reproducción de *y* en competencia con *ij* y de *ß* como *s* y *z* se verificaban también de distintos modos. En documentos livonios de 1446 y 1447, la abreviatura *er/re* reemplaza tanto la *er/re* como la *e*. Unidades semánticas en alemán, muy abreviadas, fueron descubiertas particularmente en dos registros de tasas de interés efectuados en la ciudad de Königsberg en el último tercio del siglo XV. La disolución del vacilante sistema alemán de abreviaturas fue posible de constatar sólo a base de textos comparables. En la edición de textos en lengua alemana preparada con motivo del viaje a Francia (1562-1564) del duque de Maillet, emisario prusiano, se prescindió de normalizar las consonantes dobles, porque éstas reflejaban fenómenos característicos para la época.

*

Работа над Ревельскими грамотами и письменами (1275-1510 гг.) потребовала особого учета особенностей нижнегерманского и литературного германского языка оригиналов, выражающихся прежде всего в различной трактовке знаков, заменяющих буквы и писавшихся над гласными. В т.ч. и воспроизведение окончаний *y* в противовес *ij*, а также *ß* в противовес *s* и *z*, происходит самым различным образом. В лифляндских грамотах 1446 и 1447 гг. сокращение *er/re* заменяет как *er/re*, так и *e*. Сильно сокращенные немецкие смысловые образования обнаружены главным образом в двух кенигсбергских процентных ведомостях, датированных последней третью XV в. Из-за различий в системе немецких сокращений их расшифровка удалась лишь на базе сопоставимых текстов. От стандартизации двойных согласных при издании немецкоязычных текстов, описывавших путешествие (1562-1564 гг.) управляющего герцогско-прусского двора Малле во Францию, автор отказался как от отражавшей характерные для того времени формы.

Das Archiv des Bauhauses Dessau und seine Erfahrungen in der Zusammenarbeit mit Kommunal- und anderen Archiven

Ines Hildebrand

Im folgenden Beitrag möchte das Archiv des Bauhauses Dessau sich und seine Bestände in groben Zügen vorstellen und unsere Erfahrungen in der Zusammenarbeit mit kommunalen Archiven darlegen. Um die Archivarbeit am Bauhaus Dessau jedoch transparenter erscheinen zu lassen, soll ein Beitrag zur Geschichte des Bauhauses vorangestellt sein.

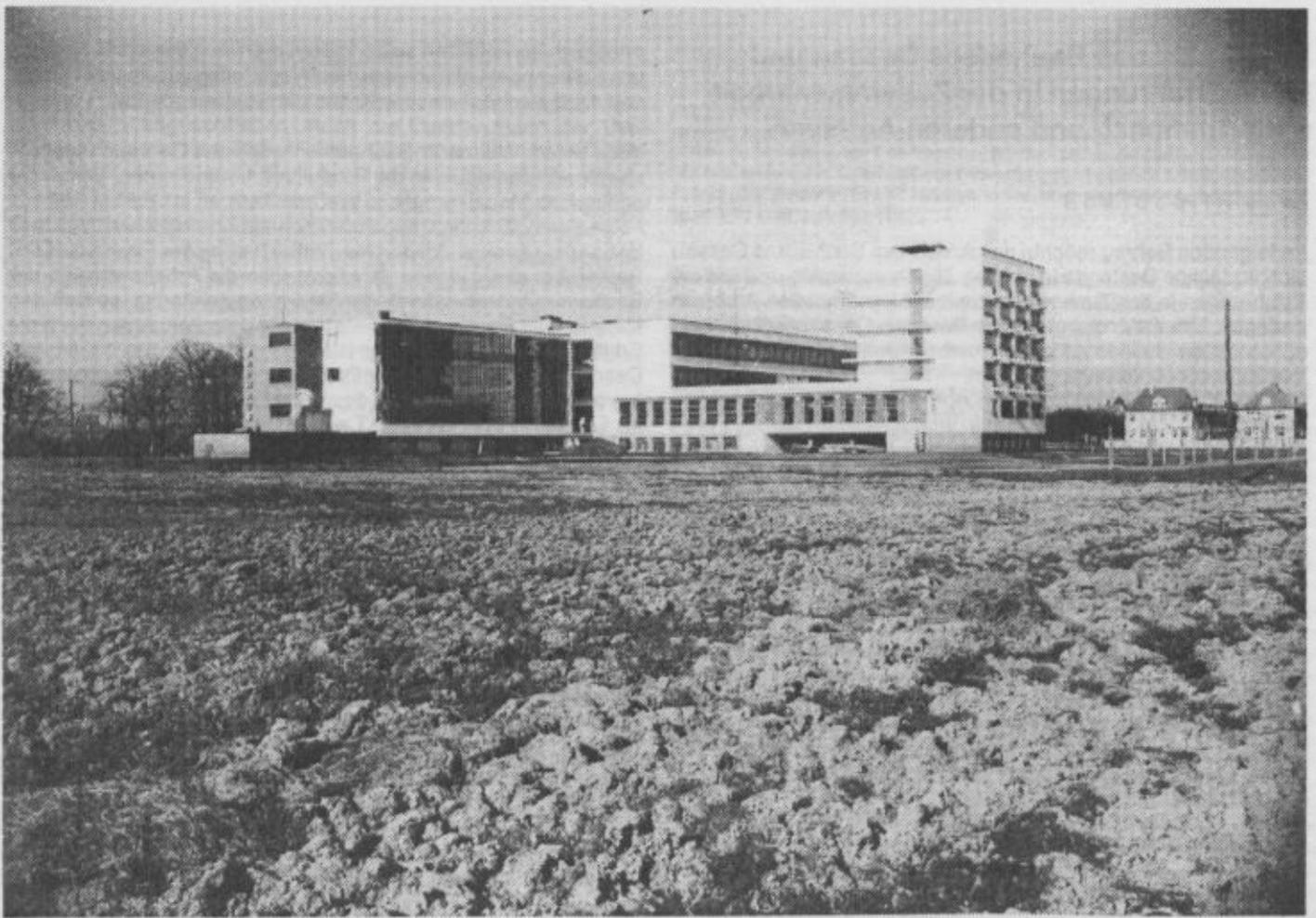
Das Bauhaus wurde erstmalig im April 1919 in Weimar existent. Der Architekt Walter Gropius hatte das "Staatliche Bauhaus Weimar" erklärt aus der Vereinigung der ehemaligen Großherzoglichen Sächsischen Hochschule für bildende Kunst und der bereits 1915 geschlossenen ehemaligen Großherzoglichen Kunstgewerbeschule. Es entstand eine Kunstschule, für die die experimentelle Tätigkeit in den Werkstätten während der Weimarer Zeit ihres Bestehens charakteristisch wurde. Diese Werkstätten waren: Weberei, Metallwerkstatt, Tischlerei, Wandmalerei sowie Druckerei und Reklame. Ausschließlich in der Weimarer Zeit kamen hinzu: Steinbildhauerei, Holzbildhauerei, Töpferei, Buchbinderei, Glasmalerei. Des weiteren existierte eine Bühnenwerkstatt. Diese handwerkliche Ausbildung wurde untermauert durch die Erteilung von Unterricht in Grundlagenfächern (z. B. Mathematik) sowie durch den sogenannten Vorkurs, den jeder Studierende zunächst absolvierte und welcher die Studierenden gewissermaßen an elementare Gestaltungs-

prinzipien heranführen sollte, indem man sich bspw. mit Formen und Farben oder unterschiedlichen Werkstoffen auseinandersetzte, und die die schöpferischen Kräfte der Studierenden wecken sollten.

Viele der im Weimarer Bauhaus entworfenen Gebrauchsgegenstände wurden dabei in die Produktion übernommen. Durch die politischen Machtkämpfe in Weimar kam es im Herbst 1924 in Folge einer völkischen (sprich deutsch-nationalistischen) Mehrheit im Landtag zu einer drastischen Mittelkürzung des Bauhauses. Im September des gleichen Jahres wurden die Arbeitsverträge der Bauhausmitarbeiter durch die Regierung gekündigt, so daß den Meistern der Bauhaus-Werkstätten am Jahresende nur noch die Erklärung der Auflösung des Institutes zum 31. März 1925 blieb. Der damalige Bürgermeister Dessaus, Fritz Hesse, erfuhr von der bevorstehenden Auflösung des Weimarer Bauhauses erstmalig im Feuilleton des "Berliner Tageblattes" und ihm war zu dieser Zeit der Begriff Bauhaus durchaus nicht unbekannt. Hesse erkannte mit Hilfe seines Beraters, des Landeskonservators Dr. Ludwig Grote, daß sich für die Stadt Dessau eine Möglichkeit zu neuer Befruchtung des kulturellen Lebens bot, nach dem die kulturelle Blüteperiode der Residenzstadt Dessau längst der Vergangenheit angehörte. Er war festentschlossen, das Bauhaus nach Dessau zu holen. Am 5. März 1925 weihte Bürgermeister Hesse den Gemeinderat erstmalig in sein Vorhaben ein. Nach nicht unerheblichen Auseinandersetzungen mit der Opposition im Gemeinderat konnte Hesse am 23. März 1925 aufatmen, als mit 26 Ja-Stimmen und 15 Nein-Stimmen die Übernahme des Bauhauses nach Dessau beschlossen wurde. Im Juni 1925 wurde dann ein Beschluß zum Neubau eines Schulgebäudes nach Plänen des auch hier in Dessau als Direktor fungierenden Walter Gropius verabschiedet.



Ansicht des Bauhausgebäudes von Südwesten. 1985/86. Der Werkstattflügel mit Schriftzug.



Das Bauhausgebäude in Dessau. Erweiterte Ansicht von Südosten. Um 1928.



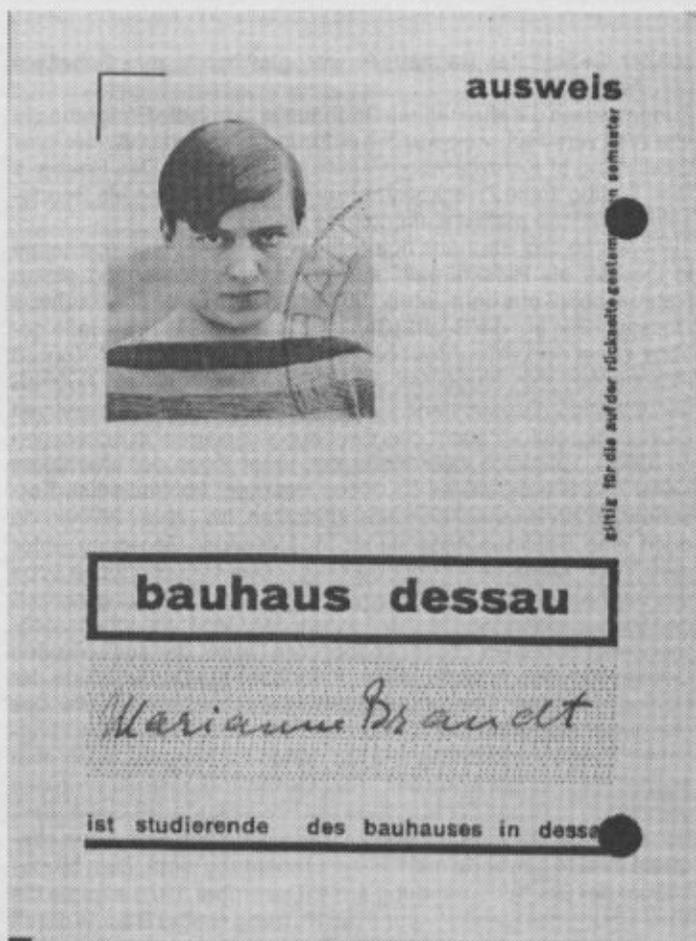
Walter Gropius. Erster Bauhaus-Direktor. 1919-1927. Porträt. Um 1920.

Nach einer relativ kurzen Bauzeit hatte die anhaltische Regierung die Satzung des Bauhauses genehmigt und seinen Hochschulcharakter anerkannt, so daß das Bauhausgebäude am 4. Dezember 1926 offiziell als "Hochschule für Gestaltung" seiner Bestimmung übergeben werden konnte. Walter Gropius umriß die dem Bauhaus für seine Arbeit in Dessau gestellten Aufgaben klar.

Zitat:

"einmal: in der geistigen, handwerklichen und technischen Durchbildung schöpferisch begabter Menschen zu bildnerischer Gestaltungsarbeit, besonders für den Bau, sodann: in der Durchführung praktischer Versuchsarbeit, besonders für Hausbau und Hauseinrichtung sowie in der Entwicklung von Modellen für industrielle und handwerkliche Produktion." Zitat Ende.

Gropius sollte auch für die architektonische Entwicklung Dessaus Zeichen setzen. Neben dem Bauhausgebäude entstanden in Dessau während Gropius' Amtszeit die Häuser für die Bauhausmeister in der Ebertallee, 1925; die Siedlung Dessau-Törten, 1925 - 28 gebaut; das städtische Arbeitsamt, 1927 - 28 sowie das Gebäude des Konsumvereins in Dessau-Törten, 1928. Bei diesen Bauten nutzte Gropius, außer in den Entwurfsphasen, auch jede andere Möglichkeit, die Werkstätten des Bauhauses einzubeziehen, bspw. bei der Ausstattung mit Möbeln, Leuchten, Stoffen sowie bei der farbigen und künstlerischen Ausgestaltung. Durch die Gründung der Bauhaus-GmbH im Oktober 1925 gelang Gropius auch die engere Kontaktherstellung zur Industrie, wodurch auch mit dem Verkauf von Lizenzen und Mustern eigene Haushaltsmittel erwirtschaftet werden konnten. Vom pädagogischen Aspekt her förderte Gropius (Zitat): "anknüpfend an die Werk- und Lebensgemeinschaft der mittelalterlichen Bauhütten das kollektive Zusammenleben, das alle Lebensbereiche umfaßte und das auf die allseitige Entfaltung der schöpferischen Kräfte jedes einzelnen gerichtet war." (Zitat Ende), so daß bspw. in den Werkstätten Studenten unterschiedlicher Studienjahre praktisch zusammenarbeiteten, um ihre Erfahrungen auszutauschen.



Marianne Brandt
Bauhäusler-Ausweis. 1926

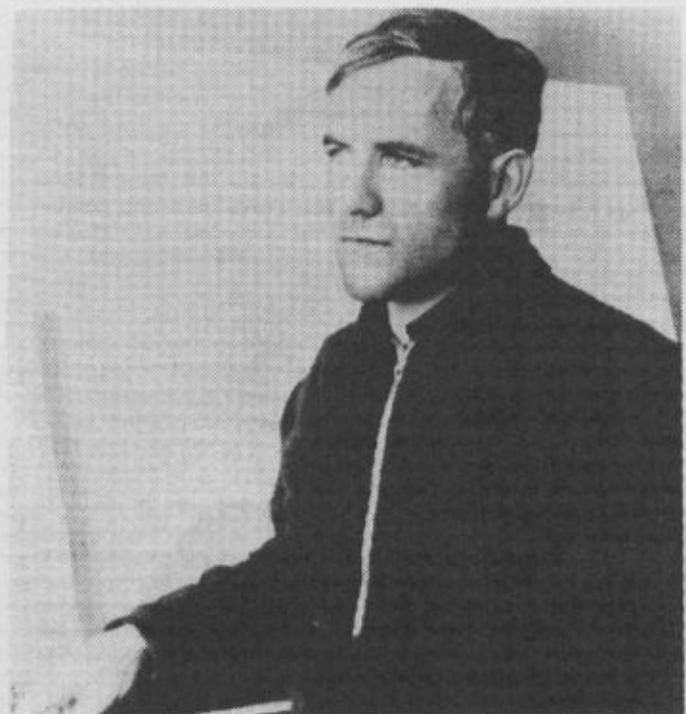
Ära Hannes Meyer

Diverse Umstände, vor allem wohl auch die zunehmende Verstrickung von Gropius in politische Auseinandersetzungen um das Bauhaus, führten dazu, daß Walter Gropius sein Amt als Direktor des Bauhauses im März 1928 niederlegte. Neuer Bauhausdirektor wurde der bereits seit 1927 am Bauhaus als Lehrer für Architektur agierende Schweizer Architekt Hannes Meyer. Ihm wurde die Leitung der Hochschule zum 1. April 1928 übertragen. Unter Hannes Meyer kam es dann zu umfangreichen Veränderungen innerhalb des Lehrkörpers und insbesondere des Lehrplanes.

Beispielsweise wurde das Bauhaus durch die Angliederung einer fotografischen Abteilung bereichert, hinzu kamen 1928 weiterhin die plastische Werkstatt sowie die Malklassen Kandinskys und Klees.

Allerdings schieden auch andere wertvolle Lehrkräfte aus. Meyer gab der Architektur den Vorrang und erstrebte eine an den Bedürfnissen des Volkes orientierte Verbindung von Lehre und Forschung. Er forcierte den Ausbau der Bauabteilung und es ergaben sich auch bald wieder Möglichkeiten, die Studenten in die reale Bautätigkeit zu integrieren. Dazu bot der Bau der Bundesschule des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes in Bernau bei Berlin eine gute Gelegenheit. Auch in Dessau sollte diese Entwicklung ihren Niederschlag finden, die Laubenganghäuser auf dem Siedlungsgelände Törten zeugen davon.

Das Interesse der Industrie an Produkten des Bauhauses nahm weiter kontinuierlich zu, wobei nur die Übernahme von Modellen bei den Firmen Körting & Mathiesen A. G. (Kandem, Beleuchtungskörper) oder die Produktion von Bauhaus-Tapeten durch die Fa. Gebr. Rasch genannt sei. Die Reklame-/Druckerei-Werkstatt übernahm die gesamte Standgestaltung des Dessauer Großbetriebes Junkers & Co. auf der Ausstellung "Gas und Wasser" 1929 in Berlin.



Hannes Meyer. Zweiter Bauhaus-Direktor. 1928-1930. Porträt. Um 1928.

Diese Popularität reichte letztlich auch über Deutschlands Grenzen hinaus, wie die Beteiligung der Weberei, der Tischlerei und der Metallwerkstatt des Bauhauses an der Internationalen Ausstellung in Barcelona 1929 zeigt.

Doch mit Hannes Meyer wurden gleichzeitig politische und soziale Gedanken der revolutionären Arbeiterbewegung aufgegriffen, welche soweit führten, daß eine Studentenzelle der KPD am Bauhaus gegründet und Hannes Meyer selbst 1930 Mitglied der KPD am Bauhaus wurde. Dies war angesichts der damaligen politischen Situation in höchstem Maße gefährlich für die weitere Existenz des Bauhauses und die rechten Angriffe nahmen zu. Nachdem Bürgermeister Hesse in Anbetracht dieser Entwicklung nun sicher war, daß eine künftige Zusammenarbeit mit Hannes Meyer illusorisch war, legte er ihm nahe, sein Amt freiwillig aufzugeben.

Meyer verkannte die Realitäten, so daß die Angelegenheit vor dem Reichskunstwart geklärt werden mußte. Im Ergebnis dessen wurde Meyer fristlos gekündigt und er ging darauf mit mehreren Studenten in die Sowjetunion.

Ära Ludwig Mies van der Rohe

Bei der anschließenden Direktorensuche stieß Bürgermeister Hesse auf Ludwig Mies van der Rohe. Dieser Mann strahlte Autorität aus und dies erschien dem Bürgermeister als eine Rettung für das Bauhaus. Mies van der Rohe trat sein Amt zum Wintersemester 1930/31 an und versuchte, das Bestehen des Bauhauses (wie Gropius) durch Ausschluß aus der Politik zu sichern. Unter diesem Einfluß mußten manche progressiven Errungenschaften innerhalb des Lehrbetriebes wieder zurückgenommen werden. Dennoch brachte es Mies van der Rohe fertig, das künstlerische hohe Niveau der Bauhausarbeit beizubehalten. Im Juli 1931 gab der "Kreis der Freunde des Bauhauses" eine Druckschrift heraus, in der die Direktion einen aufschlußreichen Überblick über Aufbau, Unterrichtsmethoden und Erfolge des Instituts gab. Auch konnte in folgender Amtszeit die Zusammenarbeit mit der Industrie erfolgreich weitergeführt werden.

Doch die politische Machtübernahme durch die NSDAP in Dessau war nicht mehr aufzuhalten und das dem Bauhaus zuge dachte Schicksal war damit nicht mehr abzuwenden.

Am 22. August 1932 mußte Bürgermeister Hesse den Antrag der NSDAP zur Auflösung des Bauhauses vor den Gemeinderat bringen, welcher mehrheitlich beschloß, den Lehrbetrieb am Bauhaus per 1. Oktober 1932 einzustellen.

Das Bauhaus Dessau hatte aufgehört zu bestehen.



Ludwig Mies van der Rohe. Dritter Bauhaus-Direktor. 1930-1933. Porträt. Um 1932.

Bauhaus Berlin

Mies van der Rohe gab den Bauhaus-Gedanken noch nicht verloren und versuchte, die Schule als Privatinstitut zu retten. Er richtete sich noch im Oktober 1932 in Berlin-Steglitz in einer leerstehenden ehemaligen Telefonfabrik ein. Der Lehrkörper war im Wesentlichen erhalten geblieben, zahlreiche Studenten gingen mit nach Berlin und es gab sogar Neuanmeldungen, sodaß zunächst Hoffnung bestand, das Bauhaus in Berlin fortzuführen. Ende Januar 1933 ergriffen die Nazis endgültig in ganz Deutschland die Macht und am 10. April 1933 wurde das Schulgebäude auf Veranlassung der Gestapo von zwei Hundertschaften Polizei umstellt, Studierende verhaftet und alle Räume versiegelt, was nun das absolute Aus für das Bauhaus bedeutete.

Nach der Schließung des Bauhauses Dessau

Nachdem die Schließung des Bauhauses Dessau vollzogen war, stand man nun vor einem leeren Gebäude und im Magistrat der Stadt kursierten die wildesten Ideen bezüglich der "Verwertung" des Bauhauses. Den ersten Gedanken, nämlich den gänzlichen Abbruch des Gebäudes, konnte man angesichts der damaligen Wohnungs- und Raumnot dann doch nicht ganz verantworten. Somit kam man über Vorstellungen, das Bauhauses vielleicht als Sanatorium oder Krankenhaus zu nutzen, dahin, Teile des Gebäudes nach entsprechendem Antrag der Landesfrauenarbeitschule zur Verfügung zu stellen, welche nun die "langerträumte" Hauswirtschaftsschule für Mädchen einrichten konnte. Der größte Teil des Bauhauses wurde aber sogar durch die Nazis selbst, ab Oktober 1933 als Amtswalterschule der NSDAP für den Gau Magdeburg-Anhalt sowie für einen Teil des Baustabes von Albert Speer Anspruch genommen. Die Verwaltung des Gesamtgebäudes übernahm das damalige Stadtbauamt. Bis zum 7. März 1945, als das Gebäude während des Bombenangriffes auf Dessau ausbrannte, unterlag es noch den unterschiedlichsten Nutzerbedürfnissen und erhielt sogar einen schwarz-braunen Tarnanstrich. 1948 wurde das Gebäude notdürftig instandgesetzt, wobei die großen Fensterfassaden teilweise zugemauert wurden. Ehemalige Bauhäusler, an der Spitze Hubert Hoffmann, versuchten nach 1945, das Bauhaus wiederzubeleben und den Schulbetrieb wieder herzustellen. Diese Versuche waren jedoch nach anfänglichen Erfolgen mit der Wahl des Dessauer Bürgermeister Adolphs, der ein ab-

soluter Gegner des Bauhauses war, gleichwohl zum Scheitern verurteilt.

Zudem waren die ehemaligen Bauhäusler durch die Emigration in alle Welt verstreut, viele wurden aufgrund ihrer Herkunft oder ihrer Gesinnung in Konzentrationslagern umgebracht. Das Bauhaus fand künftig seine Zweckbestimmung in der Nutzung als Berufsschule, welche mehrere Jahrzehnte währen sollte.

1964 wurde das Bauhaus notdürftig wegen einer Ruhrepidemie in Dessau als Hilfskrankenhaus genutzt. Entsprechend einem Ratsbeschluss aus dem Jahre 1963 wurde das Gebäude Bauhaus Dessau 1964 auf die Bezirksdenkmalliste des Bezirkes Halle gesetzt. Unter der Leitung des ehemaligen Bauhäuslers Prof. Konrad Püschel fertigten Studenten der HAB Weimar 1964 ein Aufmaß der vorhandenen Bausubstanz. Lange Zeit hatte man in der damaligen DDR erfolgreich versucht, das Bauhaus sozusagen "in Schweigen zu hüllen", obgleich viele Historiker, unter ihnen der ehemalige Leiter des Stadtarchives Dr. Hans Harksen, kontinuierlich Forschungen zur Bauhausbiografie anstellten. Im Jahre 1967 wurde auch eine Bauhaus-Ausstellung im Dessauer Georgium unter dem Titel "Moderne Formgestaltung - Das fortschrittliche Erbe des Bauhauses" inszeniert, womit u. a. der Rehabilitierungsprozeß des Bauhauses einsetzte. 1974 wurde das Gebäude unter zunehmendem nationalen und internationalen Druck, der auch aus den Ostblockländern erfolgte, dann in die Zentrale Denkmalliste der DDR eingetragen. Die Bemühungen unterschiedlicher Kräfte, das Gebäude zu erhalten und zu rekonstruieren sowie seiner ursprünglichen Zweckbestimmung wieder näher zu bringen, fruchteten endlich nach langer Vorarbeit in der Gesamtrekonstruktion in den Jahren 1975/76 und der schrittweisen Freilegung des Gebäudes. Es sollte aber nur eine äußerliche Rekonstruktion sein, neue adäquate Inhalte gewährte man dieser Einrichtung nicht. Zum 50. Jubiläum der Bauhausgründung am 4. Dezember 1976 erfolgte die Einweihung des Gebäudes und der Nutzung einiger Räume durch das Wissenschaftlich-Kulturelle Zentrum, aus welchem später unser Bereich Sammlung hervorging.

Der damalige Leiter, Dr. Georg Opitz, begann bereits einige Zeit vorher im Schloß Georgium, einer Gemäldegalerie, mit dem Aufbau einer wissenschaftlichen Sammlung zur Geschichte des Hauses. Das Kunstgut, welches hier mühevoll und mit Unterstützung der Galerie am Sachsenplatz Leipzig und deren Leiter Hans-Peter Schulz zusammengetragen wurde, ist nach der Rekonstruktion dem Bauhaus als Grundstock unserer heutigen Sammlung übergeben worden. Zudem bereicherte man das Kulturangebot der Stadt Dessau künftig mit Ausstellungen und Veranstaltungen auf der Bauhausbühne. Ab 1986 wurde der Nutzung als Berufszentrum konsequent ein Ende gesetzt und es wurden Weiterbildungsveranstaltungen und Seminare vorwiegend der Bauakademie der DDR, der Hochschule für Architektur und Bauwesen Weimar sowie des Amtes für industrielle Formgestaltung durchgeführt. Mit dem 4. Dezember 1986 erfolgte eine nochmalige Wiedereröffnung des Bauhauses und diesmal kam man nicht umhin, eine neue inhaltliche Zielsetzung offiziell zu formulieren. Das Bauhaus wurde zum 60. Jubiläum der Bauhauseinweihung als "Zentrum für Gestaltung" deklariert und man stellte den Anspruch, (Zitat:) wirksame Beiträge für die Entwicklung von Städtebau und Architektur, für Produkt- und Designinnovation sowie für die internationale Reputation der DDR zu erbringen (Z. Ende). Die Institution Bauhaus Dessau wurde zum 1. Januar 1987 per gesetzlicher Anordnung eine nachgeordnete Einrichtung des Ministeriums für Bauwesen der DDR. Als deren Direktor wurde der bis dato amtierende Prof. Dr. Rolf Kuhn berufen.

(Schon seit Mitte der siebziger Jahre hatte die Funktionalismus-Forschung in der DDR gegenüber dem Westteil Deutschlands einen Vorlauf erfahren, was noch heute in der Fachwelt fast unumstritten ist. Im Westen hatte man sich bezüglich dieser Problematik zu einseitig auf Kunst orientiert, währenddessen man im Osten Deutschlands eine komplexe Analysetätigkeit zum Thema Moderne zu entwickeln suchte. An dieser Stelle wäre auf entsprechende Literaturquellen hinzuweisen, wie z. B. die begleitenden Schriften zu den Bauhaus-Kolloquien in Weimar, K. Hirdina: "Pathos der Sachlichkeit" sowie L. Kühne "Gegenstand des Raumes".)

Mit den politischen Veränderungen 1989 in der ehemaligen DDR und der damit verbundenen Auflösung des Ministeriums für Bauwesen mußte für das Bauhaus ein neuer Rechtsträger gefunden

werden, der jeglichen eventuellen zweckentfremdenden Nutzungs- und Besitzansprüchen (z. B. einer Privatisierung oder der Verwaltung durch die Treuhand) entgegentrat. Somit erfolgte am 16. März 1990 die Eintragung des Vereins Bauhaus Dessau in das Vereinsregister. Die Mitglieder dieses Vereins sahen sich jedoch in zunehmendem Maße nicht imstande, alle Aufgaben eines Rechtsträgers wahrzunehmen, so daß die Rechtsträgerschaft an das neu entstandene Kultusministerium beim Land Sachsen-Anhalt übertragen wurden.

Mittlerweile wird das Bauhaus mit 68 festgestellten Mitarbeitern und den Bereichen Direktion, Sammlung, Akademie, Werkstatt, Industrielles Gartenreich, Verwaltung und Öffentlichkeitsarbeit zu 50 % vom Bund, zu 45 % vom Land Sachsen-Anhalt und zu 5 % von der Stadt Dessau getragen.

Als geeignetste und vor allem zukunftsträchtigste Rechtsform hat man sich allerdings auf die Konstituierung als eine Stiftung öffentlichen Rechts verständigt, ein entsprechendes Gesetz wurde am 15.02.1994 im Landtag Sachsen-Anhalts verabschiedet.

Dieses Stiftungsgesetz sieht folgenden Zweck der Stiftung vor:

1. das Erbe des historischen Bauhauses zu bewahren sowie der Öffentlichkeit zugänglich zu machen und zu vermitteln,
2. angesichts der Ideen und Ansätze des historischen Bauhauses Beiträge zu den Problemen der Gestaltung der heutigen Lebensumwelt zu leisten.

Der Erfüllung dieses Zwecks sollen laut Stiftungsgesetz insbesondere dienen:

1. die Planungsarbeit der Werkstatt,
2. die Sammlung von Gegenständen, die das Ideengut des historischen Bauhauses dokumentieren und erschließen,
3. die Arbeitstätigkeit der Akademie,
4. die Veranstaltung von Tagungen und Seminaren,
5. die Förderung von Arbeitsaufenthalten in- und ausländischer Experten und Studenten verschiedener Fachrichtungen.

Die Ausführungen zur Bauhausgeschichte sollen hier enden, ohne den Anspruch auf absolute Vollständigkeit zu erheben.

Vielmehr soll im Folgenden über das Archiv des Bauhauses Dessau und seine Bestände informiert werden:

Wie schon erwähnt, ist das Archiv des Bauhaus Dessau ein Arbeitsgebiet des Bereiches Sammlung.

Derzeit sind in unserem Archiv 4 Mitarbeiter beschäftigt, der Leiter des Archivs, welcher von Hause aus Kunsthistoriker ist, ein Magazinmeister und Möbelrestaurator, eine Mitarbeiterin für das Arbeitsgebiet Fotodokumentation und eine Mitarbeiterin für Archivalien, welche sich auf den Bereich der schriftlichen Dokumentation bzw. auf den Bereich des originalen Foto- und Planmaterials beziehen.

Dieses Archiv ist quasi als Dreiteilung existent:

- zum 1. das historische Archiv der Kunstsammlung am Bauhaus Dessau, welches ca. 20.000 Positionen Archiv- (also) Kunstgut umfaßt. Davon sind ca. 25 lfm Schriftgut, was sich für einen Archivar wohl sehr gering anhört. Hierbei muß man allerdings betonen, daß der Wert im Einzelnen und damit in Unikaten liegt, bspw. bei Briefen, Zeugnissen usw. Des weiteren handelt es sich um originale Fotos, Bücher, Druckschriften, Zeitschriften, Architekturzeichnungen, Grafiken, Gemälde, dreidimensionale Exponate, Möbel sowie Textilien. Zeitlich sind die Bestände zwischen 1887 und dem Ende der 80er Jahre anzusiedeln.

Diese Kunstgüter wurden dem Bauhaus größtenteils in Form von Nachlässen ehemaliger Bauhäusler oder dem Bauhaus bzw. ehemaligen Bauhäuslern nahestehenden Personen als Schenkung übereignet. Andererseits ist es uns auch möglich, entsprechend unseren finanziellen Kapazitäten Ankäufe auf dem internationalen Kunstmarkt bzw. aus privater Hand zu tätigen.

Insgesamt birgt unser Archiv Bestände zu 128 Bauhäuslern (ehemaligen Studierenden oder Meistern). Diese Bestände sind vom Umfang recht unterschiedlich, teilweise sind es nur einzelne (aber deshalb nicht minder wertvolle) Archivalien, teilweise umfassen sie aber auch mehrere hundert oder tausend Einzelpositionen wie bspw. die Nachlässe von Franz Ehrlich, Reinhold Rossig, Carl Fieger und dem 2. Bauhausdirektor Hannes Meyer. Ein Bestand kann dabei in sich sehr vielschichtig sein, als Beispiel sei der Nachlaß Carl Fiegers benannt. Fieger war ein Dessauer Architekt, der auch mit und für Walter Gropius arbeitete. Dieser Nachlaß beinhaltet Schriftgut, darin vor allem Korrespondenzen, Fotodokumente, Gebrauchsgegenstände, Textilien, Bü-

cher, Broschüren, Zeitschriften, Möbel und Architekturzeichnungen, wobei die Vorentwürfe für das Bauhausgebäude, die Fieger im Auftrag von Gropius erarbeitete, zu den wertvollsten Archivalien zählen. Bei der Bearbeitung solcher Nachlässe ist es daher unabdingbar, daß sich der Bearbeiter intensiv mit der Persönlichkeit und dem Werk des einzelnen Künstlers im geschichtlichen Sinne beschäftigt. Bei der Bearbeitung eines jeden Teilbestandes werden andere Anforderungen gestellt, weil jeweils andere Verzeichnungsdaten eine Rolle spielen, um später den Nutzeranforderungen gerecht zu werden. Zu bemerken ist außerdem, daß eine Bestandsbearbeitung in unserem Archiv nicht rein unter archivischen Gesichtspunkten erfolgen kann, sondern auch museologische Aspekte mit einzubeziehen sind.

Diese verschiedenen Verzeichnungsangaben innerhalb der Teilbestände gilt es aber bei der Recherche thematisch in der Gesamtheit zu erfassen, was durchaus gewisse Tücken birgt. Im Sommer vergangenen Jahres war es nun möglich, ein Computerprogramm einschließlich der notwendigen Hardware zu erwerben, welche kürzlich zwischen allen Arbeitsbereichen vernetzt wurde. Mit Blick auf die benannte Problematik soll das Archivprogramm "Faust" künftig die Recherchetätigkeit erleichtern, denn die Benutzer kommen meist mit konkreten Anfragen zu einem speziellen Thema oder einem speziellen Werk eines Bauhäuslers, möchten dazu aber alle ermittelbaren Archivalien (auch bestandsübergreifend) einsehen. Durch das Archivprogramm wird es möglich sein, alle Archivalienarten in die Recherche einzubeziehen. Das Programm ist sehr flexibel, nutzerfreundlich und für uns war von großer Bedeutung, daß eine Bildabspeicherung möglich ist.

Denn oftmals ist es so, daß man allein von den Verzeichnungsangaben her nicht beurteilen kann, ob ein Objekt bspw. für ein Ausstellungsvorhaben geeignet ist oder ob sich eine originale Fotografie für die Wiedergabe in einer Publikation anbietet. Mittels der visuellen Darstellung werden Originale geschont und der Benutzer kann vom optischen Eindruck her entscheiden, ob die Originale Nutzungsrelevanz aufweisen. Speziell für dieses Archivprogramm haben wir im Erfahrungsaustausch mit dem Institut für Geschichte und Theorie der Architektur der ETH Zürich, welches

der direktor

herrn

n. bahelfer

dessau.

sohm/j- 26.5.30.

Zeugnis.

herr moose bahelferisches genant
bahelfer, geboren am 29.6.1908 zu wilna, trat am 30. oktober
1928 als studierender in das bauhaus ein.

er besuchte zunächst ein semester lang die grundlehre mit
sehr gutem erfolg und wurde am 9.4.1929 in die druckerei- und
reklame-werkstatt aufgenommen.

vom april 1929 bis oktober 1929 absolvierte er sein praktisches
semester in unserer druckerei-abteilung und trat anfang
oktober in die reklame-werkstatt ein. hier besuchte er regel-
mäßig die speziellen kurse für typografie, schrift,
figurenzeichnen und werbegrafik.

er führte entwurf und ausführung von aufträgen aus der praxis
selbständig durch. diese arbeiten erledigte er zu unserer
vollen zufriedenheit.

auf grund seines fleisses, seiner fähigkeiten und kenntnisse,
halten wir herrn n. bahelfer für sehr gut geeignet und befähigt
zu selbständiger gestaltung von werbesachen.

der direktor: *Moses v. d. Roke* der leiter der reklame-
abteilung: *Meyer*

ARCHIV DES BAUHAUS

Zeugnis - Moses Bahelfer. 26. 09. 1930.

wir im April 1992 besichtigen konnten, ein für unsere Zwecke ideales Signatursystem entwickelt. Dies war in einem Spezialarchiv wie unserem von größter Notwendigkeit. Das System erleichtert uns die Übersicht über das Bestandsprofil und die Struktur innerhalb der einzelnen Bestände und wir arbeiten schon seit dem vergangenen Jahr erfolgreich damit.

Der strukturelle Aufbau, entsprechend den vorhandenen Beständen, ist in unserem Archiv noch längst nicht abgeschlossen, was wohl auch damit zusammenhängt, daß seit der Eröffnung des Wissenschaftlich-Kulturellen Zentrums 1976 eine aktive Sammlungstätigkeit bezüglich der Bauhäusler-Nachlässe betrieben wurde, man richtete aber erst im Jahre 1989 ein Archiv ein, was auf einen Nachholebedarf an Archivarbeit von 13 Jahren schließen läßt.

Deshalb kann man an dieser Stelle auch nur Ansätze offenlegen, wie die Arbeits- und Bestandsstruktur momentan zu konstatieren ist und wie sie sich einmal präsentieren wird.

- Der zweite Arbeitsbereich innerhalb des Archives umfaßt das dienstliche Schriftgut des Bauhauses Dessau seit der Neugründung 1976, teilweise von der Rekonstruktion und von der Bauhausverwaltung, wobei einzelne Dokumente bis in das Jahr 1955 zurückreichen, als das Bauhaus noch als Berufsschule genutzt wurde. Dieses Archiv umfaßt derzeit 792 Akteneinheiten, wovon 359 Akteneinheiten als Archivgut bewertet wurden und 433 Akteneinheiten sind als befristet aufzubewahrendes Schriftgut eingestuft worden. Dieses Archiv konnte von Grund auf neu aufgebaut werden und beinhaltet typische Archivgutarten, so daß hier fachliche Grundsätze der archivischen Bearbeitung voll zum Tragen kommen.

Hierin spiegelt sich die Tätigkeit der Bereiche des Bauhauses Dessau nunmehr über Jahre hinweg wider. Vor allem Dokumente der Rekonstruktion des Bauhauses Dessau aus der Zeit um 1975/76 unterliegen für laufende Rekonstruktionsmaßnahmen am Hause und eine vom Land Sachsen-Anhalt in Auftrag gegebene Baudenkmalanalyse einer hochfrequentierten Nutzung.

- Das 3. Arbeitsgebiet innerhalb des Archives befaßt sich ausschließlich mit der fotografischen Dokumentation des Kunstgutes aus den Beständen sowie der fotografischen Dokumentation der

aktuellen Tätigkeit in den Bereichen des Bauhauses Dessau. Diese fotografischen Reproduktionen und Produktionen sind sachthematisch oder nach Nachlässen geordnet und belaufen sich auf insgesamt ca. 10.000 Stück.

Die sachthemenatischen Reproduktionen reichen von der Dokumentation des Gebäudes Bauhaus seit seinem Bau 1925, über unterschiedlichste andere Bauhausbauten bis hin zu den Arbeiten aus den Werkstätten des Bauhauses oder zur Darstellung des Lebens am Bauhaus in den zwanziger Jahren. Diese Fotodokumente werden kontinuierlich für Publikationen, Ausstellungen, wissenschaftliche Forschungen usw. in eigener Sache oder im Auftrage anderer Einrichtungen benötigt, so daß wir ständig bemüht sind, unsere Fotodokumentation zu erweitern, was aber letztendlich auch eine finanzielle Frage ist. Bei Beständen, die bereits eine abgeschlossene archivistische Bearbeitung vorweisen können, wird eine komplette Verfilmung (Sicherheitsverfilmung) angestrebt. Adäquat dazu werden für die Fotodokumentation Positiv-Abzüge angefertigt, wodurch der jeweilige Nachlaß als Reproduktion vollständig in die Bestände dieses Arbeitsgebietes eingeht. Dies ist bspw. beim Nachlaß des 2. Bauhaus-Direktors Hannes Meyer der Fall. Hierbei handelt es sich allein um ca. 500 fotografische Reproduktionen.

Das fotodokumentarische Material zur aktuellen Tätigkeit am Hause erstreckt sich über einen Zeitraum von 1975 bis 1993. Es spiegelt die Projektarbeit in den Werkstätten, die Durchführung von wissenschaftlichen Seminaren, Workshops und anderen Veranstaltungen sowie die Ausstellungstätigkeit am Hause wider.

Soviel zu den Arbeitsgebieten des Archives des Bauhaus Dessau. Nachfolgend soll nun auf unsere Erfahrungen bei der Zusammenarbeit mit kommunalen Archiven verwiesen werden.

Um die wertvollen Kunstgüter unseres Archives der Öffentlichkeit zu offerieren und um den Besucher mit der Rezeptionsgeschichte unseres Hauses sowie mit dem Lebenswerk verschiedener Bauhäusler vertraut zu machen, ist es notwendig, eine intensive Museumspädagogik zu betreiben. Da man jedoch in einer Ausstellung oder in einer Publikation oder in einem wissenschaftlichen Forschungsprojekt komplexes und fundiertes Wissen präsentieren muß, ist es unerlässlich, ausgiebige Recherchen auch in anderen Archiven durchzuführen. Da die meisten Bauhäusler durch den Krieg zur Emigration gezwungen waren, ist die Quellenlage recht differenziert.

Oftmals sind es gerade kommunale Archive, die in der Lage sind, unsere Arbeit aktiv zu unterstützen. Die Zusammenarbeit mit dem Stadtarchiv Magdeburg ist an dieser Stelle mit einem konkreten Beispiel zu erläutern.

Ca. im Jahre 1988 besuchte Frau Dr. Iris Reuter, Kunsthistorikerin im Auftrag der HAB Weimar in Union mit der damaligen Bauakademie der DDR, mit einer Gruppe Studenten das Stadtarchiv Magdeburg, um Forschungen zur regionalen Stadtplanungsgeschichte durchzuführen. Dabei stieß sie auf Fotos von Alexander (Xanti) Schawinsky. Schawinsky studierte von 1924 bis 1929 erst am Bauhaus Weimar, dann am Dessauer Bauhaus vorwiegend in der Bühnenwerkstatt und beschäftigte sich weiterhin mit experimenteller Fotografie, mit abstrakter Malerei (war Schüler von Kandinsky, Klee sowie Moholy-Nagy) und wirkte in der Bauhauskapelle mit. 1929 ging er dann als Leiter der Grafikabteilung des Hochbauamtes nach Magdeburg, wo er bis 1931 blieb. Er übernahm vielfältige Aufgaben bei der Gestaltung von Ausstellungen und Prospekten, die Bildredaktion der Theaterzeitschrift "Das Stichwort" und entwarf Plakate und Programmzettel. In dieser Zeit entstand der Negativbestand, welcher heute im Stadtarchiv verwahrt wird. Die Existenz dieser Glasplatten mit der damals noch vermutlichen Autorenschaft Schawinskys war bis zu diesem Zeitpunkt in Fachkreisen unbekannt gewesen. Frau Dr. Reuter interessierten jedoch diese Fotos und sie informierte den Fotografen Frank-Heinrich Müller von ihrer Entdeckung. Dieser stellte die eindeutige Autorschaft Schawinskys fest und unterzog den Bestand bereits im Auftrag des Bauhauses Dessau einer professionellen fachlichen Bearbeitung, indem er die über 60 Jahre alten Glasplatten säuberte, den Bestand verfilmte, Arbeitskopien anfertigte sowie Positivabzüge und Negative für das Stadtarchiv Magdeburg und für das Bauhaus anfertigte. Mittlerweile wurde der Bestand durch das Stadtarchiv auch in spezielle "Silversafe"-Papiertaschen verpackt, welche ausdrücklich für die Aufbewahrung von originalem Foto-



historische für gestaltung bauhaus dessau

zahlungs- und lieferungsbedingungen

1. **preis** ab bauhaus dessau bare. ab fabriek ohne verpackung
2. **zahlung** soweit nichts anderes vereinbart wird, ein drittel anzahlung bei bestellung, ein drittel vor abschluß der wark, restbetrag 14 tage nach empfang der wark. aufträge im wert unter rmk. 20,- werden gegen nachnahme versandt.
3. **versand** auf kosten und gefahr des empfangers. verpackungsmaterial wird separat aufzählungsumme. bei fehl anlieferung; mit 2,- tagen nach nur auf besonderen wunsch des bestellers. versand
4. **versicherung** für alle streitigkeiten ist dessau.
5. **gerichtsstand** werden nur dann berücksichtigt, wenn sie innerhalb 8 tagen nach empfang der wark schriftlich vorgebracht werden.
7. **eigenumsverbehalt** bis zur endgültigen bezahlung bleibt die wark unser eigentum. sie kann bei zahlungsverzug zurückgefordert werden.

Zahlungs- und Lieferungsbedingungen des Bauhauses Dessau.

material geeignet sind. Herr Müller nahm Kontakt mit dem Leiter unseres Archivs, Herrn Lutz Schöbe, auf und regte an, dieses Fotomaterial zu publizieren. Am Bauhaus Dessau wurde hierzu ein Projekt zur Erforschung der Leistungen des Bauhäuslers Xanti Schawinsky mit eigenen Forschungsmitteln entwickelt. Hinzu kam Herr Andreas Kruse, ein Kunsthistoriker aus Berlin, und man plante, das Material für eine Ausstellung und einen analog dazu erscheinenden Katalog zu verwenden. Nach langen Recherchen, wobei jede einzelne Glasplatte genau identifiziert werden mußte, und der Überwindung verschiedener Hürden, an denen das Projekt zu bersten schien, war es am 30. Juli 1993 soweit und im Bauhaus Dessau konnte die "Xanti Schawinsky"-Ausstellung eröffnet werden. Dessau sollte aber nur Ausgangspunkt sein, die Ausstellung war bereits in der Magdeburger "Galerie Himmelreich" im Rahmen von Folgeveranstaltungen des Internationalen Architektur-Forums vorgestellt worden und war weiterhin in der Fotogalerie Berlin-Friedrichshain, im Josef-Albers-Museum in Bottrop zu sehen und wird im Kulturhistorischen Museum in Magdeburg (Anfang Juli - Ende Oktober 94) nochmals vorgestellt werden. Während der ganzen Zeit der Vorbereitung dieses Unternehmens, wobei man ja immer auf eine beiderseitige Entgegenkommen angewiesen ist, wurden die beteiligten Personen hilfreich durch Frau Buchholz vom Stadtarchiv Magdeburg unterstützt. Sie trug zum Gelingen des Projektes bei, indem sie eine unkomplizierte Arbeitsatmosphäre für die am Bestand Schawinskys arbeitenden Wissenschaftler schuf. Dies war ja letztendlich nicht nur eine Benutzung dieses Bestandes, sondern auch eine archivistische Bearbeitung, die für die Mitarbeiter des Stadtarchivs Magdeburg allein viel Zeit in Anspruch genommen hätte. Für die Unterstützung durch das Stadtarchiv möchte ich an dieser Stelle im Namen der Projektleitung nochmals herzlichen Dank sagen.

Aber das Stadtarchiv Magdeburg ist nicht das einzige Beispiel für eine gute Zusammenarbeit, welche letztendlich für beide Seiten von Nutzen ist.

Auch das Stadtarchiv Dessau ist für das Bauhaus Dessau fast ein ständiger Partner, wenn es um hausinterne Projekte, Ausstellungsvorbereitungen etc. geht.

Durch den Umstand, daß ein Teil der schriftlichen Dokumente sowie Fotodokumente, welche aus der frühen Zeit des Bestehens des Dessauer Bauhauses stammen, erhalten blieben und in das Stadtarchiv Dessau gelangten, ist dieses Archiv für uns eine der wichtigsten Quellen. Hier werden Archivalien verwahrt, wie z. B. das Einschreibebuch der Studierenden des Bauhauses Dessau oder Planungsunterlagen des ehemaligen Arbeitsamtes in Dessau, welches 1928 nach Plänen des Baubüros Gropius erbaut wurde. Dazu gehört weiterhin Archivgut mit der Autorenschaft einzelner Bauhäusler, wie bspw. Fotos zum Gebäude des Bauhauses Dessau von Lucia Moholy oder eine Gesamtanalyse der Stadt Dessau aus dem Jahre 1932 des Bauhäuslers Hubert Hoffmann. Dieses Archivgut wird ergänzt durch die Gemeinderatsprotokolle der Stadt Dessau, worin sich das politische Umfeld des Bauhauses darstellt. Die Einbeziehung des Stadtarchivs Dessau bei Ausstellungen u. a. Publikationen besteht bereits seit 1976. Als jüngstes Beispiel sei die Ausstellung "Dimensionen" des Bauhauses Dessau genannt, welche vom 27. März bis 18. Juli 1993 zu sehen war. Dabei durften wir erstmalig mit Zustimmung des Stadtarchivs aus dessen Beständen einen Bebauungsplan für das Gelände zwischen Friedrichsallee, Georgium und Eisenbahn, also dem unmittelbaren Bauhausumfeld, aus dem Jahre 1925 veröffentlichen und für ein Titelbild bei der Katalog-, Plakat- und Einladungskartengestaltung verwenden. Im Rahmen der Ausstellung kamen durch Ausleihe verschiedene Dokumente aus dem Stadtarchiv zur öffentlichen Präsentation wie bspw. auszugsweise die bereits erwähnte Analyse der Stadt von Hubert Hoffmann.

Das nächste Vorhaben des Bauhauses Dessau unter wesentlicher Mitwirkung von Kommunalarchiven wird eine Druckschrift sowie eine kleine Ausstellung zum 90. Geburtstag des Bauhäuslers Hubert Hoffmann sein mit dem Arbeitstitel: "Hubert Hoffmann und die Wiederbelebung des Bauhauses Dessau".

Hierbei geht es, wie der Titel schon verrät, um das Thema, warum ein Neuentstehen des Bauhauses trotz immenser derartiger Bemühungen in den Jahren 1945 - 49 in Dessau nicht möglich war. Bei den Vorbereitungen zu diesem Projekt wurden 6 Kommunalarchive (Stadtarchiv Dessau, Stadtarchiv Magdeburg, Verwaltungsarchiv der Stadt Dessau, Kreisarchiv Belgig, Stadtarchiv

Quedlinburg und das Stadtarchiv Halle) und 2 Archive wissenschaftlicher Einrichtungen (Archiv der HS für Kunst und Design, Burg Giebichenstein/das Bauhaus-Archiv Berlin) mit einbezogen. Als ein Teilproblem ergab sich dabei für uns die Tatsache, daß viele Archive unter Personalmangel leiden oder für längere Zeit (bspw. während der Urlaubszeit) gänzlich unbesetzt sind. Hier sind die Einrichtungen, welche Archive unterhalten, aufgefordert, eine ständige und qualifizierte Arbeitsfähigkeit zu gewährleisten. Das Projekt "Hubert Hoffmann" soll sozusagen den Auftakt bilden, zu einer Forschungsreihe zum Thema Bauhaus-Rezeption in der DDR. Das Bauhaus versucht derzeit, renommierte Historiker zur Mitarbeit an dieser Forschungsreihe zu gewinnen, wie z. B. Prof. Paul Gleze, ein amerikanischer Architektur- und Kunsthistoriker, welcher ab 1. 11. 1993 unserem Bereich Sammlung am Bauhaus Dessau als beratender Experte zur Seite steht, oder Persönlichkeiten aus der deutschen Fachszene, wie Dr. Karl-Heinz Hüter und Prof. Eckehard Neumann. Diesbezüglich gibt es in Übereinstimmung mit dem Bauhaus-Archiv Berlin bereits erste Überlegungen, Magdeburg als unerforschtes Zentrum für neues Bauen und neues Gestalten im Rahmen eines Forschungsprojektes unter dem Aspekt Bauhaus-Rezeption zu ergründen. Auf Magdeburg stieß man in dieser Hinsicht wiederum durch die Forschungen zu Schawinsky. In diesem Rahmen wird sich künftig die Arbeit mit dem Stadtarchiv Magdeburg fortsetzen, da dort Archivgut zu Architekten, wie Bruno Taut, Heinrich Tessenow oder Gustav Lüdike lagert, was zu diesem Thema bislang unbekannte Erkenntnisse hervorbringen dürfte.

Als Resümee der bisherigen Zusammenarbeit mit kommunalen Archiven können wir für unsere Einrichtung feststellen, daß eine Zusammenarbeit in jedem Falle letztendlich von beiderseitigem Nutzen war. In den Archiven lagern oftmals ungeahnte Wissensreichtümer und selbst wenn die Archive deren Qualität und Attraktivität zu schätzen wissen, was ich damit keinesfalls bezweifeln möchte, so sind es oftmals andere Gründe (bspw. Personalmangel oder fehlende finanzielle Mittel), weshalb die Publizierung dieses Archivgutes in größerem Rahmen nur einigen Archiven vorbehalten bleibt. Ich denke, derzeit sind die kommunalen Archive immer noch über alle Maßen damit beschäftigt, je nach Zuständigkeit und oft darüber hinaus dienstliches Schriftgut bzw. Archivgut von liquidierten Betrieben, Organisationen oder anderen Einrichtungen vor der Vernichtung zu bewahren und darüber hinaus das vorhandene Archivgut bspw. für juristische Zwecke jeglicher Art zur Verfügung zu stellen, daß man an öffentlichkeitsbildende Aufgaben eines Archives nur begrenzt denken kann.

Zudem habe ich den Eindruck, daß durch den bereits erwähnten Personalmangel die Archivmitarbeiter oft überfordert sind, einzelne Bestände einer so wissenschaftlichen Bearbeitung, wie es bspw. beim Schawinsky-Bestand geschehen ist, zu unterziehen. Trotzdem möchte ich diese Problematik in den Raum stellen, um eventuelle Möglichkeiten in Betracht zu ziehen, um mit anderen Einrichtungen entsprechende Kontakte aufzubauen und um Mittel und Wege zu ergründen, die Publizität der Archivschätze zu erhöhen.

*

Der Beitrag "Das Archiv des Bauhauses Dessau und seine Erfahrungen in der Zusammenarbeit mit Kommunal- und anderen Archiven" umfaßt im wesentlichen 3 Schwerpunkte:

- zum Ersten einen kurzen Abriss der Bauhausgeschichte, wobei der Stellenwert des Bauhauses in der Region und das künstlerische und pädagogische Anliegen der ehemaligen Kunsthochschule sowie auch denkmalpflegerische Aspekte des noch heute genutzten Gebäudes beleuchtet werden sollten,
- zum Zweiten das Profil und die Struktur des heutigen Archives, um an konkreten Fakten sozusagen die "Archivarbeit in einem Museum" zu erläutern,
- und zum Dritten den Erfahrungswert in der Zusammenarbeit mit anderen Archiven nachvollziehbar und an realen Beispielen darzustellen, um eventuell Ansatzpunkte für gemeinsame Publikationsformen von Archiven und Museen zu finden.

*

The work "The Archive of Dessau's Bauhaus and its Experiences in Cooperation with Local Archives, among Others" has three basic components:

- first, a short outline of Bauhaus history, with the goal of illuminating the significance of the Bauhaus in the region and the artistic and educational goals of the former art academy as well as the curatorial aspects of the building, which is still in use today,
- second, the profile and structure of the current archive, to illustrate concrete realities of "archival work in a museum."

- third, to portray the pragmatical value of cooperations with other archives in terms of actual, reproducible examples, in order to find possible points of departure for common publication forms for archives and museums.

*

L'article "Les archives du Bauhaus de Dessau et l'expérience de leur coopération avec les archives municipales et autres" met en avant trois aspects principaux :

- Il commence par un aperçu historique du Bauhaus, évoquant notamment l'importance du Bauhaus sur le plan régional, les préoccupations artistiques et pédagogiques de cette ancienne école des beaux-arts, mais aussi les problèmes de conservation du bâtiment utilisé encore aujourd'hui.

- Il décrit ensuite le profil et les structures des archives actuelles pour expliquer à l'aide de faits concrets "les activités archivistiques menées dans un musée".

- Finalement, il aborde, en citant des exemples réels, les expériences découlant de la coopération avec d'autres archives pour suggérer quelques pistes de réflexion sur des formes de publication communes aux archives et aux musées.

*

El artículo titulado "El archivo del Bauhaus, Dessau, y sus experiencias en la cooperación con archivos comunales y de otro origen", cubre fundamentalmente tres puntos principales:

- Primero, un breve esbozo de la historia del Bauhaus, en el que se destaca la relevancia del Bauhaus en la región y la misión artística y pedagógica de la antigua escuela superior de bellas artes, así como los aspectos conservacionistas del edificio, que es aprovechado hasta el día de hoy.

- Segundo, el perfil y la estructura del archivo actual, lo que permite explicar a base de datos concretos lo que podría denominarse "trabajo archivístico en un museo".

- Tercero, presentar en forma asequible y con ejemplos reales las experiencias obtenidas a partir de la cooperación con otros archivos, a fin de hallar eventualmente puntos de partida para formas de publicación conjunta entre archivos y museos.

*

В статье „Архив Баухаус в Дессау и его опыт сотрудничества с коммунальными и прочими архивами“ упор делается на три основных момента:

– во-первых, она содержит небольшой экскурс в историю Баухаус с анализом его роли в регионе и в решении художественных и педагогических задач бывшего Высшего художественного училища, а также некоторых аспектов сохранения используемого еще и сегодня исторического здания как памятника истории и архитектуры,

– во-вторых, показаны профиль и структура современного архива, позволяющие на конкретных фактах раскрыть сущность „архивной работы в музее“,

– и в третьих, наглядный показ значения опыта сотрудничества с другими архивами на реальных примерах с целью выявления возможных подходов для совместных публикаций архивов и музеев.

*

*

*

Das "Archiv des Deutschen Liberalismus" in Gummersbach

Jürgen Frölich

Um es vorwegzuschicken: Mit dem Namen "Archiv des Deutschen Liberalismus" (ADL) assoziiert der eine oder andere möglicherweise einen Anspruch, den unser Archiv - bislang jedenfalls - nur für einen Teil der fast zweihundertjährigen Geschichte des Liberalismus in Deutschland einlösen kann. Schon aufgrund seiner Entstehungsgeschichte stellt das ADL eine Art Zentralarchiv für den gesamten deutschen Liberalismus nur im Hinblick auf dessen jüngste Geschichte nach 1945 dar. Zwar befinden sich in Gummersbach auch Akten und Materialien aus der Zeit davor und wird dort solches Material auch gesammelt, aber ein geschlossener Bestand zu liberalen Persönlichkeiten oder Organisationen aus dem 19. oder frühen 20. Jahrhundert existiert von einer Ausnahme abgesehen - dem nationalliberalen Reichstagsabgeordneten Friedrich Böttcher - nicht. Auch vom Namensgeber der Friedrich-Naumann-Stiftung ist nur ein persönlicher Teilnachlaß archiviert.

Sehr umfassend ist dagegen im ADL die Entwicklung des deutschen Liberalismus nach dem Zweiten Weltkrieg dokumentiert, was im übrigen, dies sei an dieser Stelle ausdrücklich vermerkt, für alle Teile des wiedervereinigten Deutschland gilt. Das Gros der Bestände bilden die Akten der Freien Demokratischen Partei (FDP bzw. seit 1969 F.D.P.). 1968 übernahm die Friedrich-Naumann-Stiftung das seit 1949 bestehende Parteiarchiv der FDP, das seitdem eine Abteilung der Friedrich-Naumann-Stiftung bildet. Gleichzeitig wurde zwischen der Bundespartei und der Stiftung verabredet, daß die nicht mehr benötigten Parteiakten zukünftig an das ADL abgegeben werden sollten. Die meisten Landesverbände der FDP folgten diesem Beispiel, so daß sich heute im ADL eine weitgehend geschlossene Überlieferung der Akten der Bundesgeschäftsstelle und der Parteiorgane auf Bundesebene seit der Gründung der Bundespartei im Dezember 1948 sowie von 9 der 11 ursprünglichen FDP-Landesverbände befindet, deren Gründung zumeist 1945/46 erfolgt und damit der Bundespartei vorausgegangen war. Nach dieser Übernahme residierte das "Politische Archiv der Friedrich-Naumann-Stiftung" zunächst weiterhin im Keller des Thomas-Dehler-Hauses in Bonn, wo neben der Bundesgeschäftsstelle der FDP auch die Zentrale der Stiftung untergebracht war. Im Zuge der räumlichen Trennung zwischen Partei und Stiftung konnte das nunmehr in "Archiv des Deutschen Liberalismus" umbenannte Archiv 1983 neue Räumlichkeiten in Gummersbach beziehen, die sowohl der Unterbringung der Bestände als auch den Benutzern aus Wissenschaft und Politik wesentlich günstigere Bedingungen boten als zuvor in Bonn. Die Wahl war auf Gummersbach gefallen, weil dort die Friedrich-Naumann-Stiftung seit 1967 eine Bildungsstätte, die "Theodor-Heuss-Akademie", besaß und dadurch auch Möglichkeiten für einen längeren Archivaufenthalt gegeben waren. Mit Hilfe der Stiftung Volkswagen-Werk wurde ein Archivanbau auf Grundlage der modernsten Standards errichtet, der zum 100. Geburtstag von Theodor Heuss im Januar 1984 eingeweiht wurde und in dem - nach der damaligen Planung - Kapazitäten für die nächsten 20 Jahre vorhanden waren. Neue Kapazitäten waren auch dringend nötig, da das ADL längst den Charakter eines reinen Parteiarchivs gesprengt hatte und seine Bestände sich keineswegs mehr nur auf die Akten der verschiedenen Organe und Untergliederungen der FDP beschränkten. Hinzugekommen waren auch die Akten von sogenannten liberalen "Vorfeldorganisationen" wie dem "Liberalen Studentenbund" (LSD) oder den "Deutschen Jungdemokraten" sowie Nachlässe liberaler Parteivorsitzender, Minister und Parlamentarier. Vor allem über die letzteren kamen dann auch Materialien über liberale Organisationen von vor 1933 in das ADL, so sind z.B. im Nachlass von Thomas Dehler, FDP-Vorsitzender von 1954 bis 1957, Unterlagen über die bayrische DDP oder bei Carl-Hubert Schwennicke, Vorsitzender des FDP-Landesverbandes Berlin 1948 bis 1956, solche der Berliner DVP vorhanden. Längst erstreckte sich auch die Sammlung nicht mehr allein auf Akten und Autographen, vielmehr wurde systematisch alles Material, das in irgendeiner Verbindung mit den verschiedenen liberalen Organisationen in

Das Berliner Hauptarchiv und der "Rothkrug-Prozeß"

Ein Beitrag zur Geschichte des Geheimen Staatsarchivs in der Nachkriegszeit

Marlene Meyer-Gebel

Bei Ordnungs- und Verzeichnungsarbeiten im Geheimen Staatsarchiv in Berlin-Dahlem fanden sich mehrere Aktenpakete mit der Aufschrift "Rothkrug-Prozeß", deren Inhalt in keinem erkennbaren Zusammenhang stand, sondern vielmehr elf verschiedene Provenienzen aufwies. Während drei an Michael Rothkrug, wohnhaft in Berlin-Dahlem, Thielallee, gerichtete Schreiben nicht weiterführten, konnte anhand der Dienstregistratur des Geheimen Staatsarchivs in Vorgängen, die den Verkehr mit den Besatzungsmächten in den Jahren 1948 bis 1955 betreffen, Aufschluß über das Schicksal der Akten und über die Person Rothkrugs gewonnen werden. (1) Ergänzend herangezogen wurden Unterlagen des State Department aus dem Nationalarchiv in Washington (2), die bestätigten, daß der "Rothkrug-Prozeß" in den Kontext der Rückgewinnung von deutschem Schriftgut aus westalliierten Hand gehört, weshalb die folgenden Ausführungen zugleich als Beitrag zur Geschichte des Geheimen Staatsarchivs in der Nachkriegszeit verstanden werden sollen.

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges erhielt das Geheime Staatsarchiv, das als "Hauptarchiv für Behördenakten" dem Senator für Volksbildung unterstellt war, vom Berliner Magistrat den Auftrag, sämtliches Aktenmaterial der ehemaligen Reichs- und Staatsbehörden, der ehemaligen Parteiinstanzen und anderer öffentlich-rechtlicher Körperschaften innerhalb Groß-Berlins zu ermitteln und sicherzustellen. (3) Unter teilweise abenteuerlichen Bedingungen sichteteten die Angestellten des Hauptarchivs Schriftgut unterschiedlichster Provenienz, das sie oft mit Hilfe von Fahrzeugen des Magistrats nach Dahlem abtransportieren konnten. (4) In der allgemein chaotischen Situation war es durchaus an der Tagesordnung, daß Unbefugte sich staatliches Schriftgut aneigneten und es bestenfalls, wenn sie nichts damit anzufangen wußten, dem Hauptarchiv zum Kauf anboten. Daher wurde es als nichts Außergewöhnliches empfunden, als dort am 23. Juli 1952 ein Anruf der Firma Wiedemann Textilien, Charlottenburg, einging, in dem die Überlassung von Aktenmaterial in Aussicht gestellt wurde.

Hans Bellée, seit 1947 kommissarischer Leiter des Hauptarchivs, konnte einige Tage später vor Ort in wenigen Minuten feststellen, daß es sich um staatliches Eigentum handelte. Sein Gegenüber, ein Herr Rothkrug, gab nur ausweichende Antworten auf die Frage nach der Herkunft der Unterlagen, die er offenbar möglichst schnell abstoßen wollte. Da Rothkrug kein Kapital daraus schlagen wollte und sofort einer freiwilligen Abgabe zustimmte, für die er zudem noch einen Firmenwagen bereitstellte, verzichtete Bellée auf weitere Nachforschungen und richtete sein gesamtes Augenmerk auf die Gewißheit der Übernahme. (5)

Mit einigen Tagen Verzögerung trafen am 1. August 1952 20 Aktenpakete im Hauptarchiv ein, wo sie einen Aktenwagen mäßig füllten. (6) Drei Wochen später, noch bevor die Unterlagen genauer verzeichnet und magaziniert werden konnten, wurden diese jedoch von der amerikanischen Staatsanwaltschaft beschlagnahmt und wieder abtransportiert. Bellée aber, in dessen Dienstzimmer sich die Akten noch befunden hatten, wurde als Zeuge in einem gegen den obengenannten Rothkrug angestrebten Prozeß vorgeladen.

Michael R. Rothkrug, 1901 in Westpolen geboren, war amerikanischer Staatsbürger und stammte aus Westport/Connecticut. (7) Von 1946 bis 1952 war er als Zivilangestellter im amerikanischen Armeeministerium in Berlin beschäftigt, wo er die Aufsicht über das Dokumentenarchiv der Berliner Intelligence-Einheit innehatte. (8) Nach seiner Kündigung im April 1952 nahm er am 1. Juni 1952 eine Arbeit in der Textilfirma Wiedemann, Berlin-Charlottenburg, auf. Sechs Wochen später wurde Rothkrug wegen unbefugten Besizes geheimer Dokumente der amerikanischen Regierung in fünf Fällen, die von "Restricted to Top Secret" eingestuft waren, festgenommen und in der Berlin Military Post Stockade inhaftiert. Angehörige der amerikanischen Besatzungsarmee,

darunter Brigadegeneral M. W. Daniel, Commanding General of Berlin Military Post, befürworteten, Rothkrug vor ein Militärgericht zu stellen, "because of the relationship of the offense to its intelligence operations, the fact that classified material was involved, and the possibility that Rothkrug may have had Communist connections." Dies widersprach jedoch der Politik General Clays "that civilians subject to military law of the United States would be tried by HICOG courts." (9) Am 28. Oktober 1952 wurde die Klage gegen Rothkrug beim US Court of the Allied High Commission for Germany (HICOG) area II in Berlin-Lichterfelde eingereicht, nachdem Rothkrug und seine Geschwister von den USA aus mit ihrem Bemühen gescheitert waren, den Prozeß nach Amerika zu verlegen. (10) Nach mehrfacher Vertagung des Prozeßbeginns kam es am 8. Januar 1953 zur Hauptverhandlung, bei der Bellée im Gericht befindliche Aktenpakete als diejenigen identifizieren konnte, die kurzzeitig in seinem Dienstzimmer im Hauptarchiv gestanden hatten. Seine Aussagen wurden vom Inhaber der Firma Wiedemann und dessen Buchhalter Moebius bestätigt, die weiter ausführten, daß Rothkrug Anfang Juni 1952 die an Bellée übergebenen Kisten in die Firma gebracht und dem Pförtner aufgetragen habe, noch weitere Papiere zu verbrennen. Auch der Nachfolger Rothkrugs als Leiter des Dokumentenarchivs erkannte eine Reihe von Kartons wieder, die sein Vorgänger Ende Juni aus der amerikanischen Dienststelle hatte abtransportieren lassen. Die von ihm als sein Eigentum bezeichneten Kartons enthielten sieben "Geheime Kommandosachen", 76 Geheimsachen und 42 als "vertraulich zu behandelnde Dokumente". (11) Im August 1953 wurde Rothkrug, der seit Februar desselben Jahres durch den amerikanischen Staranwalt Earl Carroll vertreten wurde, für schuldig befunden und zu 17 Monaten Gefängnis und einer Geldstrafe von 50 Dollar verurteilt. Falls er binnen 30 Tagen in die USA zurückkehrte, sollte ihm die Gefängnisstrafe erlassen werden. Rothkrug ging zunächst in die Berufung, da er den amerikanischen Richter Dewitt White für befangen hielt. (12) Am 15. Juni 1955 jedoch teilte er Bellée von den USA aus mit, daß der Prozeß gegen ihn eingestellt worden sei. (13)

Die Archivare im Berliner Hauptarchiv aber bemühten sich seit Beendigung des Prozesses um die Rückgewinnung der einst von Rothkrug abgelieferten deutschen Akten, die vor Gericht als zusätzliches Beweismaterial gedient hatten, für die US-Behörden jedoch nur Nebensache waren. Alarmierend wirkte eine Zeitungsnachricht darüber, daß der Gerichtsvorsitzende in der Urteilsbegründung die Absicht geäußert habe: "die dem Gericht als corpora delicti vorliegenden Akten zu verbrennen, falls sie nicht von einer zuständigen amerikanischen Dienststelle angefordert werden." (14) Bellée befürchtete daher gegenüber dem Senator für Volksbildung am 7. 8. 1953, daß die konsequente Durchführung der amerikanischen Anordnung wertvolles Schriftgut auch deutscher Provenienz der Gefahr der völligen Vernichtung aussetze, was angesichts der ungeheuren Verluste an deutschem Kulturgut infolge Kriegseinwirkung und Beschlagnahmen acht Jahre nach Kriegsende und "bei den derzeit sich anbahnenden freundschaftlichen Beziehungen nicht mehr zu verstehen" sei. (15) Nachdem am 15. 12. 1953 ein Aktenrücktransport stattgefunden hatte, stellte man im Berliner Hauptarchiv schnell fest, daß wichtige Teile der Abgabe Rothkrugs von 1952 fehlten. Wiederholte Versuche, auch diese mit Hilfe des Senators für Volksbildung von den Amerikanern zurückzuerhalten, blieben erfolglos. Eine 1954 erstellte Liste stimmt weitgehend mit dem heutigen Befund überein:

1. Auswärtiges Amt - Geographischer Dienst (1939-1944 - ca. 1 Stehordner)
2. Baubüro Belgrad des Generalbevollmächtigten für die Wirtschaft in Serbien (1942-1944 - 1 Stehordner)
3. Zellulosefabrik Niedomice - Dr. Kumpfmüller ((1930) 1939-1941 - 12 Hefordner)
4. Steuerakte der Baustoff-Großhandlung Conrad Hildebrand Frankfurt/M. (1937-1945 - 1 Hefordner)
5. Fritz Copei - "Hunke-Papers" (1933-1940/1945-1946 - 1 Hefordner)
6. Korrespondenz Ernst Toller: I-J (1925-1930 - 1 Stehordner)
7. Organisation Escherich (1919-1921 - 10 Hefordner)
8. Zeitausschnitte zur Welfenfrage in Hannover (1919-1924)
9. Verschiedene NSDAP-Akten bzw. Akten aus dem NSDAP-

Hauptarchiv (6 Hefordner)

10. Dr. Kirchhoff (1945-1952 - 1 Hefordner)

11. Patent- und Bausachen der Firma Telefunken (1916-1945 - 15 Hefordner)

12. 3 Schreiben an Rothkrug (1949-1950 (1951))

Die letzte Gruppe, auf die später noch einzugehen ist, wurde von mir hinzugefügt. Die unter Nr. 8 aufgeführten Zeitungsausschnitte zur Welfenfrage in Hannover konnten nicht ermittelt werden.

Dagegen umfaßte die im August 1952 erfolgte Abgabe Rothkrugs an das Hauptarchiv noch folgende Gruppen:

1. Akademie für Deutsches Recht (12 Aktenpakete)

2. Mitgliederverzeichnis der Akademie für Deutsches Recht (1 Buch)

3. Rotes Kreuz Kroatien (2 Aktenhefte)

4. Rote Hilfe (1 Stehordner)

5. Siedlungswesen "NKB" (1 Heft)

6. Nachweiser für Berlin (bearb. vom Büro des Reichsjustizministeriums) (1 Buch)

7. Deutschland und Amerika - Steuben-Gedenkbuch (1 Buch)

8. Aus dem Hauptarchiv der NSDAP (1 Buch)

9. Professor Brüning, Braunschweig 1931 ff. (1 Heft)

10. Arbeitsbücher und Pässe für Niederländer (unausgefüllt)

Davon erhalten blieben lediglich 5 Blatt, die das Rote Kreuz betreffen.

Während also wichtige Teile der von Rothkrug dem Hauptarchiv überlassenen Akten bis heute fehlen, ist bemerkenswert, daß die vorhandenen sieben Aktenpakete auch Unterlagen enthalten, die bei der kurzen Bestandsaufnahme vor der Beschlagnahme durch die amerikanische Staatsanwaltschaft nicht eigens vermerkt worden waren. Gemeint sind die Dr. Kirchhoff betreffenden Unterlagen und die Patent- und Bausachen der Firma Telefunken. Offenbar handelte es sich hierbei ebenso um Diebesgut, das als Beweismaterial im Prozeßverfahren diente und dann von den Gerichtsbehörden genau wie die an Rothkrug adressierten Schreiben irrtümlich dem Hauptarchiv zugeschlagen wurde.

Aus den vorliegenden Materialien geht weder hervor, wie Rothkrug sich die Dokumente beschaffte, noch in welcher Weise er sie verwenden wollte. Bellée meinte am 23. Januar 1953 gegenüber dem neugegründeten Bundesarchiv: "Die Akten stellen ein buntes Durcheinander dar, das für Rothkrug offenbar un verwendbar war und daher abgegeben wurde... Die Proben lassen gleichzeitig den Rückschluß auf die in die Hände der Amerikaner gelangten Aktengruppen zu." (16) Es wurde schon erwähnt, daß sich Angehörige der alliierten Truppen z. T. Schriftgut deutscher staatlicher Provenienz aneigneten, um es entweder zu veräußern oder aber nur als Souvenir mitzunehmen. Auf diese Art ist wohl auch der in der Library of Congress in Washington befindliche Bestand "Miscellaneous Items from Gouvernement of the Third Reich" entstanden, der u. a. "Documents from the Finanzamt Düsseldorf-Süd 1944" umfaßt. (17) Auch die Abgabe Rothkrugs weist eine Akte des Finanzamtes Frankfurt-West auf, die zunächst nicht so recht in das übrige Bild der von ihm beschafften Materialien paßt. Dennoch soll im folgenden versucht werden, nachzuvollziehen, wie und wo sich Rothkrug in den Besitz des vorliegenden Schriftgutes brachte.

Es liegt nahe, daß Rothkrug als Leiter des Dokumentenarchivs der Berliner Intelligence-Einheit Zugang zu den Depots der sog. "Beuteakten" der Amerikaner bzw. Alliierten hatte. Die USA und Großbritannien hatten sich bereits im März 1943 über die Behandlung und Auswertung zu beschlagnahmender deutscher Akten verständigt, indem sie die Military Intelligence Records Section (MIRS) bildeten. Die Beschlagnahmeaktionen, so Henke, dienten "in erster Linie der durch Dokumente abgestützten Beweisführung bei der Aburteilung der NS-Kriegsverbrechen, nicht der willkürlichen Erbeutung von nationalem Kulturerbe eines besiegten Volkes". (18) Aus den ersten Nachkriegsjahren liegen Zeugnisse darüber vor, daß die an verschiedenen Collecting Points mehr oder weniger geordnet angehäuften Aktenberge im Auftrag des Internationalen Militärtribunals (IMT) und auch für die Nachfolgeprozesse der Nürnberger Verfahren auf "irgendwie belastende Stücke" durchgestöbert wurden, wobei das Schicksal der nicht für diesen Zweck brauchbaren Dokumente offenblieb. In einer solchen Situation konnte es leicht zu Veruntreuungen kommen. (19)

Neben der zentralen Sammelstelle für Schriftgut der NSDAP in

Berlin-Zehlendorf gab es in Berlin noch weitere Document Centers (20), so z. B. auf dem Gelände der Firma Telefunken in Berlin-Lichterfelde, Goerzallee. Dort wurden hauptsächlich Akten der Ministerialbehörden und vor allem des Auswärtigen Amtes aufbewahrt. (21) Zu Beginn der Berliner Blockade wurde das parteiamtliche Schriftgut mit Ausnahme der für Denazifizierungszwecke nötigen Personalakten nach Washington verbracht. Dazu zählten auch Teile des in München sichergestellten NSDAP-Hauptarchivs. Die beschlagnahmten Akten des Auswärtigen Amtes und der deutschen Auslandsvertretungen, der Reichskanzlei, des Generalgouvernements Frank sowie Aktensplitter weiterer Provenienzen, etwa auch Unterlagen über deutsche Erfindungen, wurden nach Whaddon Hall in England verlagert, wo sie zusammen vom britischen Foreign Office und dem US-State Department verwaltet wurden. Es ist hier nicht der Ort, die Geschichte der Verbringung deutscher Akten ins Ausland erneut aufzurollen, nachdem deren Rückführung heute weitgehend abgeschlossen ist. (22) Was hier betont werden soll, ist die Übereinstimmung der Provenienzen der Aktensplitter, die sich Rothkrug angeeignet hatte, und der oben aufgezählten, während der Berliner Blockade ins Ausland verbrachten Schriftgutkomplexe. Daraus folgt, daß Rothkrug das Material zwischen 1946 und 1948/49 in seinen Besitz gebracht haben muß.

1983 zählt Boberach unter den in der Library of Congress in Washington befindlichen Akten deutscher Provenienz neben Teilen des NSDAP-Hauptarchivs die Akademie für Deutsches Recht - Korrespondenz Minister Frank und die Polizeidirektion München mit vier Bänden über Ernst Toller und andere Führer der Räterepublik auf. (23) Rothkrugs Abgabe an das Berliner Hauptarchiv umfaßte neben den heute nicht mehr vorhandenen Aktenpaketen zur Akademie für Deutsches Recht Unterlagen, die den Stempel des NSDAP-Hauptarchivs tragen. Aus diesem Komplex könnte auch der Aktenordner mit der Korrespondenz Ernst Tollers stammen, dessen Nachlaß 1933 von der NSDAP beschlagnahmt worden war. In diesen Zusammenhang scheint ferner das Material über die "Organisation Escherich", einer rechts gerichteten bayerischen Schutzwehr und ihrer Gruppe "ORKA" von 1919 - 1921 zu gehören. Die Bewirtschaftung der Zellulosefabrik Niedomice (Kr. Tarnow) ging am 14.2.1941 an die Generalgouvernement-AG über, ist also in Verbindung zu dem obengenannten Minister Frank zu bringen. Die Unterlagen zum Geographischen Dienst und zum Baubüro Belgrad stammen offenbar aus dem Komplex der in Berlin-Lichterfelde aufbewahrten Akten des Auswärtigen Amtes. (24) Da sich das Collecting Center auf dem Gelände der Firma Telefunken befand, wäre es möglich, daß Rothkrug hier Zugang zu den Unterlagen der Telefunken-AG erhielt. Es handelt sich vornehmlich um Patentangelegenheiten, die gerade für das Ausland interessant sein konnten, weshalb die Alliierten auch Unterlagen über deutsche Erfindungen sicherstellten und nach England abtransportierten. Die sog. Hunke-Papers umfassen einen Brief Hildegard Hunkes an den Kommandanten des Wannsee Detention Camp, mehrere Empfehlungsschreiben für Professor Heinrich Hunke und dessen Korrespondenz mit Fritz Copei, die ihn entlasten sollte. Da Hunke, der Geschäftsführer und ständige Stellvertreter des Präsidenten des Werberats der deutschen Wirtschaft, im Wannsee Detention Camp inhaftiert war, könnten die ihn betreffenden Schriftstücke zu den amerikanischen Dokumenten gehört haben, die Rothkrug sich auch widerrechtlich angeeignet hatte.

Durch den am 26.09.1949 datierten Brief von einem gewissen Paul Schuster aus Wiesbaden ist ein Aufenthalt Rothkrugs in Frankfurt am Main belegt, was das Auftauchen einer Akte des Finanzamtes Frankfurt-West (Baustoffhandlung Hildebrand) in unserem Zusammenhang erklären könnte. Es ist nicht auszuschließen, daß Rothkrug als Leiter des Dokumentenarchivs in Berlin auch Zugang zu den in Hessen befindlichen Document Centers hatte. Neben dem für die obersten Reichsbehörden eingerichteten Ministerial Collecting Center in Hessisch-Lichtenau sind hier Aktensammelstellen in Darmstadt, Offenbach und in Frankfurt zu nennen. (25) Der Zeitpunkt von Rothkrugs Frankfurter Aufenthalt deckt sich mit der Beschaffung des in Berlin gelagerten Aktenmaterials vor Abtransport der großen Komplexe nach England und Amerika 1948/49.

Aus drei direkt an Rothkrug gerichteten Schreiben (26) geht hervor, daß er mit der Besorgung von Pässen und anderen Papie-

ren zu tun hatte. Darauf deuten auch die 1952 ans Hauptarchiv mitabgegebenen, heute aber verlorenen unausgefüllten Pässe für Niederländer hin. Dr. Kirchhoff hatte sich jahrelang vergeblich um einen Auslandsreisepaß bemüht und wandte sich in dieser Angelegenheit an Rothkrug, weshalb die Unterlagen über ihn ebenso wie die an Rothkrug adressierten Briefe aus seinen Dienst- bzw. Handakten stammen könnten. Da es sich bei Kirchhoff um einen Patentanwalt handelt, wäre auch eine Verbindung zu den Patentangelegenheiten der Firma Telefunken vorstellbar, was sich jedoch aufgrund des vorhandenen Materials nicht weiter verfolgen ließ. Interessant scheint nicht zuletzt, daß Kirchhoff auf der Schwarzen Liste des Combined Travel Board stand, weil er als russenfreundlich galt. Auch Rothkrug nämlich wurden im Prozeß vor dem 2. HICOG-Gericht kommunistische Verbindungen unterstellt, weshalb der Staranwalt Earl Carroll zunächst gezögert haben soll, die Verteidigung seines Landsmannes zu übernehmen. (27) Da in Rothkrugs Unterlagen ein Schreiben Kirchhoffs an den Combined Travel Board Berlin vom 13.6.1952 vorliegt, Rothkrug aber schon im April seinen Posten bei der Besatzungsbehörde kündigte, könnte ein Zusammenhang zwischen diesen Verdachtsmomenten und seinem Wechsel der Arbeitsstelle bestehen. Rothkrug, dessen Aktendiebstählen man bald auf die Spur kam, galt offensichtlich schon als verdächtig. In einer Zeitungsnotiz zum Rothkrug-Prozeß heißt es, daß sich unter den gestohlenen Akten auch Listen von Namen deutscher Informanten befunden hätten, die in der Sowjetzone arbeiteten, (28) was sich anhand der zugänglichen Akten aus dem State Department nicht überprüfen ließ. In den vorliegenden Dokumenten zum Komplex Rothkrug sind derartige Listen ebensowenig überliefert wie die oben aufgeführten, heute fehlenden Akten staatlicher Herkunft. Die vorhandenen Stücke aus den verschiedenen Ablieferungen von 1952 und 1954 wurden an die zuständigen Archive abgegeben, zumal sie nur in das Geheime Staatsarchiv gelangten, weil dieses in der Nachkriegszeit die Aufgabe der Sicherung von Aktenmaterial der verschiedensten Institutionen wahrnahm. Allein bei den Unterlagen der Telefunken-AG schien eine Eingliederung in die Firmengeschichtliche Sammlung des GStA, I. HA Rep. 220, angebracht. Mit Ausnahme der Steuerakte Hildebrand, die an das Hauptstaatsarchiv Wiesbaden abgegeben wurde, und den in die Zuständigkeit des Politischen Archivs fallenden Akten zum Geographischen Dienst wurden die Akten splitter an das Bundesarchiv abgeliefert. In dessen verschiedenen Abteilungen befinden sich bereits Bestände, in die das Material unmittelbar eingefügt werden kann. (29)

Im Fall Tollers, dessen Nachlaß auf verschiedene Stellen verteilt ist, schien ebenso eine Abgabe an das Bundesarchiv das Gebührende, da sich dort im Bestand NS 26/1230 von der Korrespondenz Tollers der Buchstabe H befindet, so daß der im GStA überlieferte Aktenordner I-J sich unmittelbar anschließt.

Dieser Band ist ein besonders anschauliches Beispiel für den Weg, den Schriftgut zumal in Zeiten des politischen Umbruchs nehmen kann, bevor es in das zuständige Archiv kommt. Tollers Nachlaß war von der NSDAP beschlagnahmt worden, gelangte in das NSDAP-Hauptarchiv in München und wurde in verschiedene Collecting Centers der Alliierten abtransportiert. Während Teile in die USA verfrachtet wurden, kam der vorliegende Band in den Besitz Rothkrugs und lagerte bei der Firma Wiedemann. Von dort gelangte er ins Berliner Hauptarchiv, von wo er durch die amerikanische Staatsanwaltschaft zum 2. HICOG-Bezirksgericht in Lichterfelde verbracht wurde, bevor er wieder ans Geheime Staatsarchiv abgeliefert wurde, um schließlich im Bundesarchiv mit restlichen Teilen der Überlieferung wieder vereint zu werden. Der "Fall Rothkrug" aber bietet nicht nur ein Beispiel für den oft abenteuerlichen Werdegang von Akten bis zu ihrer Archivierung, sondern auch ein anschauliches Bild von der Arbeit der Archivare des Geheimen Staatsarchivs in den ersten Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg.

- (1) GSIA PK I. HA Rep. 178B 1.3 Nr. 1377 und Dienstregistratur A 5: Deutsches Schriftgut in westallierter Hand und dessen Rückgewinnung 1955-1975.
- (2) National Archives, Department of State 711.53.
- (3) Zimmermann, Gerhard, Das Geheime Staatsarchiv, in: Jahrbuch der Stiftung Preußischer Kulturbesitz 1962, Köln/Berlin 1963, S. 303-323, bes. S. 318 f. Seit 1946 hieß das ehemalige Preußische Geheime Staatsarchiv "Hauptarchiv für Behördenakten", 1950 "Berliner Hauptarchiv", 1955 "Hauptarchiv (ehemaliges Preußisches Geheimes Staatsarchiv)". Vgl. auch: Ders., Das Hauptarchiv (ehemaliges Preußisches Geheimes Staatsarchiv) in den ersten Nachkriegsjahren, in: Der Archivar

- 8(1955) Sp. 173-179.
- (4) Das in die Zuständigkeit des Reiches fallende Schriftgut wurde dann 1969 in einer "archivalischen Flurbereinigung" an das Bundesarchiv Koblenz abgegeben. Vgl. Booms, Hans, Archivalienaustausch zwischen Bundesarchiv und Geheimen Staatsarchiv, in: Der Archivar 23(1970) Sp. 100 f.
- (5) GSIA PK I. HA Rep. 178B 1.3 Nr. 1377, auch im folgenden. Vgl. zu Bellée, Zimmermann, Gerhard, in: Der Archivar 23(1970) Sp. 131 f. und den in GSIA I. HA Rep. 92 vorhandenen Nachlaß Bellées.
- (6) Dort erhielten sie die Acc.-Nr. 95/1952.
- (7) Laut State Department 711.53/1-953 gab Rothkrug unter Eid an, in Polen geboren zu sein, während sein Paß Antwerpen als Geburtsort aufführte.
- (8) Die Akte des State Dep. 711.53/11-2152 nennt Rothkrug: "civilian employee of the Military Intelligence Division Berlin Military post". Der Telegraf vom 19.12.1952 bezeichnet ihn als "ehemaligen Chef der Dokumentenabteilung des Geheimdienstes der US-Armee".
- (9) State Dep. 711.53/11-2152.
- (10) State Dep. 711.53/1-1453.
- (11) GSIA PK I. HA Rep. 178B 1.3 Nr. 1377, auch im folgenden.
- (12) State Dep. 711.53/3-3054. Der Richter soll der Armee erlaubt haben, Beweise für Rothkrugs Unschuld zurückzubehalten.
- (13) GSIA PK Dienstreg. A 5, 1955-1975.
- (14) Der Kurier vom 6.8.1953.
- (15) GSIA PK I. HA Rep. 178B 1.3 auch im folgenden.
- (16) Ebenda.
- (17) Boberach, Heinz, Das Schriftgut der staatlichen Verwaltung, der Wehrmacht und der NSDAP aus der Zeit von 1933-1945. Versuch einer Bilanz, in: Der Archivar 22(1969) Sp. 138-152, Sp. 147.
- (18) Henke, Josef, Das Schicksal deutscher zeitgeschichtlicher Quellen in Kriegs- und Nachkriegszeit. Beschlagnahme - Rückführung - Verbleib, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 30(1982) S. 557-620, S. 568 f. Vgl. auch Kaiser-Lahme, Angela, Westalliierte Archivpolitik während und nach dem Zweiten Weltkrieg. Die Beschlagnahme, Sicherung und Auswertung deutscher Archive und Dokumente durch die Amerikaner und Briten 1943-1946, in: Der Archivar 45(1992) Sp. 397-410, Sp. 568 f.
- (19) Vgl. u.a. Ritter, Gerhard, Ergebnis meiner Archivreise nach Berlin 11.-18.10.1950, in: Der Archivar 4(1951) Sp. 49-55, Sp. 52.
- (20) Zum Berlin Document Center, das heute dem Bundesarchiv unterstellt ist, vgl. zuletzt Marwell, David D./Semrau, Hans, 47 Jahre Berlin Document Center, in: Der Archivar 45(1992) Sp. 343-345.
- (21) Eine weitere Aktensammelstelle vornehmlich für Wirtschaftsakten befand sich in Berlin-Schmargendorf, Mecklenburgische Str. 57. Vgl. zu verschiedenen Zuständigkeitsbereichen der insgesamt 22 Document Centers in Deutschland Kaiser-Lahme, Sp. 405 f.
- (22) Vgl. Holzhausen, Rudolf, Die Quellen zur Erforschung der Geschichte des "Dritten Reiches", in: Archivalische Zeitschrift 46(1959) S. 196-206, S. 202.
- (23) Boberach, Das deutsche Schriftgut in der Manuscript Division der Library of Congress in Washington, in: Der Archivar 36(1983) Sp. 165-170, Sp. 167 f.
- (24) Vgl. zu den Akten des Auswärtigen Amtes Philipp, Hans, Das Politische Archiv des Auswärtigen Amtes, Rückführung und Übersicht über die Bestände, in: Der Archivar 11(1958) Sp. 139-150.
- (25) Vgl. dazu auch Henke, a.a.O. S. 570; Kaiser-Lahme a.a.O. Sp. 405.
- (26) Die an Rothkrug gerichteten Schreiben enthalten Dank für die Beschaffung von Papieren und Wohnungen.
- (27) State Dep. 711.53/1-953: "Carroll ... was somewhat reluctant since he suspected Rothkrug or his family might have Commie connections."
- (28) Telegraf vom 19.12.1952.
- (29) Vgl. z.B. BA NS 26: Hauptarchiv der NSDAP; BA R 26 VI: Der Generalbevollmächtigte für die Wirtschaft in Serbien; BA R 52 I: Kommissar für die Behandlung feindlichen Vermögens im Generalgouvernement; BA Abt. Potsdam 15.08: Rotes Kreuz. In der Zsg. 1 des BA liegt schon Material zur "Organisation Escherich" vor. In dem dem BA unterstellten BDC sind weitere Unterlagen über Hunke vorhanden. Die Dr. Kirchhoff und Rothkrug selbst betreffenden Materialien gehören in den Zusammenhang der OMGUS-Akten.

*

Bei Ordnungsarbeiten im GStA wurde Schriftgut mit der Aufschrift "Rothkrug-Prozeß" ermittelt, das elf verschiedene Provenienzen aufwies. Anhand der Dienstregistratur ergab sich, daß es dem Berliner Hauptarchiv im Jahre 1952 von einem Amerikaner namens Michael Rothkrug angeboten wurde. Nachdem dieser wegen unbefugten Besitzes amerikanischer Geheimakten verhaftet worden war, wurde auch der gesamte von ihm abgelieferte Archivalienkomplex von der amerikanischen Staatsanwaltschaft beschlagnahmt und diente in dem vor dem 2. US Court of the Allied High Commission for Germany (HICOG) in Berlin-Lichterfelde geführten Prozeß als zusätzliches Beweismaterial. Von dort kehrte es nur unvollständig in das Hauptarchiv zurück. Diese Episode veranschaulicht nicht nur den oft verschlungenen Weg von Akten in das für sie zuständige Archiv, sondern auch die Probleme der Arbeit der Archivare des GStA in der Nachkriegszeit.

*

While organizing the Secret State Archive, written material was discovered with the label "Rothkrug-Prozess" (Rothkrug Trial). This material included eleven different sources. The official registry noted that in 1952, this material was offered to the central archive of Berlin by an American named Michael Rothkrug. After Rothkrug was arrested for unauthorized possession of secret American files, this entire archival corpus was seized by American public prosecutors and served as supplemental evi-

dence in the 2nd US Court of the Allied High Commission for Germany (HICOG) in Berlin-Lichterfelde. The material was then returned in part to the central archive. This episode illustrates not only the entangled ways in which files often enter their respective archives, but also reveals problems of the archivists at the Secret State Archive in the post-war years.

*

Des travaux de rangement effectués dans les archives secrètes d'Etat ont permis de découvrir un ensemble de documents de provenances différentes portant l'inscription "Procès Rothkrug". Il ressortait du registre central que ces documents avaient été proposés en 1952 aux Archives centrales de Berlin par un Américain nommé Michael Rothkrug. Après l'arrestation de celui-ci pour détention illégale d'actes secrets américains, tous les documents remis par lui furent confisqués par les autorités judiciaires américaines pour servir de preuves dans le procès mené devant le 2e US Court of the Allied High Commission for Germany (HICOG) à Berlin-Lichterfelde. Après le procès, les documents ne furent pas restitués dans leur totalité aux Archives centrales. Cet épisode montre par quelles voies détournées les documents arrivent parfois dans les archives compétentes, et il nous fait également découvrir certains problèmes propres aux activités des archives secrètes d'Etat dans l'après-guerre.

*

Mientras eran reordenadas las existencias del Archivo Secreto del Estado, se encontraron unos documentos rotulados como "Proceso Rothkrug", originarios de once fuentes distintas. El registro de servicio permitió establecer que ese material fue ofrecido al Archivo Municipal de Berlín en el año 1952 por un ciudadano estadounidense llamado Michael Rothkrug. Después de que éste fue encarcelado por posesión ilícita de actas secretas de EE.UU., la Fiscalía norteamericana se incautó de las citadas actas, que pasaron a servir de material probatorio adicional durante el proceso que que llevara a cabo la 2nd Court of the Allied High Commission for Germany (HICOG) en el distrito berlinés de Lichterfelde. De allí retornaron, aunque incompletas, al archivo municipal. Este episodio ilustra no sólo el intrincado camino que suelen recorrer las actas hasta llegar al archivo al que pertenecen, sino también los problemas que hubo de afrontar el personal del Archivo Secreto del Estado en los años de posguerra.

*

При наведении порядка в Тайном государственном архиве были обнаружены материалы с надписью „Процесс Роткрюг“, содержавшие одиннадцать различных документов. При изучении служебной регистратуры выяснилось, что в 1952 г. он был предложен американцем по имени Майкл Роткрюг Главному архиву Берлина. После того, как Роткрюг был арестован за незаконное хранение американских секретных документов, американской прокуратурой был конфискован и весь сданный им властям комплекс архивных материалов, который послужил дополнительным обличительным материалом в процессе, состоявшемся перед 2-м американским судом при Верховном союзном комиссаре по Германии в Берлине-Лихтерфельде. С этого процесса материал в неполном виде был возвращен в госархив. Эпизод демонстрирует не только порой запутанные пути документов перед тем, как лечь на полку архива, но и проблемы в работе архивариусов ТГА в послевоенный период.

*

*

*

Berichte

Frühjahrstagung der Hochschularchivare in Mainz

Zur ersten gesamtdeutschen Frühjahrstagung trafen sich vom 2.-4. März 1994 in Mainz die Hochschularchivare und Archivare wissenschaftlicher Einrichtungen. Prof. Dr. Jörg Friedrich, Vizepräsident der Universität Mainz, begrüßte die Teilnehmer und erwähnte nicht ohne Stolz, daß das Mainzer Archiv trotz großer Geldknappheit, neue Räume erhalten hat. 50 Jahre Universität Mainz bedeuten zugleich 50 Jahre systematische Überlieferung. Prof. Friedrich schloß mit der Bemerkung, was man am Archiv hat, merkt man dann, wenn man Auskünfte gerade braucht.

Anschließend referierte der gastgebende Archivleiter Dr. Jürgen Siggemann über Textverarbeitungssysteme in der archivischen Praxis. Die Aussprache förderte sehr unterschiedliche Erfahrungswerte zu Tage.

Ein altes Thema, das Bibliothekare in Handschriftenabteilungen und Archivare seit Mitte der 50er Jahre immer wieder beschäftigt und streitbar herausfordert, ist die Ordnung und Verzeichnung von Nachlässen. Dazu trugen die Bibliotheksräten der Staatsbibliothek zu Berlin, preußischer Kulturbesitz, Dr. Jutta Weber, und der Leiter des Heidelberger Universitätsarchivs, Dr. Christian Renger, dezidiert ihre Standpunkte vor. Sie stimmten überein, daß der überlieferte Nachlaß bei erkennbarer Ordnung so erhalten bleiben soll. Die Aufteilung nach Schriftstückarten (bibliothekarisch) innerhalb eines Nachlasses oder nach Sachzusammenhängen (archivarisch) machte unterschiedliche Standpunkte deutlich. Die Diskussion über die Richtlinien für die Handschriftenkatalogisierung der DFG, 5. Auflage 1992, verstärkte den Zwiespalt. Trotz allem haben sich die Standpunkte angenähert. Das Provenienzprinzip als archivisches Ordnungsschema wurde allgemein anerkannt.

Die Redaktion des gemeinsamen Archivführers konnte abgeschlossen werden. Eine Fragebogenaktion läuft an, und im Frühjahr 1995 zur Tagung in München, die vom Deutschen Museum ausgerichtet wird, dürfte der Archivführer fertig vorliegen.

Auf Initiative der Universitätsarchive Heidelberg und Leipzig wird eine Kommission gebildet, die über Aufbewahrungsfristen medizinischer Krankengeschichten beraten soll.

Der gastgebenden Universität Mainz und ihrem Archivleiter Dr. Siggemann darf für die ausgezeichnete Organisation der Tagung gedankt werden.

Gerald Wiemers (Leipzig)

*

Tagung des Landesverbandes Sachsen-Anhalt des Vereins deutscher Archivare

Der Landesverband Sachsen-Anhalt des VdA führte am 30. und 31. März 1994 im Bauhaus Dessau seine Jahrestagung durch. 56 Kommunal-, Wirtschafts- und Staatsarchive sowie Vertreter wissenschaftlicher Einrichtungen nahmen an der Beratung teil.

Nach der Begrüßung durch den stellv. Direktor des Bauhauses fand eine Führung durch das Haus mit einem Vortrag über die Geschichte der Einrichtung statt, der umfangreiche Kenntnisse vermittelte.

Rechtliche Probleme standen dann im Mittelpunkt des ersten Tages. Frau Dr. Korthe-Böger aus dem Stadtarchiv Siegburg referierte zu Fragen der Archivgesetzgebung, zur Archivsatzung und Benutzungsordnung, zum Urheber- und Nutzungsrecht sowie zum Daten- bzw. Personenschutz. Fragen dazu, die der Vortragenden schon vorher schriftlich übergeben oder in der Aussprache gestellt worden waren, wurden beantwortet. Eine besondere Rolle spielten auch die gesetzlich festgelegten Schutzfristen und ihre Handhabung.

Am zweiten Tag informierte Frau Dr. Listewnik über das Sächsische Wirtschaftsarchiv e.V., das erste regionale Wirtschaftsarchiv in den neuen Bundesländern. Das Sächsische Wirtschaftsarchiv, dessen Wurzeln bis zur Wende des 19. zum 20. Jahrhundert zurückreichen, ist seit 1993 gemeinnütziger, eingetragener Verein. Das Archiv ist zuständig für alle Industrie- und Handelskammern Sachsens. Eine Ausdehnung der Zuständigkeit auf Mitteldeutschland insgesamt wird angestrebt. Das Wirtschaftsarchiv übernimmt die Überlieferung der privaten Wirtschaft der Industrie- und Handelskammern sowie der Handwerkskammern. Es hat die Funktion eines Endarchivs. Das Archivgut der privaten Wirtschaft wird auf der Basis von Deposit- oder Übereignungsverträgen übernommen. Die Finanzierung des Archivs erfolgt durch Staat und Wirtschaft. Hervorzuheben wäre noch, daß bei der Übergabe von Archivgut an das regionale Wirtschaftsarchiv die Rechte des Archiveigentümers nicht verlorengehen. Die Übergabe von Wirtschaftsarchivgut ist freiwillig.

Ein weiterer Tagesordnungspunkt war eine Information über die Genehmigung von Wappen und Siegeln durch Herrn Papendieck vom Landesarchiv Magdeburg. Zu dieser Thematik wurden Adressat und Form der Antragstellung auf ein Wappen oder Siegel und die Gutachtertätigkeit der Landesarchive erläutert. Die als Grundlage dienenden Rechtsvorschriften wurden vorgestellt und mit Ausführungen zum Wappenrecht, zum Schutz des Wappens, das als Persönlichkeitszeichen dem Persönlichkeitsschutz unterliegt, sowie zu allgemeinen Grundlagen der Heraldik ergänzt.

Ingeborg Buchholz (Magdeburg)

Im Museum für Verkehr und Technik Berlin trafen sich am 20. April 1994 die Mitglieder des Regionalen Erfahrungsaustausches Berlin/Brandenburg zu ihrer Frühjahrssitzung. Renate Schwärzel (Berlin), Leiterin des Arbeitskreises, begrüßte die Tagungsteilnehmer und Gäste und bedankte sich insbesondere bei Jörg Schmalfuß (Berlin) für die Gastfreundschaft. Wie schon bei früheren Treffen mußte auch diesmal zur Kenntnis genommen werden, daß Unternehmensarchive im Raum Berlin/Brandenburg gefährdet sind, Archive ihre Kündigung erhalten haben. Erfreulicher war hingegen die Tatsache, daß neue Teilnehmer in den Arbeitskreis aufgenommen werden konnten.

Am Vormittag stellte Dieter Hebig (Potsdam) die Arbeitsgebiete der Firma ARCHIV-SERVICE vor. In seinem Vortrag präsentierte er das gesamte Angebotsspektrum des Dienstleistungsunternehmens. Anhand von Archivbehältern verschiedenster Art demonstrierte er die Möglichkeiten der Aufbewahrung von Dokumenten und Unterlagen in unterschiedlichen Formaten. Er informierte über das Angebot von Archivhilfsmitteln zur Umheftung von Unterlagen. Mit großem Interesse verfolgten die Anwesenden die Vorstellung der neueren Fachliteratur. Die Teilnehmer hatten die Möglichkeit, eine Bibliographie der Fachliteratur, Preislisten von Archivbehältern und sonstigen Archivhilfsmitteln zu erhalten.

Am Nachmittag berichtete Hans-Joachim Meyer (Historisches Seminar der Universität Hamburg) über seine Forschungen zum Dissertationsthema "Die Anfänge des FDGB in der Mark/Provinz Brandenburg bis 1948". Für seine Recherchen benötigt er u.a. Quellen aus Unternehmen der Region zur Entstehung von Betriebsräten, über die ersten Betriebsratswahlen 1945, zur Auseinandersetzung zwischen KPD und SPD aufgrund der Betriebsrätewahlen, zur Entwicklung der Betriebsrätearbeit und -schulung, zum Verhältnis Betriebsrat und Betriebsgewerkschaftsleitung sowie zur Erntehilfe, Oderbruchhilfe, Hennecke-Bewegung. Gemeinsam diskutierten die Arbeitskreismitglieder Möglichkeiten zur Erschließung von Archivbeständen, um die Forschungen zu unterstützen.

Hannah E. Kettler von der University of Notre Dame (USA), die im Rahmen eines Stipendiums der Friedrich-Ebert-Stiftung umfangreiche Archivstudien in Unternehmensarchiven der neuen Bundesländer unternommen hatte, berichtete in ihrem Vortrag über ihre Arbeitsergebnisse, schilderte ihre Erfahrungen und Eindrücke, die sie bei ihren Recherchen in den verschiedensten Archiven sammeln konnte. Sie bedauerte sehr, daß noch immer Archive in den neuen Bundesländern von einer Schließung bedroht sind und betrachtete es als einen enormen Verlust für die Wissenschaft, wenn der Zugang zu den Archivalien nicht bzw. nur noch bedingt möglich wird. Als sehr gut charakterisierte sie die Zusammenarbeit mit den Wirtschaftsarchivaren des Regionalen Erfahrungsaustausches Berlin/Brandenburg, die sie bei der Vorbereitung ihrer Archivstudien aktiv unterstützt hatten.

Zum Abschluß des Treffens hatten alle Teilnehmer die Möglichkeit, an einer Führung durch die Sonderausstellung "Taxi" des Museums für Verkehr und Technik teilzunehmen.

Das nächste Treffen ist für Herbst 1994 geplant und wird sich voraussichtlich mit dem Verhältnis von Archiv und Unternehmensgeschichte beschäftigen.

Simone Krüger (Eisenhüttenstadt)

*

*

*

Rezensionen

Henning, Eckart / Wegeleben, Christel: Kirchenbücher : Bibliographie gedruckter Tauf-, Trau- und Totenregister sowie der Bestandsverzeichnisse im deutschen Sprachgebiet. - Neustadt a. d. Aisch : Degener, 1991. - 447 S. (Genealogische Informationen; 23)

Daß die Kirchenbücher eine personen- und kulturgeschichtliche Quelle ersten Ranges darstellen, braucht einem Historiker nicht weiter erklärt zu werden. Der Gedanke liegt daher nahe, in einer Bibliographie diejenige Literatur zu verzeichnen, die aufgrund der mehr oder weniger wissenschaftlichen Erforschung der Kirchenbücher entstanden ist. Das anzuzeigende Buch zeigt schon durch seinen äußeren Umfang, daß dieses Ziel nicht leicht zu erreichen ist. Die Autoren haben rund 4800 Titel zusammengetragen und damit für weitere Forschungen eine solide Ausgangsbasis geschaffen.

Die Bibliographie gliedert sich in die drei Hauptgruppen Allgemeine Literatur - Überregionale Literatur - Regionale Literatur und ist durch ein getrenntes Personen- und Ortsregister erschlossen. Wenn man im Vorwort (S. 9) u. a. den Satz liest: "Der Zweck dieser Bibliographie besteht zunächst nicht darin, die Benutzung der Originale für Familienforscher zu erleichtern, sondern sie überflüssig zu machen ...", so ist diese Zielbeschreibung doch einigermaßen unverständlich. Daß die angestrebte Vollständigkeit nicht erreicht wurde, wird man hingegen den Bearbeitern gerne nachsehen.

Bei näherem Hinsehen offenbaren sich aber nicht unbeträchtliche Mängel. Im ersten Hauptteil wäre es unter dem Gesichtspunkt der Forschungsgeschichte viel zweckmäßiger gewesen, die Titel chronologisch statt alphabetisch anzuordnen. Im zweiten Hauptteil sind unter dem Begriff "Sachsen" unzulässigerweise Titel zusammengefaßt worden, die einerseits das königliche Sachsen, andererseits aber auch die preußische Provinz Sachsen und die Herzogtümer Sachsen-Meiningen und Sachsen-Weimar betreffen, die doch wohl unter Thüringen hätten stehen müssen. Im Alphabet der Orte zeigen Stichproben, daß die bereits vorhandenen landesgeschichtlichen Bibliographien nicht gründlich genug ausgewertet worden sind, was am Beispiel der Altmark demonstriert werden soll: Die Stadt Salzwedel fehlt völlig, obwohl es zumindest einen kleinen Aufsatz gibt.(1) Bei einem der beiden zu Stendal angeführten Titel (Nr. 3752) fehlt der erste Verfasser und die Umfangsangabe ist falsch.(2) Zu Tangermünde ist der zweite Aufsatz unvollständig verzeichnet, und es fehlt wiederum ein Titel.(3) Weitere Proben zeigen, daß die Titelaufnahmen häufig sehr zu wünschen übrig lassen. Zu Nr. 3840 ist als Quelle angegeben: "Mitteilungen des Vereins für Heimatforschung, Prignitz". Ein unschuldiger Benutzer wird diese Zeitschrift vergeblich suchen. Richtig muß es heißen: Mitteilungen des Heimat- und Museumsvereins in Heiligen-Grabe. Dies ist denn auch der wesentliche Kritikpunkt des Rezensenten: Die Bearbeiter sind ihren Pflichten als Bibliographen - in erster Linie der exakten Ermittlung und Beschreibung des Materials - nur ungenügend nachgekommen. Auf der einen Seite fehlen Monographien(4), auf der anderen Seite sind Titel mit fragwürdigem Nutzen aufgenommen wie Nr. 2037 - wem ist es zuzumuten, einen kompletten Jahrgang der "Grimmmer Kreis-Zeitung" durchzusuchen? Ebenso wenig geht es an, bei Aufsätzen nur die jeweils erste Seite anzugeben (Nr. 2020). Zweifelloso wäre es auch sinnvoll gewesen, für so häufig zitierte Periodica wie die Familiengeschichtlichen Blätter oder das Archiv für Sippenforschung Abkürzungen zu verwenden.

Alles in allem hätte man sich gewünscht, daß zugunsten größerer Präzision mit der Veröffentlichung noch etwas gewartet worden wäre. Gleichwohl kommt die Bibliographie einem dringenden Bedürfnis entgegen, und man darf hoffen, daß eine zweite Auflage dieses wichtige Hilfsmittel weiter verbessert.

Uwe Czubatynski (Bad Wilsnack)

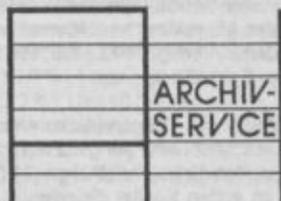
(1) Wentz, Ernst-Otto: Von den ältesten Salzwedeler Kirchenbüchern 1556 bis 1699. in: Unsere Altmark. Beil. zum Salzwedeler Wochenblatt 17 (1936), S. 70 - 71, 74 - 75, 78 - 79.

(2) Richtig muß es heißen: Rogge, J[osua]: Auszüge aus den ältesten Kirchenbüchern der Marienkirche zu Stendal. Bearb. von Konrad Neefe. (Papiermühle S.-A. 1908: Vogt). VI, 126 S. [Namen und Daten (alphabetisch) aus dem Taufbuch 1610 - 1725 und dem Traubuch 1660 - 1725].

(3) Zahn, W[ilhelm]: Genealogische Mitteilungen aus den [1893: ältesten] Kirchenbüchern der St. Stephanskirche in Tangermünde [betr. adlige Familien, 1621 ff.]. in: Der deutsche Herold 24 (1893), S. 94 - 95 und 25 (1894), S. 105 - 108. Es fehlt: Die Kirchenbücher der St. Stephansgemeinde. in: Das alte Tangermünde 7 (1931), Nr. 6 - 9.

(4) Zum Beispiel Schornbaum, Karl: Das älteste Ehebuch der Pfarrei St. Sebald in Nürnberg, 1524 - 1543. Das älteste Ehebuch der evang.-luth. Kirche Deutschlands. Nürnberg 1949. 223 S. und Becker, Peter: Leben, Lieben, Sterben. Die Analyse von Kirchenbüchern. St. Katharinen 1989. 123 S.

*



Der ARCHIV-SERVICE bietet spezifische Dienstleistungen für

- * Archive und Archivare
- * Registraturen und Büros
- * Archivbenutzer, Historiker aller Fachgebiete
- * Genealogen, Chronisten und
- * alle historisch Interessierten

Bitte fordern Sie unverbindlich unsere Angebots- und Preislisten an!

ARCHIV-SERVICE
Baumgartner & Hebig OHG
Heckenstr. 5
14469 Potsdam-Bornim
Tel. u. Fax: 03371/ 620 121

Zu den Angeboten des ARCHIV-SERVICE gehören u.a. folgende Leistungen:

- * Handel mit Ausrüstungen, z.B. verfahrbare und stationäre Regalanlagen, Kartenschränke, Karteianlagen, Karto-theken, Aufbewahrungsmittel für spezielle Archiv- und Registraturgutarten, Verfilmungs-, Lese- und Rückvergrößerungstechnik
- * Handel mit archivspezifischen Materialien, z.B. Archivgutbehälter aller Art; Kartone, Papiere sowie Aufbewahrungsmittel für Filme, Fotos, Dias aus säurefreien, säurearmen, alterungsbeständigen oder anderen geeigneten Materialien sowie Arbeitsmittel, wie z.B. mechanische oder elektronische Paginierstempel, Umfüllgehilfen u.dgl.m.
- * Handel mit Bürobedarfsartikeln und Altablagesystemen
- * Vermittlung von speziellen Dienstleistungen, z.B. Restaurierung, Verfilmung, u.a. Sicherungsverfilmung von Foto-glasplatten
- * Herstellung und Vertrieb von Publikationen und Drucksachen aller Art einschl. Archivvordrucke
- * Herstellung von Findbüchern (Schreiben, Anfertigung von Registern, Verfielfältigen, Drucken)
- * Beratung auf dem Gebiet der archivischen EDV-Anwendung, Handel mit Archivsoftware
- * Herstellung und Vertrieb von Materialien der Öffentlichkeitsarbeit (Broschüren, Poster, Diaserien, Siegelreproduktionen usw.)
- * Handel mit Archivfachliteratur

Der "Zahn der Zeit" nagt an Büchern und Grafiken

Jahrhundertlange Benutzung hinterläßt Gebrauchsschäden an Papier und Einband. Schimmelpilze und Bakterien greifen die Papierfasern an. In der Luft enthaltene Chemikalien wie Schwefeldioxid und Chlor zerstören wertvolles Kulturgut. Machen Bücher, Handschriften und Drucke nicht mehr benutzbar.

Restaurierung und Konservierung erhält nicht nur bibliophile Schätze, auch ist eine rechtzeitige Restaurierung kostengünstiger als eine zu späte.

Die fachgerechte Restaurierung von Rissen, Löchern und Knicken, das Reinigen von Blättern oder das Neutralisieren von übersäuertem Papier erhält nicht nur Ihre teuren Stücke, es steigert auch ihren Wert und macht sie wieder gebrauchsfähig.

Buch- und Grafikrestaurierung
Firma Schempp GmbH
Mitglied der IADA

Max-Planck-Str. 12
70806 Kornwestheim
Telefon 07154/2 22 33
Fax: 07154/32 98

Zu unseren Fachgebieten zählen:

- Aktenrestaurierung
- Grafikrestaurierung
- Urkundenrestaurierung
- Kupferstichrestaurierung
- Pergamentrestaurierung
- Einbandrestaurierung
- Siegelrestaurierung

Wir garantieren für fachmännische Restaurierung durch:

- gut geschulte und erfahrene Mitarbeiter
- Gefühl für den Werkstoff
- Beherrschung traditioneller Einbandtechniken
- jahrzehntelange Erfahrung
- ständige Fortbildung
- modernste technische Verfahren
- beispielhafte Einrichtungen und Lager

Die Firma Schempp GmbH ist für eine qualitativ hochwertige und fachmännische Restaurierung bekannt. Wir verbinden handwerkliches Können mit den aktuellsten Verfahrenstechniken bei der Restaurierung.

Zu unseren zufriedenen Kunden gehören:

- die Württembergische Landesbibliothek Stuttgart
- Die Bayerische Staatsbibliothek München
- die Staatsbibliothek Hamburg
- Stadt- und Kreisarchive in den alten und neuen Bundesländern
- Private Galerien

Schenken auch Sie uns Ihr Vertrauen!

Beratung und Auftragsannahme in den neuen Bundesländern:

ARCHIV-SERVICE
Baumgartner & Hebig OHG
Heckenstr. 5
14469 Potsdam-Bornim
Tel. u. Fax: 03371/ 620 121

Die archivalischen Quellen: eine Einführung in ihre Benutzung/ hrsg. von Friedrich Beck und Eckart Henning. - Weimar: Böhlau, 1994. - 298 S. - (Veröffentlichungen des Brandenburgischen Landeshauptarchivs; 29)

Fortschritte können sich in der historischen Forschung nur durch eine permanente Auseinandersetzung mit den Quellen vollziehen. Zu dieser Arbeit die notwendigen Grundkenntnisse zu vermitteln, ist das Anliegen dieser Einführung.

Ein erster Hauptteil behandelt als Quellenkunde Urkunden, Akten, Amtsbücher, Briefe, Selbstzeugnisse, Karten und Pläne, Bilder sowie neue Quellengattungen. Besonders verdienstvoll ist an diesem Abriss, daß er die gesamte Zeitspanne schriftlicher Überlieferung von ihren Anfängen bis zur Gegenwart umfaßt und sich nicht auf die klassischen Gattungen der Urkunden und Akten beschränkt. Dem Leser wird dadurch die große Vielfalt historischer Erkenntnisquellen plastisch vor Augen geführt. Die zahlreich beigegebenen Abbildungen - die Tafeln stehen leider nicht an der zugehörigen Textstelle - sind sorgfältig ausgewählt und lassen die Spezifik jeder Gattung unmittelbar deutlich werden.

Etwas aus dem Rahmen fällt die Behandlung von Briefen und Selbstzeugnissen als eigenständige Gattungen. Zumindest die letzteren kommen in den Archiven vergleichsweise sehr selten vor. An dieser Stelle wäre es wohl sinnvoller gewesen, auf die Besonderheiten von Nachlässen einzugehen, über die schon seit geraumer Zeit theoretisch diskutiert worden ist. Bei der Darstellung der Briefe kommt auch der lateinische Gelehrtenbrief etwas zu kurz. (1)

Eine Verknüpfung ließe sich auch zwischen den Abschnitten Bilder und den neuen Quellengattungen herstellen. Unterdessen existieren nämlich eine Reihe von auf Mikrofilme publizierten "Bildarchiven" (2), die deutlich machen, wie sehr schon heute die klassischen Grenzen einzelner Überlieferungsträger verwischt sind. Aus diesem Grunde ist es auch bedauerlich, daß die Druckschriften nicht gesondert behandelt werden, wie es zu Recht etwa in der Einführung in die Archivkunde von Eckhart G. Franz geschehen ist. Edikte, Plakate, Amtsdrukschriften und Zeitungen zeigen, daß die herkömmlich scharfe Trennung der Institutionen Archiv - Bibliothek - Museum in Zukunft dringend einer stärkeren Integration weichen muß.

Der zweite Teil des Buches beinhaltet eine Darstellung derjenigen Disziplinen, die bis heute unter dem unglücklichen Begriff "Hilfswissenschaften" subsumiert werden. Den größten Raum nimmt darin mit 44 Seiten die Paläographie einwährend die Genealogie gänzlich fehlt. Über die hier ausgebreiteten Fächer hinaus sind natürlich auch noch weitere Grenzwissenschaften für den Historiker von Belang, zu denen zum Beispiel die Rechtsgeschichte zu zählen ist. Unbedingt notwendig wäre ferner ein Abschnitt über die lateinische Philologie des Mittelalters und der frühen Neuzeit gewesen. (3) Dasselbe gilt für die niederdeutsche Sprache, wenngleich darauf im Rahmen der Urkundenlehre kurz verwiesen wird. Für den originären Zugang zu den mittelalterlichen Quellen sind die Sprachkenntnisse natürlich nicht weniger wichtig als die Kenntnis der Schrift. Beides ist heute leider zur Sache weniger Spezialisten geworden. Der Band wird abgerundet durch ein reiches Literaturverzeichnis, daß der sachlichen Gliederung des Buches folgt. Kritikwürdig ist lediglich das Abkürzen der Vornamen und insbesondere die fehlenden Umfangangaben. Im ganzen ist es aber unerlässlich für weiterführende Studien.

Das Buch selbst kann natürlich keine erschöpfende Darstellung aller Spezialgebiete geben. Insofern wendet es sich weniger an den geschulten Historiker - wenngleich auch dieser nicht wenige Anregungen erfahren wird - als eher an den Studenten, dem der Weg "ad fontes" gewiesen werden soll.

Woran es unterdessen immer noch fehlt, ist eine Anleitung zur Archivbenutzung anhand von praktischen Beispielen. Archivare und Bibliothekare werden immer wieder von Benutzern geplagt, die keinerlei Vorstellung von den Ordnungsprinzipien und Suchmöglichkeiten mitbringen. Von bibliothekarischer Seite hat Friedrich Domay mit seiner Formenlehre der bibliographischen Ermittlung (Stuttgart 1968) eine Beispielsammlung vorgelegt. Für die Archive wird ähnliches wegen der großen Individualität noch schwieriger sein. Die hier rezensierte Einführung setzt sich das allerdings nicht zum Ziel, obwohl man solches beim ersten Lesen des Titels vermuten könnte. Das Buch ist jedenfalls eine sehr erfreuliche und zudem schöne Neuerscheinung. Der erstaunlich niedrige Preis wird wie der solide Inhalt zu einer hoffentlich weiten Verbreitung beitragen.

Uwe Czubatynski (Bad Wilsnack)

(1) Hingewiesen sei auf das von der Herzog August Bibliothek Wolfenbüttel edierte Verzeichnis der gedruckten Briefe deutscher Autoren. T. 1: 1600 - 1750. Bearb. von Monika Estermann und T. 2: 1751 - 1980. Bearb. von Thomas Bürger. Wiesbaden 1993 ff. (Repertorien zur Erforschung der frühen Neuzeit; 12).

(2) Vergleiche die Sammelrezension von Angela Karasch in: Informationsmittel für Bibliotheken 2(1994), H. 1, S. 94 - 110.

(3) Eine sehr gute Einführung bietet Johannes Schilling: Latinistische Hilfsmittel zum Lutherstudium. in: Lutherjahrbuch 55 (1988), S. 83 - 101.

*

Döring, Hellmut: Freiburger Inkunabelkatalog : Die Inkunabeln der Andreas-Moeller-Bibliothek des Geschwister-Scholl-Gymnasiums und weiterer Freiburger Sammlungen / unter Mitwirkung von Konrad von Rabenau von Hellmut Döring. - Berlin : Akademie-Verlag, 1993. - XIII, 196 S., [9] Bl. Abb. - (Beiträge zur Inkunabelkunde ; Folge 3 ; 9)

Der neueste Band in der vom Gesamtkatalog der Wiegendrucke an der Staatsbibliothek zu Berlin betreuten Reihe erschließt eine der ganz wenigen in den neuen Bundesländern noch bestehenden Schulbibliotheken. (1) Die Einleitung zu diesem Katalog beschreibt im ersten Kapitel diejenigen vier Institutionen, in denen die Inkunabeln heute verwahrt werden:

1) Die Gymnasialbibliothek (S. 3 - 5, 47 - 114). Mit gut neun Zehnteln gehört der größte Teil der verzeichneten Drucke (524 Titel und 11 Fragmente) der Gymnasialbibliothek. Sie trägt den Namen eines Konrektors, dessen Wirken in der ersten Hälfte des 17. Jahrhunderts die Blütezeit der Bibliothek bezeichnet. Das Gymnasium wurde 1515 mit dem Rektor und Humanisten Johannes Rhagius Aesticamp(i)anus gegründet und 1539 unter Hieronymus Weiler zeitweilig zu einer theologischen Lehranstalt ausgebaut. 1542 gelangten die Bücher des Domes, 1565 erst die Klosterbibliotheken an die Schule. Die dadurch entstehende "bibliotheca publica" war zugleich Schul-, Rats- und Kirchenbibliothek.

2) Die Kirchenbibliothek St. Jacobi (S. 5, 117 - 122). 1557 erhielt die Kirche die Bücher aus dem 1540 aufgelösten Jungfrauenkloster. Der Bestand wurde weiter vermehrt, insbesondere durch eine Schenkung des gelehrten Superintendenten Mag. Christoph Gottlob Grundig (gest. 1780). Nach dem Abriss der Kirche im Jahre 1890 werden die Bücher heute im Ephoralarchiv am Dom aufbewahrt, sind aber im Gegensatz zur Schulbibliothek schlecht erhalten.

3) Die Stadt- und Kreisbibliothek (S. 5 - 6, 123). Die Bücher stammen aus der Kirche in Oberbobritzsch und gelangten später an den Freiburger Altertumsverein.

4) Die Bergakademie (S. 6, 124). Die ebenfalls nur drei Inkunabeln gehören zu der rund 14000 Bände umfassenden Privatbibliothek des Mineralogen Abraham Gottlob Werner (gest. 1817).

Im zweiten Kapitel werden die Provenienzen eingehend untersucht. Indizien für die Herkunft sind dabei Namensentragungen und Schenkungsvermerke sowie sieben an den Titelschildern und Signaturen identifizierte Schreibhände. Eine Novität ist die minutiöse Aufschlüsselung von neun verschiedenen Kettenformen, da sich an immerhin 122 Bänden die Ketten erhalten haben. Es folgt - dies ist die Leistung Konrad von Rabenau - eine eingehende Untersuchung der Einbände. Allerdings lassen sich nur weniger als die Hälfte der Bände aus dem Gymnasium lokalisieren. Demnach sind viele Bücher in Leipzig, eine größere Zahl auch in Erfurt gebunden worden. Insbesondere werden erstmals fünf Freiburger Werkstätten abgegrenzt, wobei der sogenannte "Schnüren-Meister" vielleicht im Franziskanerkloster gearbeitet hat.

Das dritte Kapitel, das zusammen mit den Provenienzlisten am Ende des Bandes gelesen werden muß, untersucht diejenigen mittelalterlichen Bibliotheken, denen die Inkunabeln entstammen:

1) Das Franziskanerkloster (S. 16 - 18, 179 - 187). Eine Rekonstruktion, die auch das methodische Vorbild für den jetzigen Katalog abgegeben hat, ist bereits 1976 von Hellmut Döring unternommen worden. Die derzeit noch nachweisbaren 159 Bände (96 Inkunabeln, 25 Postinkunabeln, 7 Handschriften, 5 Verluste in Dresden, 9 anderswo aufbewahrte Inkunabeln, 17 an die Dominikaner abgegebene Bände) weisen auf eine mittelgroße Bibliothek, die 1487 als "libreria noviter constructa" bezeichnet wird. Die Bücher waren an Pulten befestigt, trugen jedoch keine Signaturen. Das auffällige Fehlen von liturgischen Büchern weist darauf hin, daß diese nach der Reformation offenbar vollständig makuliert wurden. Entsprechend dem Armutsideal des Ordens geschahen die Anschaffungen häufig durch Almosen oder sonstige Stiftungen.

2) Das Dominikanerkloster (S. 19 - 20, 188 - 190). Es handelt sich um einen kleineren, ebenfalls unsignierten Bestand von heute noch 59 Bänden (45 Inkunabeln, 9 Postinkunabeln, 5 Handschriften), da ein Stadtbrand im Jahre 1484 auch das Kloster zerstört hat.

3) Das Kollegiatstift (S. 20 - 21, 191 - 194). Der in kurzer Zeit zu beachtlicher Größe gewachsene Bestand des erst 1480 errichteten Stiftes unterscheidet sich deutlich von den Klosterbüchereien. Es sind fast keine Ketten und Titelschilder nachweisbar, dafür aber kostbare Beschläge. Von den 110 nachweisbaren Büchern (102 Inkunabeln, 1 Postinkunabel, 7 Handschriften) sind 62 juristischen Inhalts, ein Umstand, der auch an vielen anderen Domstiftsbibliotheken nachweisbar ist.

4) Das Jungfrauenkloster (S. 21 - 23, 195 - 196). Die heute noch in der Kirchenbibliothek vorhandenen 40 Inkunabeln und 27 Postinkunabeln weisen weder Ketten Spuren noch Signaturen auf, zumal die meisten Bände später neu gebunden wurden. Aus einem älteren Katalog von 1780 ist erweislich, daß seitdem 20 Inkunabeln, Postinkunabeln und Handschriften verloren gegangen sind.

Der Inkunabelkatalog verzeichnet (unter Berücksichtigung der springenden Zählung) insgesamt 583 Exemplare, das Verzeichnis nach Druckorten erfaßt 542 Drucke und 29 Dubletten. Interessant ist der Anteil der einzelnen Orte, der im Buch leider nicht aufgeschlüsselt ist. Vergleichende statistische Untersuchungen zur geographischen Zusammensetzung einzelner Sammlungen

scheint es bis jetzt leider nicht zu geben, obwohl signifikante Unterschiede zu erwarten sind, die Rückschlüsse auf den Sammler oder den Buchhandel erlauben würden. Die Freiburger Drucke verteilen sich wie folgt: Köln 103 (19 %), Straßburg 91 (16,8 %), Venedig 65 (12 %), Nürnberg 60 (11,1 %), Basel 59 (10,9 %), Leipzig 52 (9,6 %), Augsburg 33 (6,1 %), Speyer 17 (3,1 %), Lyon 12 (2,2 %), Ulm 10 (1,8 %), Mainz, Reutlingen und Rom je 6 (1,1 %). Der Rest verteilt sich mit je drei Drucken auf Tübingen und Urach, mit je zwei auf Lübeck und Rostock und je einem auf Antwerpen, Blaubeuren, Brüssel, Heidelberg, Magdeburg, Mailand, Neapel, Padua, Paris, Siena, Utrecht und die südliche Niederlande.

Der Katalog ist auch durch Konkordanzen zu den einschlägigen Inkunabelbibliographien und ein Signaturenregister der Gymnasialbibliothek erschlossen. Es folgt ein Personenregister, das unter besserer Platzausnutzung mit dem Register der Orte und Institutionen hätte vereinigt werden sollen, sowie ein Register der Buchbinderwerkstätten. Es schließen sich eingehende Provenienzlisten an, die sehr richtig auch die Postinkunabeln, Handschriften und die verlorenen Bände mit einschließen. Den Beschluß des Bandes bilden 16 Abbildungstafeln, die die Kettenformen, Schrifttypen, Einbände und interessante Drucke dokumentieren.

Erwartungsgemäß ist der Ertrag für die Inkunabelforschung im engeren Sinne nicht sehr groß. Hervorzuheben sind ein Probedruck des Breviarium Misense von 1483 (GW 5390), der hier nur als Abbildung, nicht aber im Katalog oder in den Registern erscheint; das sehr gut erhaltene Unikat einer Leipziger Vorlesungsanzeige (bereits 1911 ediert); eine Cura pastoralis (GW 7854), von der bisher nur ein unvollständiges Exemplar bekannt war, und ein Augsburger Probedruck von 1474.

Bedauerlich ist die schlechte, da mit Schreibmaschine erzeugte Typographie, die sich insbesondere bei der Einleitung störend bemerkbar macht. Dem Band ist auch noch an etlichen Stellen die laut Vorwort langwierige Redaktionsgeschichte anzumerken. So stört ein falscher Seitenumbruch auf S. 16 bis 18 (S. 17/18 eine Zeile ausgefallen), und die Seiten 123 und 124 sind vertauscht worden. Von einigen Druckfehlern müssen wenigstens folgende als sinnentstellend korrigiert werden: S. 17 Zeile 2 *liberaria* statt *litteraria*; S. 23 Zeile 4 Katalog von 1780 statt 1480, und bei Nr. 341 ist der Druckort natürlich Leipzig und nicht Freiberg. Auch wäre die Einleitung übersichtlicher und leichter zu lesen, wenn die Darstellung streng chronologisch angelegt worden wäre. Irreführend ist am Ende der Einleitung (S. 23 mit Anm. 198) auch der Hinweis auf Luther, da an der zitierten Stelle von scholastischen Büchern durchaus nicht die Rede ist.

Erstmals wurde 1842 von Julius Petzholdt der Versuch unternommen, die mittelalterlichen Freiburger Bibliotheken zu rekonstruieren. (2) Die Voraussetzungen dazu sind insofern günstig, als die Bestände im Vergleich zu anderen Orten gut erhalten und fast alle in Freiberg verblieben sind. Mit dem vorliegenden Band ist nicht nur die Inkunabelforschung durch eine qualifizierte Monographie bereichert, sondern auch die älteste Freiburger Bibliotheksgeschichte mit größtmöglicher Genauigkeit untersucht worden.

Uwe Czubatynski (Bad Wilsnack)

(1) Ein erster Überblick über das Schicksal der Gymnasialbibliotheken ist zu finden bei Friedhilde Krause: Handbuch der historischen Buchbestände in Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen. Erfahrungen und Perspektiven. in: Wissenschaftliche Bibliotheken im vereinten Deutschland. 81. Deutscher Bibliothekartag in Kassel 1991. Hrsg. von Engelbert Plassmann [u. a.], Frankfurt/M. 1991, S. 175 - 198 (ZfBB; Sonderheft 54).

(2) Nach Kenntnis des Rezensenten ist der Titel von Julius Petzholdt: Bibliotheken der Klöster und des Collegiat-Stiftes zu Freiberg. Dresden: Walther 1842. 36 S. entgegen den Angaben auf S. XIII separat erschienen.

*

Rundbrief Fotografie. Sammeln - Bewahren - Erschließen - Vermitteln. Vierteljahreszeitschrift, hg. von der Arbeitsgruppe "Fotografie im Museum" des Museumsverbandes Baden-Württemberg e.V. in Zusammenarbeit mit der Sektion Geschichte der Deutschen Gesellschaft für Photographie. Neue Folge 0, Nov. 1993. 36 S. geheftet.

Vorgestellt wird hier die sog. 'Null-Nummer' des neu gewandeten "Rundbriefs Fotografie", zugleich auch Nr. 22 des gleichnamigen Vorläufers, der bis dato als notdürftig zusammengehaltene 'Loseblattsammlung' ins Haus kam - viermal jährlich und kostenlos. Künftig nun - durch professionelles Druckverfahren in neuem 'Outfit' - will man auch äußerlich dem Anspruch an eine Fachzeitschrift gerecht werden - die wird dann allerdings etwas kosten. Was verspricht diese Ausgabe "N(eue) F(olge) O"? Macht sie gespannt auf weitere Hefte, reizt sie gar zu deren regelmäßiger Lektüre an? Der "Rundbrief Fotografie" will sich an alle wenden die mit dem Medium 'Foto' in irgendeiner Weise zu tun haben, so an Museumsleute, Ausstellungsmacher, Archivare, Bibliothekare, Dokumentare, Konservatoren, Restauratoren u.a.m. Er enthält diverse Standardrubriken unter denen kleinere Beiträge freier Mitarbeiter, in der Regel 'Zulieferer' resp.

Einsender 'vom Fach', abgedruckt sind (als Leserservice werden am Ende des Heftes übrigens die Adressen der einzelnen Autor/innen aufgeführt, so daß eine fachliche Kontaktaufnahme erleichtert wird).

Mit einigen Kostproben aus der vorliegenden Ausgabe soll nun mit der grundlegenden Konzeption und Struktur dieses renovierten Periodikums bekannt gemacht werden.

Einem Editorial zu Beginn folgt die Rubrik "Ein Bild": Aus dem reichhaltigen Fundus historischer Fotografien wird eine Aufnahme herausgegriffen und auf einer Seite detailliert beschrieben, dabei die im Bild eingefangene Situation sowohl in ihren geschichtlichen Entstehungszusammenhang gerückt als auch motivanalytisch untersucht. Unter dem Stichwort "Konservatorisches" werden anschließend Funktionsweise und Nutzungszweck einer Prismenkamera zur Buchreproduktion erklärt. Sodann wird die Frage gestellt: "Kunststoffreiner für Plexiglasscheiben?" - worauf der Autor eine Antwort auch prompt nicht schuldig bleibt. Es folgt die Vorstellung eines beispielhaften Fotorestaurierungsprojekts an einem Stadtmuseum. Eine andere Rubrik befaßt sich mit "Verfahren und Werkstätten". Dort erfährt der Leser etwas über die Leipziger Lichtdruck-Werkstatt und über Workshops zu alten Fototechniken. Unter der Sparte "Fortbildung" werden stets die Exkursionen der "Arbeitsgruppe Fotografie im Museum" resümiert, aber auch über größere Veranstaltungen wie z.B. das erste "Mittleuropäische AV-Mediengespräch" in Graz wird berichtet. Darüber hinaus wird über anstehende Weiterbildungsprojekte (z.B. für Buchbinder) informiert. Die Rubrik "Ausstellungen" mit diesbezüglichen Daten und Kritiken schließt sich an und ergänzt eine bereits am Heftanfang plazierte allgemeine Terminübersicht, die laufende und bevorstehende Veranstaltungen ankündigt. Der Abschnitt "Archive, Bibliotheken und Museen" stellt Fotobestände und Neuerwerbungen einzelner Institutionen vor, setzt aber auch "Suchmeldungen" ab, wenn es um die Mithilfe bei der Bestückung von Ausstellungen und Dokumentationen geht. Unter der Rubrik "Fototechnik" erfährt man dort auch "Topnews" wie: "Das Deutsche Museum plant eine neue Abteilung Photographie". Im darauffolgenden Kapitel berichten die regionalen inländischen aber auch einige ausländische 'AG's' aus ihrer Arbeit. In der Auflistung fehlen allerdings einige Bundesländer, woraus man folgern könnte, daß sich noch nicht überall - insbes. auch in Ostdeutschland - derartige Arbeitsgruppen gebildet haben. Die Rubrik "Dokumentation und EDV" enthält neben Tagungsberichten internationaler Kongresse in der vorliegenden Ausgabe sowohl eine Notiz zur Verleihung des Medienkunstpreises als auch Erfahrungsberichte zur Photo-CD, einem neuen Speichermedium, das auch in den Archivreicht Einzugs hält. In der Sparte "Literatur" findet man Rezensionen zu Publikationen aus dem weitläufigen Foto-Sektor. Letzmal artikuliert sich übrigens im Anhang dieser Zeitschrift die Arbeitsgruppe "Papier & Graphik". Sie wird im Zuge der Neustrukturierung des "Rundbriefs Fotografie" und seiner nun betont überregionalen Ausrichtung abgekoppelt und informiert fortan im Museumsblatt der Landesstelle für Museumsbetreuung und des Museumsverbandes Baden-Württemberg ihre Klientel, kommt also künftig auf eigenen Vertriebswegen zu den Interessenten.

Der "Rundbrief" bemüht sich auch inhaltlich um ein wachsendes Maß an Internationalität - durch die Berücksichtigung von Autoren, Vorstellung von Institutionen und Hinweise auf Veranstaltungen anderer Länder. So konnte sogar ein Experte aus dem Kanadischen Nationalarchiv in Ottawa (Klaus B. Hendriks) für eine regelmäßige Kolumne in der Rubrik "Notes on Preservation" am Anfang eines jeden Heftes gewonnen werden.

Doch wie in anderen fachwissenschaftlichen Zeitschriften wird man auf Zusammenfassungen wichtiger Beiträge in mehreren Sprachen nicht verzichten können; das gilt mit Blick auf die inländische Leserschaft bei fremdsprachigen Beiträgen und auf die ausländische Leserschaft bei deutschsprachigen Artikeln. Denn Schiagbäume lassen sich leichter abbauen als Sprachbarrieren! Ob die hoch gesteckten und gleichsam geweckten Erwartungen in Erfüllung gehen und zur Etablierung des "Rundbriefs" als 'Pflichtlektüre' führen werden, wird sich erst mit den folgenden Ausgaben erweisen und wird dabei wesentlich vom Engagement der freien Autoren, vom Niveau der Beiträge und - wie sollte es bei kommerziellen Produkten auch anders sein - nicht zuletzt von der Akzeptanz im Adressatenkreis abhängen. Ungeachtet dessen verdient jedoch bereits der Versuch Respekt, ein 'Blatt auf die Beine zu stellen', das durch seine interdisziplinäre und internationale Ausrichtung zusammenführen will - ein Ansatz der gewagt erscheint, aber von einem derzeit günstigen Trend hin zur grenzüberschreitenden, die traditionellen fachlichen und hoheitlichen Besitzstände überwindenden Kooperation profitieren könnte.

Michael Bock (Karlsruhe)

*

Reichsorganisationsleiter der NSDAP - Bestand NS 22. Bearbeitet von Gregor Verlande. Findbücher zu Beständen des Bundesarchivs, Band 43. Koblenz 1993. 314 S., broschiert.

Als Publikationsfindbuch Nr. 43 des Bundesarchivs ist unlängst das Inventar zum dortigen Bestand 'Reichsorganisationsleiter der NSDAP' (NS 22) vorgelegt worden, zur Schriftgutüberlieferung einer Parteiinstitution, die den Aufstieg der nationalsozialistischen Bewegung durch ihre innerparteiliche Ordnungsfunktion maßgeblich mitgestaltet hat. Die NS-Partei sollte - wie Hitler bereits in "Mein Kampf" forderte - so organisiert sein, daß sie "in sich selbst schon den kommenden Staat trägt", ja sogar "ihm auch bereits den vollendeten Körper ihres eigenen Staates zur Verfügung stellen kann", wobei der Auftrag "der Kampf um die Macht sein muß, um durch sie den endgültigen Erfolg der Lehre zu erreichen" (1). Deshalb veranlaßte Hitler auch bald nach seiner Haftentlassung den systematischen Aufbau der Parteiorganisation. Aus einem 1926 eingerichteten Organisationsausschuß ging 1927/28 die Reichsorganisationsleitung (ROL) hervor. Das vorliegende Bestandsverzeichnis weist das fast vollständig erhaltene, nach dem Weltkrieg zunächst in US-Gewahrsam gelangte, später sukzessive zurückgegebene Schriftgut der ROL nach und orientiert sich dabei an den beiden klaren Registraturschnitten in der Aktenführung dieser Parteibehörde, die drei zeitlich fixierte Registraturphasen voneinander abgrenzen. Innerhalb dieser chronologisch definierten Abschnitte ist das Schriftgut in einem 'logischen Gefälle' nach Unterprovenienzen gegliedert.

Abschnitt A des Repertoriums umfaßt die erste Registraturphase von 1927 bis zur grundlegenden Neuformierung der ROL im Juli 1932 und listet Unterlagen der Organisationsabteilungen I und II, der beiden Arbeitsbereiche der ROL, auf. Die Organisationsabteilung I wurde von dem seit 1928 amtierenden ersten Reichsorganisationsleiter Gregor Strasser selbst geführt und war für die Lenkung und Überwachung des im Auf- bzw. Ausbau befindlichen Parteiapparates zuständig. Von dieser Abteilung sind Schriftwechsel, Anordnungen, Mitteilungen und sonstige Unterlagen überliefert, die insbesondere die NS-Propagandaarbeit und das Wirken diverser Parteigliederungen und -verbände (Jugend, Frauen, Ärzte, Lehrer, Kriegssopfer) betreffen, sowie darüber hinaus relativ umfangreiches Material zur Lage in den einzelnen Parteigauen. Vergleichsweise spärlich ist dagegen die Überlieferung zur Organisationsabteilung II (der mehr 'technischen' Komponente), die Konstantin Hiert unterstand und die die Partei ressorientiert auf den angestrebten Machtwechsel vorbereiten sollte. Aus dem Bereich von drei ihrer nachgeordneten Abteilungen, der Wirtschaftspolitischen, der Ingenieur-Technischen sowie der Agrarpolitischen Abteilung sind Unterlagen im Bestandsrepertorium aufgeführt.

Abschnitt B bezieht sich auf die zweite, lediglich halbjährige Registraturphase, die den Ereigniszeitraum von Juli (Strassers große Organisationsreform) bis Dezember 1932 (Strassers Amtsverlust) und somit gleichsam Höhepunkt und Tiefpunkt der Parteikarriere des ersten Reichsorganisationsleiters umspannt. Bis dahin "baute Gregor Strasser als 'Reichsorganisationsleiter' die Partei zu einem förmlichen Mikrokosmos von Staat und Gesellschaft aus", und mit "der straffen Durchorganisation von oben nach unten, auf die alle Gauen festgelegt wurden" (2) wollte er die ROL für seine lange gehegten Ambitionen auf die parteinterne Vormachtstellung instrumentalisieren. Zu diesem Zweck ließ er die bisherigen, in einem Konkurrenzverhältnis zueinander stehenden beiden Organisationsabteilungen auflösen. Bis Oktober 1932 wurden stattdessen neun Hauptabteilungen gebildet. Dem Reichsorganisationsleiter Strasser war nun ein Hauptstabsleiter (Alexander Glaser) zur Seite gestellt, aus dessen Bereich insbesondere Schriftwechsel mit den einzelnen (Haupt-)abteilungen überliefert ist. Als Hauptabteilung I figurerte die neue Reichsinspektion I unter der Leitung von Paul Gustav Schulz (bisher Stellvertreter Strassers in der Organisationsabteilung I), der die nördlichen und östlichen Landesinspektionen unterstellt waren. Von ihr liegt vor allem Schriftverkehr mit anderen (Haupt-)abteilungen, den unterstellten Landesinspektionen, der Reichsparteileitung, Parteigauen und anderen Parteidienststellen vor. Als Hauptabteilung II wurde die Reichsinspektion II eingerichtet, der Robert Ley (seit 1931 Reichsorganisationsinspekteur in der Organisationsabteilung I, nun neben Schulz gleichberechtigter Stellvertreter des Reichsorganisationsleiters Strasser) vorstand und die für die westlichen und südlichen Landesinspektionen (incl. Sachsen-Thüringen) sowie die österreichische 'Landesleitung' zuständig war. Überliefert ist hierzu vor allem Korrespondenz mit der Hauptabteilung I und den unterstellten Landesinspektionen. Die bisherigen Fachabteilungen gingen in den neuen Hauptabteilungen III-IX auf. Jedoch nur aus der Hauptabteilung III (insbes. Interna und Schriftwechsel) mit den eigenen Abteilungen Innenpolitik, Kommunalpolitik und Volksgesundheit sowie mit den anderen Hauptabteilungen, Parteigauen und der Reichsparteileitung) sowie der Hauptabteilung V (Agrarpolitik) sind Unterlagen erhalten.

Strasser, längst wegen seiner abweichenden ideologischen und parteiorganisatorischen Auffassungen bei Hitler in Mißkredit geraten, drohte nun zu übergroßer innerparteilicher Machtfülle zu gelangen. Deshalb wollte Hitler sich von diesem Konkurrenten, der auch seinen lazierenden 'Legalitätskurs' in Richtung Regierungs- und Staatsspitze zu gefährden schien, jetzt endgültig 'befreien'. Im Dezember 1932 war der parteinterne Machtkampf schließlich zu Ungunsten von Strasser entschieden. Hitler brachte - unterstützt von Strassers 'Intimfeind' Goebbels - die politische Komponente völlig unter seine

Kontrolle und beließ dem Strasser-Nachfolger Robert Ley, der nun vorübergehend die Bezeichnung 'Stabsleiter der Politischen Organisation (P.O.)' trug (ab Nov. 1934 dann wieder Reichsorganisationsleiter), lediglich das 'technische' Aufgabengebiet der Organisationsarbeit. Die diesem unterstellte Reichsorganisationsleitung führte - bis zu ihrer Rückbenennung im Nov. 1934 - zeitweilig den Namen 'Oberste Leitung der P.O.'. Die Reichsinspektionen (=Hauptabteilungen I und II) und die ihnen nachgeordneten Landesinspektionen sowie die Hauptabteilungen IV und V wurden ganz aufgelöst, andere (Haupt-)Abteilungen miteinander verschmolzen oder ausgegliedert. Einige Aufgabenbereiche wurden Hitler direkt, andere seinem loyalen Stellvertreter Rudolf Heß und der von diesem geleiteten neuen 'Politischen Zentralkommission' unterstellt. Die gewachsene Bedeutung von Heß wird auch in der weiteren Entwicklung der Parteiorganisation deutlich, als ihm Ende 1934 nämlich gut die Hälfte der Hauptämter der bisherigen 'Obersten Leitung der P.O.' unterstellt wurde, während die andere Hälfte zu einer neuen Reichsorganisationsleitung zusammengefaßt wurde. Die Entmachtung von Gregor Strasser und gleichzeitige Aufwertung von Ley und Heß zeigt, "daß Hitler an der Spitze des Parteiapparates keinen machtbewußten Parteiführer, sondern lediglich einen mehr oder weniger tauglichen, vor allem aber ihm persönlich unbedingt ergebenen Geschäftsführer sehen wollte" (3). Theodor Heuß hatte diese Verbindung von Bürokratie und Führerprinzip seinerzeit als "bürokratisierte Romantik" (4) charakterisiert. Neben den 'technisch'-organisatorischen Aufgaben, die übrigens auch die Abwicklung der Reichsparteitage mit inbegriffen, zeichnete die ROL zudem für die Auswahl und Schulung der Führerkorps der Partei verantwortlich und nahm Einfluß auf das Personalwesen, wobei Hitler natürlich keineswegs übergangen werden durfte. Die ROL verlor indes nach der NS-Machtübernahme, als der ihr einst zugewiesene Auftrag zur Parteaufbauarbeit erfüllt schien, zunehmend nicht nur an eigenständigem Profil, sondern auch an praktischer Bedeutung und erstarrte in den folgenden Jahren bis zum Ende hin in ihrer parteibürokratischen Routine. Die Überlieferung dieser dritten, den Dokumentationszeitraum 1933-1945 umspannenden Registraturphase (Abschnitt C) umfaßt Material der ROL bzw. der Obersten Leitung der P.O., des Hauptstabsamts, Zentralamts, Verwaltungsamts, (Haupt-)Organisationsamts, Amts für Ausbildungswesen, Amts für Organisationschrifttum, Amts für Statistik, Hauptamts für die Organisationsleitung der Reichsparteitage, (Haupt-)Personalamts, Haupt- bzw. Reichsschulungsamts, Mobilmachungs- und Abwehrbeauftragten sowie des Sonderreferats für Gemeinschaftshäuser. Der folgende Abschnitt D bezieht sich dagegen auf eine sachthemenatisch angelegte, nicht provenienziell strukturierte Presseauschnittsammlung zu den Rubriken Staat und Gesellschaft im In- und Ausland, NSDAP-Parteiapparat, Deutschland im Ausland, in- und ausländische Persönlichkeiten sowie Zweiter Weltkrieg (bis 1941).

Im Anhang (Abschnitt E) sind Unterlagen zur dem Hauptschulungsamt nachgeordneten Adolf-Hitler-Schule/Ordensburg Sonthofen aufgeführt. Das im großen und ganzen gut bearbeitete und zurecht als publikationswürdig erachtete Repertorium wird mit Konkordanz (Archivsignatur/Findbuchseite; Alliierte Signaturen/Signaturen des Bundesarchivs; Vorläufige Signatur/Arbeitssignatur/endgültige Signatur) und einem dreiteiligen (Personen-, Orts-, Sach-) Index abgeschlossen. Zu bedauern ist allenfalls das Fehlen eines Abkürzungsverzeichnisses, das zumal dann unentbehrlich ist, wenn eine Abkürzungsaufklärung in Klammern regelmäßig nur hinter der Erstnennung erfolgt. Als unerfreulich erweist sich dies spätestens dann, wenn eine in der Vorbemerkung verwendete Kurzform wie 'NS-Hago' (=Nationalsozialistische Handwerks-, Handels- und Gewerbe-Organisation) sogar bei ihrer Erstnennung (S.XII) und zudem im Index (S.285) nicht aufgelöst wird. Eines erklärenden Hinweises hätte es vielleicht auch bedurft, warum die Schreibweise "Straßer" statt der gängigen, lexikalen Namensschreibung "Strasser" verwendet wurde. Außerdem wäre es wohl einen Versuch wert gewesen, in der Vorbemerkung die über die Jahre hinweg erfolgten Veränderungen der sehr komplexen Organisationsstruktur nicht nur textlich zu vermitteln, sondern zusätzlich auch in ihrer chronologischen Abfolge graphisch verknüpft zu veranschaulichen. Verschwiegen werden darf indes auch nicht ein kleiner Mißklang in der ansonsten sehr sorgfältigen Arbeitsweise. So wurde nämlich eine ganze Seite (IX) der Vorbemerkung wortgetreu aus dem Standardwerk von Broszat (5) übernommen, ohne dies unmittelbar als Zitat zu kennzeichnen und in den Anmerkungsapparat aufzunehmen. Worüber sich bei archivinternen Repertorien noch großzügig hinwegsehen läßt, darauf sollte bei Publikationsfindbüchern doch schon ein genaueres Augenmerk gerichtet werden! Ungeachtet dieser 'Schönheitsfehler', die den positiven Gesamteindruck vielleicht ein wenig trüben mögen: Die Notwendigkeit von Publikationsfindbüchern zu wichtigen Archivbeständen hat sich erneut erwiesen und die historische Forschung zum Nationalsozialismus, vornehmlich diejenige, die den Aufstieg der NS-Bewegung untersucht, wird für diese Vorleistung und Unterstützung aus archivarischer Hand gewiß sehr empfänglich und gleichermaßen dankbar sein.

Michael Bock (Karlsruhe)

(1) Hitler, Adolf: Mein Kampf. München 1925. S.503.

(2) Bracher, Karl Dietrich: Die deutsche Diktatur. Frankfurt/M., 6.Aufl.1979. S.195.

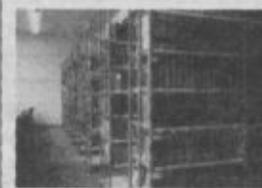
(3) Broszat, Martin: Der Staat Hitlers. München, 11.Aufl.1986. S.80.

(4) Heuß, Theodor: Hitlers Weg. Stuttgart 1932. Neuausg. 1968. S.118.

(5) Broszat, Martin: Der Staat Hitlers. München, 11. Aufl. 1986. S. 73.

*

Wir richten Bibliotheken ein: Kleine – große – UND IHRE!

				
	<p>Eichmüller Organisation GmbH Postfach 16 20 74006 Heilbronn Tel.: 0 71 31/17 60 91 Fax: 0 71 31/16 48 28</p>			

Johannes Vogler, Von der Rüstungsfirma zum volkseigenen Betrieb. Aufzeichnungen eines Unternehmers der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands von 1945-1948, hrsg. von Burghard Ciesla (= Biographische Quellen zur Geschichte nach 1945, hrsg. im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte und in Verbindung mit dem Bundesarchiv von Wolfgang Benz, Bd. 12), R. Oldenbourg Verlag, München 1992, 164 S.

Am 02.08.1945 wurden die Sächsischen Gußstahl-Werke Döhlen AG sowie das Tochterunternehmen, die Freitaler-Stahl-Industrie (FSI), als Rüstungsbetriebe unter Sequester gestellt und auf der Grundlage des Befehls Nr. 124 der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland unter Demontage genommen. Die nach Kriegsende von der FSI in Angriff genommenen Produktionsumstellungen auf die Reparatur von Lokomotiven und Waggons wurden damit täglich grundsätzlich in Frage gestellt. Damit waren auch täglich die Arbeitsplätze gefährdet. Die Arbeitsplatzsicherung war in dieser Zeit jedoch überlebenswichtig, da das System der Lebensmittelrationierung nur den Arbeitenden den Erhalt einer Lebensmittellkarte sicherte.

In dieser Situation entschied sich Johannes Vogler 1946, geprägt von der Erfahrungswelt privatwirtschaftlicher Verhältnisse zur Problembewältigung, zur Gründung der Mechanischen Werkstätten Freital bei Dresden. Gebäude und Grundausstattungen des ehemaligen Rüstungsbetriebes FSI nutzend, sicherte er mit seiner persönlichen Entscheidung zur Gründung eines Privatunternehmens die Bedingungen zur Fortführung der Reparaturleistungen und somit die Arbeitsplätze der Belegschaft.

Die Tagebuchaufzeichnungen Johannes Voglers dokumentieren vor allem den täglichen Überlebenskampf des Privatunternehmens, beschreiben ausführlich, mit welchen Problemen sich das zur Reparatur von Lokomotiven- und Eisenbahnwaggons gegründete Unternehmen konfrontiert sah: mit fehlenden finanziellen Mitteln und Grundmaterialien, mit widersprüchlichen Beziehungen zwischen der Sowjetischen Militäradministration und der sächsischen Landesverwaltung, vor allem aber mit der oft willkürlichen Demontagepraxis und dem harten Reparationskurs der sowjetischen Besatzungsmacht. Johannes Vogler verfaßte seine Aufzeichnungen - geprägt von seinen Lebenserfahrungen im Nationalsozialismus und Stalinismus - unter Ausblendung der "Ich"-Form des Autors. Im Text ist immer nur von "Herrn Vogler" die Rede, häufig wird auch das kollektive "Wir" und "Unser" verwandt. Die distanzierte Berichtsperspektive im Tagebuch diente vor allem dem Zweck, daß sich der Autor bei möglichen Schwierigkeiten mit den sowjetischen Besatzungsbehörden verteidigen konnte und er jederzeit in der Lage dazu war, über seine Tätigkeit als Chef der Mechanischen Werkstätten Freital Rechenschaft abzulegen. Johannes Vogler schrieb das Tagebuch also nicht für sich, wie es für ein Tagebuch eigentlich der Fall ist, sondern für andere Personen - zur Absicherung als Herausgeber die Tagebuchaufzeichnungen in der 2. Hälfte der 1980er Jahre aufspürte, bestand sein wissenschaftlicher Anspruch, wie in seinem Vorwort formuliert, vor allem darin, aufzuzeigen, daß die Aufbau Praxis nach sowjetischem Beispiel für Unternehmen in der Sowjetischen Besatzungszone unweigerlich in die Verstaatlichung führten. Auf diesen Gesichtspunkt der Eingliederung des Unternehmens in den zentralistischen Wirtschaftsapparat stützen sich auch weitgehend die bereits vorliegenden Rezensionen.

Die Selbstzeugnisse des Johannes Vogler sind jedoch viel umfassender. Ciesla schreibt in seinem Vorwort, sie sind eine Sozial- und Erfahrungsgeschichte der Aufbaugeneration der SBZ und der späteren DDR. Das Tagebuch enthält eine Reihe von Eintragungen über das Alltagsleben. Der Leser erhält Einblick in das Mobilitätsverhalten, die Ernährungssituation, die Witterungsverhältnisse (Winter 1946/47), die allgemeinen Versorgungsbedingungen, die Stimmungslage, Arbeitskräftesituation, Geschäftsbeziehungen und vieles andere mehr. Dadurch wird ein sehr detailliertes Bild über die soziale und wirtschaftliche Mikroebene der SBZ vermittelt, d.h., die Anfangsphase des "roten Wirtschaftswunders" wird an einem konkreten Beispiel nachvollziehbar.

Aus meiner Sicht beschreibt Johannes Vogler vor allem die Entwicklung eines Mannes, der aus der Tradition der technischen deutschen Intelligenz kommend zum Privatunternehmer wird und geprägt von privatwirtschaftlichen Lebenserfahrungen sich in die Rolle des Leiters eines volkseigenen Betriebes begeben. Damit machen die Aufzeichnungen des Johannes Vogler "Übergangverhalten" von Menschensichtbar, die sich, aus dem NS-Regime kommend und vom privatwirtschaftlichen Denken geprägt, in die neue Gesellschaftsordnung einpassen müssen. Einen wichtigen Entwicklungsabschnitt in diesem Prozeß stellt die Erarbeitung der Betriebsordnung der Mechanischen Werkstätten Freital dar. Im Punkt 2 wird das Geschäftsverhältnis wie folgt definiert: Die Pflichten des Herrn Vogler sind, das auf seinen Namen geschriebene Unternehmen als Direktor so zu leiten und auszubauen, daß die durch die Belegschaft gesteckten Ziele gewahrt sind. Er hat außerbetrieblich die Verpflichtung, als alleiniger Privatunternehmer die Geschäfte zu führen. Innerbetrieblich dagegen hat er die Geschäftsstruktur so zu wahren, daß er in allen betriebsentscheidenden Fragen die Arbeitsgemeinschaft und den Betriebsratsvorsitzenden zur Entscheidung oder Unterrichtung hinzuzuziehen hat.

ARCHIVAR 5.1

Das von Praktikern professionell entwickelte PC-Programm zur Verwaltung und Erschließung von Dokumenten wie Akten, Karten, Bilder, Fotos, Nachlässe ... bietet u.a.:

- **Online-Verwaltung** von laufenden Beständen (Registaturen) und erweiterbaren Archiven unter verschiedenen Systematiken
- **Beste Datensicherheit** auch bei großen Beständen durch Programmierung mit der potenten Datenbanksprache CLIPPER
- **Umfangreiche Arbeitserleichterungen:** Übernahme in die Register ohne Schreibarbeit, Online-Menü für ständig benötigte Funktionen, automatisierte Erstellung von Deskriptoren, automatischer Wortumbruch, freie Funktions-tastenbelegung (Floskel-tasten), individuelle Erstellung von Erfassungsmasken etc.
- **Vollautomatische, komplette Erstellung von Findbüchern** durch Sofort-Sortierung (ohne vorgeschalteten Sortiervorgang)
- **Datenexport** über ASCII-Schnittstelle, Datenimport über vorformatierte Dateien
- **Schnellste Abfragen und schnelle Recherchen** u.a. verknüpfte Turbo-Textrecherche, verknüpfte Volltextrecherche
- **Daten- und Kopierschutz** über Crypto-Box; echte Netzwerkfähigkeit (Record-Locking)

Fordern Sie unsere ausführliche Leistungsbeschreibung mit Referenz- und Preisliste an!

Registatur- & Archivsoftware
Psf. 1123, D-79195 Kirchzarten
Tel.: 0 76 61/91 00 00, Fax 617 97

Der vorliegende Band stellt Verhalten von Menschen, insbesondere von Johannes Vogler, in einer Zeit des Übergangs eines Gesellschaftssystems in das andere dar. Das gibt dieser Edition eine aktuelle Bedeutung, die der Herausgeber zu Beginn seiner Tätigkeit nicht im Entferntesten erahnen konnte.

Dieses Tagebuch, das vordergründig die wirtschaftlichen Schwierigkeiten des Wiederaufbaus in der sowjetischen Besatzungszone zum Inhalt hat, trägt aus der Sicht aktueller Prozesse den Charakter einer Anpassungsstudie an sich verändernde wirtschaftliche und gesellschaftliche Verhältnisse. Hierin liegt auch die Leistung des Herausgebers. Mit seiner Edition verfügt die wirtschaftshistorische Forschung über eine wichtige Quellengrundlage zur vergleichenden Erforschung von gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Übergangsprozessen.

Wenn sich die wirtschaftshistorische Forschung in späteren Jahren verstärkt den Prozessen des Übergangs von der Plan- zur Marktwirtschaft im östlichen Teil Deutschlands zuwenden wird, wird man auf die Auswertung der Aufzeichnungen eines Unternehmers der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands kaum verzichten können.

Renate Schwärzel (Berlin)

*

Kurze, Peter/Steiner, Christian: Motorräder aus Zschopau. DKW-Auto Union-MZ, 1922-1994, Bogenschütz-Verlag, Bremen 1994, 120 Seiten.

Wer heute über die Geschichte ehemaliger Industriebetriebe der DDR etwas erfahren möchte, wird oftmals einen gravierenden Gedächtnisverlust feststellen müssen. Zwar gibt es zum Teil eine gute archivalische Überlieferung, da zu DDR-Zeiten per Gesetz das Archivgut der Betriebe den ehemaligen Staatsarchiven übergeben wurde. Andererseits ist mit dem Zusammenbruch der DDR-Industrie nach 1989 ein beträchtlicher Teil des "historischen Gedächtnisses" vor allem aus der jüngeren Zeit der Industriegeschichte der DDR unwiderbringlich verloren gegangen. Historiker werden es vielleicht künftig schwer haben, industrielles Handeln im Osten Deutschlands mit Hilfe von betriebsgeschichtlichem Material oder Veröffentlichungen genauer zu untersuchen.

Um so erfreulicher ist die "Geschichte der Motorräder aus Zschopau" zu bewerten. Es handelt sich hierbei jedoch nicht nur um eine Firmengeschichte. Vielmehr sind die Verfasser einen eher ungewöhnlichen Weg gegangen, indem sie versuchten, die Geschichte der sächsischen Motorradfirma aus verschiedenen Perspektiven zu beleuchten. Der rote Faden sind natürlich die Produkte, die Motorräder aus Zschopau. Sie werden chronologisch von den Anfängen bis 1994 als Firmengeschichte präsentiert. Zum anderen ist die Motorrad-Chronologie mit den zeitgeschichtlichen Ereignissen, der Geschichte des Motorrad-Rennsports und der Produktionsentwicklung der Firma synchronisiert. Diese Mischung gibt dem Buch in der Tat etwas Besonderes. Einen Anteil daran hat zweifellos die gelungene Gestaltung des Buches. Die Grundlage hierfür lieferte die Diplomarbeit der heute als Grafik-Designerin arbeitenden Martina Wessel.

Doch das Besondere dieses Buches wird auch aus der bis zuletzt spannenden Geschichte der Motorradwerke Zschopau ("MZ") selbst gespeist. Den Anfang machte der dänische Ingenieur Jörgen Skafte Rasmussen im Jahre 1907. Er erwarb bei Zschopau eine stillgelegte Tuchfabrik, um Armaturen für Dampfmaschinen zu produzieren. Der eigentliche Start vollzog sich aber erst während des 1. Weltkrieges mit dem Bau des Prototypen eines DKW (Dampfkraft-Wagen). Im Jahre 1918 waren es dann Spitzzugmotoren (DKW - "Des Knaben Wunsch") und wenig später Fahrradhilfsmotoren (DKW - "Das Kleine Wunder"). Letztere wurden durch ihre Zuverlässigkeit, Leistungsfähigkeit und vor allem aufgrund ihres Marketings berühmt: "DKW, das kleine Wunder, läuft bergauf wie andere runter". Die DKW Verkaufsorganisation entwickelte sich bereits in den zwanziger Jahren zu einer der fortschrittlichsten in Deutschland. Doch insbesondere technische Neuerungen, Fließbandproduktion und Rennerfolge trugen dazu bei, daß sich DKW in den dreißiger Jahren zum größten Motorradproduzenten der Welt entwickelte.

Der Zweite Weltkrieg, den das Werk in Zschopau fast unzerstört überstand, ließ die Produktionszahlen weiter in die Höhe klettern. Doch das Kriegsende bedeutete aufgrund der Rüstungsproduktion erst einmal unweigerlich das Ende. Es folgten mehrfache Demontagen, Technologietransfer, Produktionsverbote und die Mitnahme von Fachleuten durch die UdSSR. All dies konnte jedoch nicht verhindern, daß in Zschopau ab 1949 wieder Zweitaktmotoren und Motorräder produziert wurden. Zuerst unter dem Markenzeichen "IFA-DKW" (Industrievereinigung-DKW), ab 1951 nur unter "IFA" und ab 1956

unter dem Marken- und Firmenzeichen "MZ". In den siebziger Jahren gab es auch den Markennamen "Neckermann-MZ", da ab 1968 das Versandhaus "Neckermann" den Vertrieb in der Bundesrepublik übernommen hatte. Berücksichtigt man die offensichtlichen Schwierigkeiten im DDR-Automobilbau gerade in den letzten beiden Jahrzehnten, so ist es schon erstaunlich, daß es "MZ" immer wieder gelang, Innovationen hervorzubringen und auch produktionstechnisch umzusetzen. Am Ende der DDR zählte "MZ" noch immer zu einer der größten und angesehensten Motorradfabriken Europas. Im Dezember 1991 stand das Werk jedoch scheinbar vor der unvermeidlichen Liquidation. Ein zusammenbrechender Absatzmarkt und gescheiterte Verkaufsverhandlungen der Treuhandanstalt hatten die Situation zugespitzt. Doch eine halbjährige Galgenfrist und ein für die Treuhand überzeugendes Konzept ermöglichten letztendlich das Überleben. Am 1. Juli 1992 wurde die "MuZ" ("Motorrad- und Zweiradwerk GmbH") gegründet. Wie das alles geschah, kann das Buch eindrucksvoll und anschaulich vermitteln.

Hervorgehoben sei noch, daß die vorgenommene Bildauswahl in Verbindung mit den Daten zur Geschichte und zum Motorrad-Rennsport durchaus gelungen ist. So läßt die angebotene Kombination von Text, Daten und Bild manches in einem anderen als heute üblich gewordenen Licht erscheinen. Das Buch ist nicht nur für Interessenten der Technikgeschichte, der Motorradentwicklung oder des Motorrad-Rennsports eine Fundgrube, sondern auch der zeithistorischen Forschung werden eine Vielzahl von Fakten, Hintergrundinformationen und Zusammenhängen angeboten. Im Anhang finden sich nützlichweise die Biographien der mit der Firmengeschichte eng verbundenen Persönlichkeiten. Eine Typenkunde der DKW-MZ-MuZ Serienmodelle von 1921 bis 1994 sorgt zusammenfassend für eine lückenlose technische Dokumentation und erleichtert damit auch die Orientierung für den mit der Motorradentwicklung weniger vertrauten Leser.

Burghard Ciesla (Potsdam)

*

Niederlausitzer Studien 26 (1994), 188 S. (Auslieferung: Buchhandlung Maria Grund, 15898 Neuzelle).

Die von der Niederlausitzer Gesellschaft für Geschichte und Landeskunde e.V. herausgegebenen Hefte reihen sich ein in die wissenschaftliche Ansprüche erfüllende landesgeschichtliche Fachliteratur. Sie bewahrt damit die Tradition der 1885 begründeten und zuletzt bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges von Rudolf Lehmann betreuten "Niederlausitzer Mitteilungen". Es ist ein Verdienst Rudolf Lehmanns (1891-1984), der von 1949 bis 1958 auch Leiter des damaligen Landesarchivs Lübben war, daß die Niederlausitz zu den historisch am besten erschlossenen Regionen von Deutschland gehört. Seinem Leben und Werk ist ein Beitrag von H.-D. Krausch gewidmet. Aus Lehmanns nachgelassenen Aufsätzen werden zwei 1949 im Staatsarchiv Wrocław aufgefundene Urkunden Markgraf Dietrich des Jüngeren für das Gubener Gebiet von 1294 und 1295 publiziert. K. Beránek informiert über Quellen zur Geschichte des Gubener Kreises im Staatlichen Zentralarchiv Prag; gehörte doch die Niederlausitz von 1368 bis 1635 der böhmischen Krone, was bei Archivstudien nur allzu oft vernachlässigt wird. M. Schieche analysiert das Stiftsgebiet Neuzelle auf alten Landkarten des 16. bis 18. Jhs. "Gehört die Niederlausitz zur Mark?" fragt F. Bönisch und warnt in seiner verwaltungsgeschichtlichen Studie, den Begriff Kurmark oder Mark Brandenburg wie in der NS-Zeit unhistorisch auf die Niederlausitz auszudehnen. Sie ist historisch und geographisch ein eigener Raum. Ihre Bewohner sind "Bürger des Landes Brandenburg, aber keine Märker". Weitere Beiträge sind der Waldgeschichte der früheren Oberlausitzer Ständeherrschaft Ruhland (D. Hanspach) sowie einzelnen Orten und Personen der Niederlausitz gewidmet. Zeitzeugenberichte über die Vertreibung aus dem Kreis Guben östlich der Neiße und über das sowjetische Speziallager Ketschendorf, Vereinsmitteilungen, Rezensionen und personelle Würdigungen für den Vereinsvorsitzenden Heinz-Dieter Krausch (65), für Fritz Bönisch (70) und Hans-Joachim Thiede (60) runden das Heft ab.

Gebhard Falk (Potsdam)

*

Das von der Wissenschaftlichen Gesellschaft in Toru herausgegebene 1. Heft des 58. Bandes der Zapiski Historyczne (Historische Notizen) enthält drei Artikel aus der Feder polnischer Autoren und einen Beitrag eines deutschen Historikers.

Zbigniew Anusik, Ein Versuch zur Revindikation polnischer Kulturgüter aus Schweden während des Vierjährigen Sejms (S. 7-22) beleuchtet eine spezielle Seite der Beziehungen zwischen Polen und Schweden im 17. und 18. Jahrhundert. Während des Vordringens Schwedens im ersten und zweiten Nordischen Krieg in den südlichen Ostseeraum wurde vom Territorium Polens eine nicht unerhebliche Anzahl wertvoller Archiv- und Bibliotheksbestände nach Stockholm verschleppt. In der Zeit des Vierjährigen Sejms 1798-1799 verbesserten sich die Beziehungen zwischen Polen und seinem nördlichen Nachbarn soweit, daß Stanislaw August den Kappelan der polnischen Gesandtschaft in Schweden, Albertrandi, mit Verhandlungen über die Rückführung der entwendeten Kulturgüter beauftragen konnte. Auf die vom polnischen Gesandten Jerzy Michal Potocki dem schwedischen Ministerium am 9. Dezember 1789 überreichte offizielle Note wegen der Rückgabe der polnischen Kulturgüter reagierte die schwedische Regierung mit einer Ablehnung, weil die im Vertrag von Oliva genannten polnischen Archiv- und Bibliotheksbestände schon zurückgegeben worden seien. Sie gestatte jedoch Albertrandi in Bibliotheken und Archiven Stockholms und in den Provinzen nach weiterem Archivgut und Büchern zu suchen, Inventare, Repertorien und Quellenexzerpte anzufertigen. Der Ertrag seiner zehntonatigen wissenschaftlichen Recherchen und Kontakte zu schwedischen Gelehrten lenkte die Aufmerksamkeit auf wichtige historische Quellen und ihren Wert für polnische, skandinavische und deutsche Historiker.

Jan Szymanski, Probleme der Politik Polens gegenüber Skandinavien in den zwei Zwischenkriegsjahrzehnten (1919-1939), (S. 23-36) verweist eingangs darauf, daß sich die Beziehungen Polens zu den skandinavischen Ländern im Vergleich zu Frankreich, Deutschland, England und Rußland viel langsamer entwickelten. Als Mitglied des Völkerbundes erwarb sich besonders Schweden internationale Autorität. Wirtschaftlich suchten die skandinavischen Länder die Zusammenarbeit mit Großbritannien und Deutschland. Bis 1925 äußerten sie kaum Interesse an Beziehungen zu Polen. Impulse für die polnisch-skandinavischen Beziehungen erwachsen schließlich aus der polnischen Interessenslage im südöstlichen Baltikum, die gelegentlich zu Divergenzen führte. Erst nach 1926 wurden die Handelskontakte zur Triebfeder der Beziehungen, die besonders die Seewirtschaft betrafen. Besuche hochrangiger Politiker bis hin zum polnischen Außenminister Ende 1934/Anfang 1935 in Dänemark und Schweden und 1938 in Stockholm und Oslo kennzeichneten die nordische Orientierung der polnischen Außenpolitik.

Besonderes Gewicht kommt dem Beitrag Jörg Hackmanns, "Der Kampf um die Weichsel". Die deutsche Ostforschung in Danzig von 1918-1945 (S. 37-58, in deutscher Sprache) zu. Hervorgehoben wird der politische Anstrich der Ostforschung, die primär nicht an eine Universität gebunden war, sondern im Danziger Staatsarchiv ihre Heimstatt hatte. Das Ziel der Archivare bestand in der Ausarbeitung historischer Argumentationen zur Revision von Versailles. Auch andere Dienste für das auswärtige Amt wurden bereitwillig erfüllt. Der Autor geht der Institutionalisierung der Ostforschung nach und beleuchtet die "historiographische Produktion", markiert dabei einzelne Brennpunkte in den deutsch-polnischen Kontroversen. Er gelangt zur Feststellung, daß es praktisch auf beiden Seiten keine Ansätze zu einer konstruktiven Diskussion gab. Letztendlich ordnete sich die politisierende Ostforschung in die Revisions- und Lebensraumpolitik ein. Auch nach 1945 rückte die Ostforschung nicht von den alten Thesen ab.

Ryszard Kozłowski erbringt mit seinem Beitrag zur Geschichte der "Partei der Arbeit" in der Wojewodschaft Pommern (S. 59-83) den Nachweis, daß diese politische Organisation von 1937 bis 1945 durchgängig im angegebenen Raum tätig war. Die Entstehung der "Partei der Arbeit" wird mit der geplanten Morges-Front in Zusammenhang gebracht, die ein Sammelbecken der gesamten Opposition gegen das Sanacja-Regime sein wollte. Eine geschlossene Opposition kam allerdings nicht zustande, dafür entstanden mehrere politische Organisationen, darunter die "Partei der Arbeit", die aus der Vereinigung der Polnischen Partei der Christdemokraten, der Nationalen Partei der Arbeit mit weiteren kleinen politischen Gruppierungen nach langwierigen Auseinandersetzungen hervorging, und deren Wirken in wesentlichen Zügen nachgezeichnet wird.

Der zweite Teil folgt im Heft 2-3. Im gleichen Heft ergreift Helena Chlopockadas Wort zu quellenkritischen Bemerkungen über das sogen. "Letzte Wort von Paulus Wladimir über den Deutschen Orden" (S. 7-25), das im Zusammenhang mit bei der Kurie in Rom eingebrachten Beschwerden über den Ritterorden entstand. Von dem in Padua am 2. März 1432 geschriebenen Brief Wladimirs an Zbigniew Olesnicki entdeckte die Autorin eine identische Ausfertigung an den Lesauer Bischof und Kanzler Jan Szafraniec.

Einen würdigen Platz nimmt auch der Beitrag Heinrich Strods aus Riga über das "Leben und Schaffen des Historikers von Ost-Lettland Boleslav Brezgo (1887-1957)" (S. 27-46) ein, der sich besonders mit der Geschichte und Kultur Lettgallens (Polnisch Livlands) befaßte. Eine Bibliographie gibt Auskunft über das reichhaltige Schaffen eines Wissenschaftlers, dem die offizielle Anerkennung versagt blieb und der von beiden Okkupationsmächten, der

deutschen und der russischen verfolgt wurde.

Ganz besonders ist im Doppelheft 2-3 auf die Bibliographie zur Geschichte Ost- und Westpommerns sowie der baltischen Länder auf das Jahr 1991 aus der Feder von Henryk Baranowski und Urszula Zaborska (S. 135-229) hinzuweisen.

Am Anfang von Heft 4 steht der gewichtige Beitrag von Stanislaw Saimonowicz, Das Bild Polens und der Polen in der deutschen öffentlichen Meinung in den Jahren 1795-1815 (S. 7-27). Ausgehend von den gewaltigen direkten und indirekten Wirkungen der Französischen Revolution von 1789 auf Europa und Deutschland beleuchtet der Autor das sich wandelnde Polenbild. Er geht von den differenzierten Stimmen in der deutschen Öffentlichkeit zur dritten Teilung Polens aus und vermerkt, daß selbst in preußischen Diensten stehende Autoren wie E. T. A. Hoffmann, Zacharias Werner und andere sich nicht mit der staatlichen preußischen Polenpolitik ideologisch identifizierten. Aus zeitgenössischen Reiseberichten, Erinnerungen und Reflexionen über die "polnische Nation" in Zeitschriften tritt uns neben der zunehmenden Polenfreundlichkeit in diesem Zeitraum auch weiterhin die stereotype Herabwürdigung polnischer Kultur und wirtschaftlicher Leistungen entgegen. Neben der Bewunderung für den Aufstand Tadeusz Kosciuszkos als Synonym polnischer Freiheitsliebe rangiert gleichermaßen die Befürwortung der Gebarn der preußischen und österreichischen Besatzer.

Włodzimierz Stepinski untersucht unter Einbeziehung der relevanten Literatur sowohl der alten Bundesrepublik als auch der vormaligen DDR die Position des Adels in Westpommern in der preußischen Agrarreform zu Beginn des 19. Jahrhunderts (S. 29-54). Ausgehend vom Druck der einsetzenden Industrialisierung in Europa sah sich der Adel zu einer Anpassung an die wirtschaftlichen Veränderungen gezwungen. Trotz des Widerstandes gegen die Agrarreform in Preußen konnte sich der adlige Großgrundbesitz Pommerns seinem eigenen Wandel nicht widersetzen, der dem Junkertum neben einer Reihe von Privilegien eine exponierte gesellschaftliche Stellung sicherte. Lohnarbeit und Kreditwirtschaft, die Einführung neuer Methoden in der landwirtschaftlichen Produktion führten zwangsweise zur Durchsetzung der kapitalistischen Wirtschaftsweise in der Landwirtschaft.

Ferner ist auf eine Anzahl interessanter Beiträge in den Rubriken Diskussion und Polemiken bzw. Quellen und Materialien, wie z.B. auf die Randbemerkungen von Barbara Okoniewska zum Buch von Jan Kofman über den "Wirtschaftsnationalismus in Ostmitteleuropa im 20. Jahrhundert" oder die Anmerkungen der gleichen Autorin zur Studie von Aldona Downer-Zapolska über die Sicht des Landadels in Westpolen auf die landwirtschaftliche Produktion um die Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert (H. 1, S. 115-125 und H. 2-3, S. 85-92) aufmerksam zu machen.

Vollständigkeitshalber sei auch auf die Rubriken Rezensionen, Wissenschaftliche Chronik und Nachrufe hingewiesen.

Ein Inhaltsverzeichnis und kurze Zusammenfassungen zu den Artikeln in deutscher Sprache erleichtern den Zugang zum vielfältigen Inhalt.

Erhard Hartstock (Dresden)

*

*

*

Informationen

Das kulturelle Erbe in den Montan- und Geowissenschaften. Bibliotheken - Archive - Museen

In der Zeit vom 18. bis 20. September 1995 wird an der Universitätsbibliothek der Montanuniversität Leoben das

2. Erbe - Symposium

stattfinden. Das Generalthema dieser Veranstaltung lautet

Kunst und Kultur in den Montan- und Geowissenschaften

Hatte das 1. Erbe-Symposium in Freiberg der Standortbestimmung gedient und viele Bibliothekare zum Meinungsaustausch zusammengeführt, soll nun in der Fortsetzung in Leoben die Breite des Spektrums auf Kunst und Kultur thematisiert werden. Dazu wollen wir auch die Kollegen in den Museen und Archiven anprechen. Das Thema ist weitgefaßt, es bilden oft die bildlichen Quellen erste Belege zur Technologie, zur Arbeitswelt. In diesem Sinne sollte dieses 2. Erbe-Symposium verstanden werden.

Veranstalter dieser Tagung sind die Universitätsbibliothek der Montanuniversität Leoben, die Bibliothek der Geologischen Bundesanstalt Wien und die Abteilung Wissenschaftlicher Altbestand der Universitätsbibliothek der TU Freiberg. Ein erstes Zirkular wird vor dem Sommer erscheinen. Bitte richten Sie Ihre Anfragen oder Anregungen an

Dr. Liselotte Jontes
Universitätsbibliothek
der Montanuniversität
Franz-Josef-Str. 18
A-8700 Leoben
Tel.: 43 (03842) 402/275
Fax: 43 (03842) 46 3 80

Dr. Peter Schmidt
Universitätsbibliothek
der TU-Bergakademie Freiberg
Agricolastr. 10
D-09569 Freiberg (Sachsen)
Tel.: 49 (03731) 51 32 35
Fax: 49 (03731) 22 195

*

Lehrgänge der Vereinigung deutscher Wirtschaftsarchivare e.V.

Die Vereinigung deutscher Wirtschaftsarchivare e.V. plant folgende Lehrgänge:

1. Recht, Bilanzen, Statistik	06.-09.11.1994
2. Einsatz der EDV im Archiv	27.-30.11.1994
3. Sammlungsgut und Öffentlichkeitsarbeit	05.-10.03.1995
4. Audio-visuelles Archivgut (5 Tage)	November 1995
5. Restaurierung und Konservierung von Archivgut (3 Tage)	1996
6. Einführung in das Wirtschaftsarchivwesen (5 Tage)	1996

Alle Seminare finden im Hotel "Zur Post" in Balve/Eisborn im Sauerland statt. Die Teilnahmegebühren betragen zwischen 500,- DM und 800,- DM zuzüglich der Kosten für Übernachtung/Vollpension von 117,- DM pro Tag (Stand 01.01.1994).

Terminänderungen und Vorankündigungen werden rechtzeitig bekanntgegeben. Die Planung ist unverbindlich und orientiert sich am Bedarf der VdW-Mitglieder. Die Teilnehmerzahl ist auf 20 begrenzt. Bei weniger als 10 Anmeldungen werden die Lehrgänge aus Wirtschaftlichkeitsgründen abgesagt.

Anmeldungen bitte formlos schriftlich und frühzeitig an:
Frau H. Bähr, Bayer AG, Bayer-Archiv, 51368 Leverkusen
Tel. 0214/3061056; Fax: 0214/3061159

*

4. Internationaler Archivtag des Internationalen Instituts für Archivwissenschaft Maribor (Slowenien)

Die X. Konferenz der Mitglieder des Internationalen Instituts für Archivwissenschaft in Maribor (Slowenien) wird Fachleute aus europäischen und anderen Archiven zusammenführen. Die Konferenz wird im Rahmen der Aktivitäten des Internationalen Archivrates in Zusammenarbeit mit den Ministerien für Wissenschaft und Technologie sowie für Kultur der Republik Slowenien organisiert.

In Rahmen dieser Konferenz findet am 29. März 1995 im Hotel Radin in Radenci, Slowenien, der

4. Internationale Archivtag

statt. Er ist folgenden Themen gewidmet:

1. Aufbewahrung und Erhaltung von Fotografien und Film
2. Archivfunktion und bauliche Gestaltung

Anmeldungen bitte an: International Institute for Archival Science - Mednarodni inštitut arhivskih znanosti, 62000 Maribor, Glavni trg 7, Slowenien
Informationen: Frau Zdenka Rajh Tel.: +386 62 28 622
Fax: +386 62 222 564

Teilnahmegebühr: 350,- Sch (50,- DM) Die Teilnahmegebühr kann am Tagungsort bezahlt werden.

* *

*

Neue Telefon- und Fax- Nummer !

Ab sofort sind der ARCHIV-BUCH VERLAG Baumgartner & Hebig OHG und der ARCHIV-SERVICE Baumgartner & Hebig OHG unter folgender gemeinsamer Tel./Fax-Nummer zu erreichen:

03371/620 127.

Alle anderen Anschlüsse bestehen nicht mehr.

Contents

- M. Merchel: On Policy towards Church and Religion in Saxony from 1945-1952 as Reflected by the Records in the Central State Archive of Saxony. A Guide to the Sources.
- D. Heckmann: Observations while Editing Livonian and Prussian Sources from the Late Middle Ages and the Early Modern Era.
- I. Hildebrand: The Archive of Dessau's Bauhaus and its Experiences in Cooperation with Local Archives, among Others.
- J. Fröhlich: The "Archive of German Liberalism" in Gummersbach.
- M. Meyer-Gebel: The Central Archive of Berlin and the "Rothkrug Trial." A Contribution to the History of the Secret State Archive in the Post-War Era.

Sommaire

- M. Merchel : La politique menée de 1945 à 1952 en Saxe en matière de religion et d'Églises et telle qu'elle se reflète dans les fonds des archives centrales d'Etat de Saxe. Une approche des sources.
- D. Heckmann : Observations relatives à l'édition de sources livoniennes et prussiennes datant de la fin du Moyen Age et du début de l'époque moderne.
- I. Hildebrand : Les archives du Bauhaus de Dessau et l'expérience de leur coopération avec les archives municipales et autres.
- J. Fröhlich : Les "Archives du libéralisme allemand" de Gummersbach.
- M. Meyer-Gebel : Les Archives centrales de Berlin et le "procès Rothkrug". Une contribution à l'histoire des Archives secrètes d'Etat dans l'après-guerre.

Autoren der Abhandlungen und Miscellen:

- Dr. Jürgen Fröhlich, Archiv des Deutschen Liberalismus, Theodor-Heuss-Str. 26, 51645 Gummersbach
- Dr. Dieter Heckmann, Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz, Archivstr. 12/14, 14195 Berlin
- Ines Hildebrand, Archiv des Bauhaus Dessau, Gropiusallee 38, 06846 Dessau
- Michael Merchel, Sächsisches Hauptstaatsarchiv Dresden, Archivstr. 14, 01007 Dresden
- Dr. Marlene Meyer-Gebel, Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz, Archivstr. 12/14, 14195 Berlin

Vorschau auf Heft 4/94:

- Leidel, G.: Marginalien zur Bestimmung des Begriffes "Archiv"
- Henning, E.: Heraldische Ungereimtheiten am Berliner Reichstagsgebäude
- Hlavacek, I.: Neue tschechische Editionen zur mittelalterlichen Geschichte

Indice

- M. Merchel: En torno a la política eclesial y religiosa en Sajonia, 1945-1952, reflejada en los documentos del Archivo regional del Estado Libre de Sajonia. Una puerta de acceso a las fuentes.
- D. Heckmann: Observaciones sobre la edición de fuentes livonias y prusianas provenientes del medioevo tardío y de los inicios de la era moderna.
- I. Hildebrand: El archivo del Bauhaus, Dessau, y sus experiencias en la cooperación con archivos comunales y de otro origen.
- J. Fröhlich: El "Archivo del Liberalismo Alemán" en Gummersbach.
- M. Meyer-Gebel: El Archivo municipal de Berlín y el "Proceso Rothkrug". Un artículo sobre la historia del Archivo Secreto del Estado en los años de posguerra.

Содержание

- М. Мерхель: О политике Саксонии по отношению к церкви и религии в 1945-1952 гг. в зеркале фондов Главного госархива Саксонии. Доступ к источникам
- Д. Хекман: Наблюдения над изданиями лифляндских и прусских источников эпохи позднего средневековья и раннего периода новой истории
- И. Хилдебранд: Архив Баухаус в Дессау и его опыт сотрудничества с коммунальными и прочими архивами
- Й. Фрöhlich: „Архив немецкого либерализма“ в Гуммерсбахе
- М. Майер-Гebel: Главный архив Берлина и „Процесс Роткруг“. К истории Тайного государственного архива в послевоенный период.

Hinweise für unsere Autoren:

Die Beiträge werden auf Disketten ("5,25" oder "3,5") bei Verwendung gebräuchlicher Textverarbeitungssysteme (z.B. Word) erbeten. Druckhinweise bitte handschriftlich auf einem beigegebenen Ausdruck vermerken. Maschinenschriftliche Manuskripte können zweizeilig, 30 Zeilen zu je 60 Anschlägen, Format DIN A 4, einseitig beschrieben eingereicht werden. Wissenschaftlichen Beiträgen ist ein Autorreferat im Umfang von 15-20 Zeilen beizugeben. Angaben für das Autorenverzeichnis (Name, Vorname, Titel und akademischer Grad, Dienststelle und Tätigkeit bzw. Anschrift) bitte korrekt und vollständig nennen. Die Autoren tragen die Verantwortung für diese Angaben selbst. Bei der Erarbeitung der Beiträge bitte die "Hinweise zur Manuskriptgestaltung" (AM 39/1989/2. - S. 62/63) beachten, die auch bei der Redaktion als gesondertes Merkblatt angefordert werden können.

Pätzold, St.: Unveröffentlichtes zur Geschichte der frühen Wettiner aus dem Nachlaß von Otto Posse

Goliath 2.0

Flexible Archivierung mit System

Das Archivierungs-, Katalogisierungs-, und Verwaltungsprogramm Goliath wurde für die Erfassung von Archivalien aller Art entwickelt. Mit Goliath 2.0 können Archivbestände verzeichnet, automatisch Findbücher gedruckt und Karteikarten-Serien erstellt werden. Darüber hinaus können Sammlungsobjekte jeder Art inventarisiert und katalogisiert werden. Goliath 2.0 verfügt über eine Fülle von Schreib-, Kopier-, Sortier-, Such-, Recherche und Verwaltungsfunktionen.

Aufbauend auf Goliath 1.0 setzt Goliath 2.0 neue Maßstäbe. In Goliath 2.0 sind die Erfahrungen der vergangenen drei Jahre eingeflossen. Dank der Anregungen und Wünsche vieler Goliath-Anwender ist es gelungen, ein noch besseres Produkt auf den Markt zu bringen.

Goliath basiert auf einer Datenbank, die große Mengen an Informationen strukturiert aufnehmen kann, und diese mit hoher Geschwindigkeit weiterverarbeitet. Es sind keine Kenntnisse von Computertechnik oder Betriebssystemen erforderlich. Der Ablauf des Programms unterstützt die fachlich anerkannten Arbeitsweisen im Archiv.

Mit Goliath können Sie flexible Ein- und Ausgabeformulare erstellen und somit das Programm an Ihre Bestände anpassen (nicht etwa umgekehrt). Die Definition der Datenfelder und Masken steht Ihnen hierbei völlig frei, Sie können z.B. die Eingabemaske für einen Bestand auf bis zu neun Bildschirmseiten verteilen. Eine Änderung der Bestands-Strukturen ist zu jeder Zeit möglich.

Die Gestaltung der Ausgabe für Listen, Findbücher, Kataloge, Karteikarten etc. ist in Goliath völlig unabhängig von der Gestaltung der Masken für die Dateneingabe. Innerhalb der Masken stehen Ihnen verschiedene Funktionen zur Erleichterung der Datenerfassung und automatischen Kontrolle der Dateneingaben zur Auswahl.

Besondere Leistungsmerkmale:

- Netzwerkfähig mit Sperrfunktionen
- Unterstützung optischer Datenträger
- Komprimierte Speicherung der Daten
- recherchierbare Textfelder
- Datenschutzfunktionen und Nutzerberechtigungsabfragen bis zur Feld-Ebene
- Hierarchische Bestandsordnung
- keine starren Bestandsvorgaben
- Bestände mit Grafiken und Bildern
- Bestandsabhängige Aktenpläne/Klassifikationen
- Bestandsabhängige Thesauri
- Bestandsabhängige Gruppen und Floskeltexte
- schnelle Suchfunktionen auch über Register/Index und Thesauri
- bestandsübergreifende Vollrecherche
- Erweiterte Hilfsfunktionen mit On-Line-Hilfen
- komfortabler Listengenerator
- frei definierbare Ausgaben auf Bildschirm, Drucker oder Datenträger
- Druckausgaben können nach allen Informationen sortiert und selektiert ausgegeben werden.
- Erstellung thematischer Findbücher
- Übernahme und Verarbeitung von Daten in Fremd-Formaten
- Übergeben von Fremdformaten
- Import und Export von Goliath-Beständen
- Registerbearbeitung mit Querverweisen
- Rechenfunktionen in der Maske
- Mehrsprachigkeit
- ausführliches Handbuch mit Beispielen
- Hot-Line Betreuung
- Software-Wartung
- Komplett-Systeme
- Finanzierungsmöglichkeiten
- ...und vieles mehr

Für weitere Produkt-Informationen wenden Sie sich bitte an eine der unten angegebenen Adressen.

Entwicklung und Vertrieb:

Intec Computersysteme GmbH
Siemensring 98
47877 Willich-Münchheide
Telefon 0 21 54 / 4 11 36
Telefax 0 21 54 / 4 16 41

in den neuen Bundesländern:

Archiv-Service
Baumgartner & Hebig OHG
Heckenstraße 5
14469 Potsdam-Bornim
Telefon 0 33 71 / 82 01 21

